

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 17. Januar 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: Prämienantrag
Bietzeit 1,00 M., monatlich 1,10 M.,
wöchentlich 26 Pfg. frei ins Haus.
Günstige Nummer 5 Pfg. Sonntag-
nummer mit illustrierter Sonntag-
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
abonnements: 1,10 Mark pro Monat.
Eingetragen in die Post-Zeitungs-
Verzeichnisse. Unter Kreuzband für
Deutschland und Österreich, Ungarn
2 Mark, für das übrige Ausland
3 Mark pro Monat. Postabonnements
nehmen an: Belgien, Dänemark,
Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Anzei-
gelle über deren Raum 10 Pfg. für
politische und gewerkschaftliche Inserats-
und Verordnungs-Anzeigen 20 Pfg.
„Kleine Anzeigen“, das festgesetzte
Wort 20 Pfg. (zulässig 2 Zeilenbreite
Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg.
Stellenangebote und Schulstellenan-
zeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes
weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buch-
staben zählen für zwei Worte. Inserate
für die nächste Nummer müssen bis
5 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden. Die Expedition ist
bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

„Beamtenfreundlichkeit“ des Dreiklassenhauses.

Als in der vorigen Woche im Reichstag die Denkschrift über die Beamtenorganisation der Reichspost- und Telegraphenverwaltung behandelt wurde, erlebte man das interessanteste Schauspiel, daß die Vertreter fast sämtlicher bürgerlicher Parteien die Forderung erhoben, daß die Gehälter sowohl der mittleren als auch besonders der unteren Reichsbeamten ganz erheblich aufgebessert werden müßten. Das geschah von den Rednern auch der Nationalliberalen und der Reichspartei. Sogar Herr Dertel anerkannte nicht nur theoretisch die Berechtigung dieser Forderung, sondern er verstand sich schließlich auch zu der Erklärung, daß in der Tat die Gehälter der Unterbeamten nach Möglichkeit erhöht werden müßten. Der Vertreter des Zentrums aber, Abg. Kuchhoff, forderte ganz kategorisch eine Erhöhung der Gehälter der Unterbeamten auf 1200 bis 1800 M. Er erklärte ausdrücklich, daß das „Mindeste“ sei: „das, was wir in der zweiten Lesung der Besoldungsvorlage (1909) für sie gefordert haben, ein Gehalt von 1200 bis 1800 Mark.“ Er fügte hinzu: „Das, was sie jetzt erhalten, ist wirklich nicht mehr den heutigen Zuständen angemessen.“

Also geschah im Reichstag am 10. Januar 1913. Im Reichstag, wo die Finanzen infolge der unerlösten militärischen Ausgabeleistungen trotz der letzten kolossalen Steuererhöhung des schwarzblauen Blods nicht günstige sind, wo die Schuldentilgung nur auf dem Papier steht, wo zur Deckung der neuen Militärforderungen neue Steuern unabsehbar sind! Da nun die Gehaltsfestsetzung für die Unterbeamten im Reiches akkurat die gleiche ist wie in Preußen und da in Preußen — das zwei Drittel des Deutschen Reiches ausmacht — die Not der Unterbeamten genau die gleiche ist, wie im Reich, hätte man doch wohl erwarten sollen, daß nun die bürgerlichen Parteien auch im preussischen Abgeordnetenhaus der schreienden Notlage der Unterbeamten gegenüber auch die gleiche Stellung einnehmen würden wie im Reichstage. Um so mehr, als zurzeit Preußen im Gelde schwimmt, als der Ausgleichs-fonds im Jahre 1913 mindestens 400 Millionen enthalten wird, wahrscheinlich aber noch reichlich 100 Millionen mehr! Um so mehr, als für Preußen die Mehrheit des Abgeordnetenhauses die direkten Steuern herabsetzen will, um dadurch die Bestehenden für eine eventuelle Besitzsteuer im Reiches schadloos zu halten! Daß Preußens Finanzlage eine glänzende ist, haben ja auch bei der Etats-debatte alle bürgerlichen Parteien zugestanden! Mittel sind also zur endlichen Befriedigung der Beamtenwünsche in Hülle und Fülle vorhanden, und wenn je der Zeitpunkt für eine Korrektur des — wie ja alle bürgerlichen Redner im Reichstag unumwunden zugaben! — total unzulänglichen Beamtenbesoldungsgesetzes gegeben war, so jetzt!

Was erlebte man aber am Donnerstag in der Preußen-duma? Die Redner derselben Parteien, die im Reichstag so entschieden für ein Mindestgehalt für die Unterbeamten in Höhe von 1200 bis 1800 M. eintraten, erklärten die Durchführung einer solchen Forderung (wie sie der Zentrumsredner Kuchhoff so entschieden vertreten hatte!) für unmöglich und es für völlig ausreichend, daß die Beamten mit einer armseligen Teuerungszulage abgefunden würden! Welche Doppelzüngigkeit der Parteien, welche feiger Beamtenverrat im Dreiklassenhause und welche skrupellose Wahlmagogie im Reichstag!

Der Redner der sozialdemokratischen Partei, Genosse Ströbel, erwarb sich in der Donnerstags-Sitzung des Unterparlamentes das Verdienst, diese schreienden Widersprüche aufzudecken und den bürgerlichen Parteien ihre gegenwärtigen und früheren Sünden gründlichst vorzubalzen. Am schlechtesten kam dabei das Zentrum weg, da unser Redner nicht nur der Partei für „Wahrheit und Recht“ die beamtenfreundliche Maske vom Gesicht riß, sondern auch an Herrn Dertel jene gründliche Exekution vornahm, die das Zentrum mit Unterstützung seiner Seltershelfer durch Schluß-anträge und Wortabschneidereien so lange hinauszuwickeln verstanden hatte.

Der Zentrumsredner Bartscher hatte bereits vor Monaten die Sozialdemokratie der Lässigkeit der Vertretung der Beamteninteressen mit dem Hinweis darauf geziehen, daß die Sozialdemokratie in der 1909 tagenden Beamtenbesoldungs-Kommission in erster Lesung keine Anträge gestellt habe. Dieser Behauptung hatten damals die Genossen Hirsch und Ströbel in persönlichen Bemerkungen widersprochen. In der Tat hatte Herr Bartscher in diesem Punkte recht, wie Ströbel heute feststellte. Aber warum hatte die Sozialdemokratie keine Anträge gestellt? Weil bereits freisinnige Anträge vorlagen, die die Sozialdemokratie nachdrücklich unterstützte. Erst als in der zweiten Kommissionslesung der Freisinn keine Anträge fallen ließ, nahm sie die Sozialdemokratie wieder auf. Was aber tat das Zentrum, dessen Redner Bartscher der Sozialdemokratie vorwarf, keine selbständigen, also weitergehenden Anträge gestellt zu haben? Stimmt es auch nur für die freisinnigen Anträge? Nein, es lebte sie ab! Und

zwar bereits in der ersten Lesung! In der zweiten Lesung natürlich erst recht! 105 000 Unterbeamte wurden durch diese Zentrumsabstimmung um das gebracht, was der Zentrumsredner Kuchhoff im Reichstag am 10. Januar 1913 als das Allermindeste erklärte! Und da wagte dieser Vorkämpfer der Sozialdemokratie vorzuwerfen, daß sie nicht mehr gefordert habe, als der Freisinn! Welch abgründige Heuchelei, welcher — man verzeihe das harte, aber hier wirklich nicht zu vermeidende Wort — Blödsinn!

Aber noch mehr. Im gleichen Atemzuge warf Herr Bartscher der Sozialdemokratie vor, daß sie — zu viel gefordert, daß sie den praktischen Verhältnissen zu wenig Rechnung getragen habe! Demgegenüber wies nun Ströbel an der Hand der Kommissionsakten Punkt um Punkt nach, daß dasselbe Zentrum, dessen Redner die Sozialdemokratie übertriebener Forderungen geziehen, bereits 1909 im Reichstag noch weitergehende Anträge gestellt und mitbeschlossen habe. Allerdings nur unter der Angst vor der Reichstagsauflösung — nachher fiel es prompt um und verübte es auch im Reichstag den gleichen Beamtenverrat wie im Landtag! Aber nicht nur diese, mit keinem parlamentarischen Ausdruck zu kennzeichnende Unehrlichkeit und Unwahrscheinlichkeit brandmarkte unser Redner, sondern er nagelte auch sonst noch Herrn Bartscher auf allerhand Tatsachenentstellungen und Zitate-fälschungen fest.

Was Herr Bartscher nachher gegen diese unwiderleglichen Feststellungen vorbrachte, waren geradezu bemitleidenswerte Verlegenheitsproben und neue Entstellungsbemühungen. Wie verzweifelt die Situation für das Zentrum und seine Komplizen stand, bewies der vorzeitige Schlußantrag, der Ströbel das Wort zur Erwiderung abschnitt. Und dieser Schlußantrag erfolgte, trotzdem Liebknecht vorher unter der ausdrücklich betonten Voraussetzung auf das Wort verzichtet hatte (er wäre vor Bartscher, also nach den konservativen und nationalliberalen Rednern zu Wort gekommen!), daß man Ströbel nicht wieder das Wort abschnitt. Seine Loyalität gegenüber Bartscher und sein Vertrauen in das parlamentarische Anstandsgefühl der Dreiklassenmehrheit wurde schmachvoll gelohnt! Gleichviel: an den Feststellungen Ströbels konnte auch nicht in einem Punkte gerüttelt werden, und die weitere Abrechnung mit dem Zentrum und seinen Freunden ist ja nur aufgeschoben, nicht aufgehoben!

Das Charakteristische der Debatte aber war, daß nicht nur die Konservativen Wolkowski und Strojer sich des Zentrums leidenschaftlich annahmen, daß nicht nur der Nationalliberale Dr. Schröder Herrn Bartscher eifrigst Sulfurs zu leisten suchte, sondern daß auch der Freisinnige Dr. Waldstein heftig gegen den sozialdemokratischen Redner polemisierte. Das war zwar politisch höchst unklug, hatte aber seinen zureichenden Grund: hatten doch letzten Endes 1909 im Abgeordnetenhaus sämtliche bürgerlichen Parteien das schmachvolle Kompromiß gegen die Unterbeamten geschlossen! Jetzt jagte es sie alle, und so klappte sie sich denn um die Wette! Herr Waldstein produzierte in seiner Verlegenheit sogar den Gedankenblitz, daß Ströbel für Herrn Bartscher durch seine angelegentliche Beschäftigung mit diesem ultramontanen Beamtenfreund-Reflexe gemacht habe. Wie stolz muß da erst Sternickel auf die für ihn durch die Presse gemachte „Reflexe“ sein!

Als Ergebnis dieser Debatte stellen wir hiermit fest: Was im Reichstag in den letzten Tagen nationalliberale und Zentrumsredner als das Allermindeste an Aufbesserung der Unterbeamtengehälter bezeichneten, geht sämtlichen bürgerlichen Parteien des Dreiklassenparlamentes zuweit! Sie wollen es bei dem zweifelhaften Amosen der Teuerungszulagen bewenden lassen! Ein für die Sozialdemokratie so günstiges Resultat hatten wir, ehrlich gefanden, nicht erwartet. Das werden die Beamten dem geschlossenen bürgerlichen Antibeamtentlod nicht vergessen!

Im Zeichen der Scharfmacherei.

Im Reichstag stand die Debatte auch am gestrigen Tage wieder im Zeichen der Scharfmacherei. Hatten an den beiden vorherigen Tagen der frühere Polizeipräsident Graf von Westarp und Herr von Camp den Debatten diesen Stempel aufgedrückt, so folgte ihnen darin heute der dicke Agrarierhäuptling Herr Dertel in der ihm eigenen burlesken Nebenweise.

Genosse Hoch hatte in einer vorzüglichen, groß angelegten Rede, eine gründliche Abrechnung mit Regierung und Scharfmachern vorgenommen. In großen Zügen schilderte er die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre, durch die der wirtschaftliche Gegenstand immer mehr zugepöbel, die Ausbeutung immer mehr verschärft, ein taufkräftiges Eingreifen zum Schutze der wirtschaftlich Schwachen immer dringender erforderlich werde. Im letzten Jahre habe aber die Regierung total versagt. Scharf betonte Genosse Hoch die Notwendigkeit eines einheitlichen Arbeiterrechts als Grundlage der Arbeiterschutzgesetzgebung, und die Schaffung von Arbeitslämmern, um eine Beteiligung der Arbeiterschaft an der Vorbereitung und Durchführung der geschlichen Maßnahmen zu ermöglichen. Der Mangel an Initiative der Regierung auf diesem Gebiet finde aber seine Erklärung darin, daß die Reichsregierung sich als nachgeordnete Behörde der preussischen Regierung fühle, diese aber unter der Ober-Getriebschaft der Junker stehe. In eingehender Weise beschäftigte sich

Genosse Hoch dann mit diesen Herren, die nicht nur alle Maßnahmen zur Vinderung der durch die Teuerung veranlaßten Not ablehnen, sondern auch noch einen Vorstoß gegen die Grundrechte der Arbeiter machen, um sie noch des einzigen Mittels zu berauben, im wirtschaftlichen Kampf eine Besserung ihrer Lage herbeizuführen. Genosse Hoch frischte dann noch einige für die Junker recht peinliche Erinnerungen auf. Gerade die Junker hätten sich nie geheut, gegen eine ihnen nicht genehme Regierung, selbst zu Zeiten des preussischen Zusammenbruchs im Anfang des vorigen Jahrhunderts, in schäblichster Weise zu intrigieren. Heute werde die konservative Partei immer mehr zur Söldnertruppe des Großkapitals, deren Scharfmachergehülfe sie betreibe. Unser Genosse schloß mit dem Hinweis darauf, daß in Anbetracht dieser Tatsachen bei der preussischen Landtagswahl ungemein viel auf dem Spiele stehe.

Die Rede des Genossen Hoch rief zunächst den Staatssekretär Dr. Delbrück auf die Tribüne. In sehr langatmigen Ausführungen suchte er die Ausführungen des Genossen Hoch zu entkräften und darzutun, daß sich die Reichsregierung in keiner Abhängigkeit von der preussischen Regierung befinde. Allerdings müßten auf Grund der staatsrechtlichen Verhältnisse die Vorlagen der Reichsregierung als preussische Vorlagen im Bundesrat ein-gesandt werden und daher eine Verständigung über diese mit der preussischen Regierung erfolgen.

Eine sehr schlechte Note bekam Herr Delbrück von Herrn Dertel. Besonders übel bemerkte er ihm die Bemerkung, die Sozialdemokratie sei in den letzten 30 Jahren milder geworden; das erinnere an das von anderer Stelle gesprochene Wort von ritterlicher Kampfesweise. Herr Dertel kündigte dann der Sozialdemokratie aufs neue den Kampf bis zum äußersten an. Wer annehme, die konservative Partei werde ihre Resolution zum besseren Schutz der Arbeitswilligen fang- und fanglos unter dem Tisch fallen lassen, käufte sich. Das Zentrum habe zwar durch seinen heutigen Redner erklären lassen, daß es die konservative Resolution ablehne, obgleich sich der gestrige Zentrumsredner Herr Zel viel freundlicher zu derselben geäußert habe. Auch die nationalliberale Partei verhalte sich ablehnend. Ein Artikel des Abgeordneten Dr. Böttger im „Tag“ erkläre aber, wenn sich andere Parteigruppen gegen die Vergewaltigung Arbeitswilliger einsetzten, so seien sie lediglich in die Positionen des Liberalismus eingerückt. Er glaube daher annehmen zu können, Anhänger aus diesen beiden Parteien werden sich der Resolution zuwenden. Dann dekretierte Herr Dertel der Regierung, sie habe auf alle Fälle die Pflicht, eine Vorlage zum Schutze der Arbeitswilligen vorzulegen, auch wenn sich keine Mehrheit für die konservative Resolution im Reichstag fände; tue sie dies nicht, so werde daraus gefolgert werden, daß sie weder Macht noch Mut und Willen habe, den Ausbreitungen entgegenzutreten. Herr Dertel sprach es auch klar aus, daß das gewünschte Gesetz nur der erste Schritt auf dieser Bahn sein solle. Die Führung des Kampfes gegen die Sozialdemokratie mit Mut und Entschiedenheit sei die Aufgabe der Zukunft, so schloß Herr Dertel, indem er Herrn Trimborn vom Zentrum, der sich vor kurzem in ähnlicher Weise ausgesprochen, zum Zeugen anrief.

Freitag wird die Generaldiskussion geschlossen werden.

Ein Irrtum Westarps.

Aus Basel telegraphiert uns Genosse Dr. Blocher, der Vorkämpfer des Polizeidepartements: Die Mitteilung des Grafen Westarp über ein Streikpostenverbot in der Schweiz beruht auf einem Irrtum. In Basel ist das Streikpostenverbot nicht verboten. Der Unterzeichner hat nie ein Streikpostenverbot erlassen, weder ein ganzes, noch ein beschränktes. Es wäre dazu auch nicht der geringste Grund vorhanden gewesen, da die Streiks in den letzten Jahren selten waren und ruhig verliefen.

Die Balkankrise.

Die Intervention der Mächte.

Konstantinopel, 16. Januar. Die Botschafter haben sich über den endgültigen Wortlaut der Kollektivnote geeinigt.

Die Antwort der Türkei.

Paris, 16. Januar. Troßdem die Note der Mächte noch nicht der Pforte überreicht wurde, hat diese bereits ihre Antwort ausgearbeitet. Dieselbe ist höflich, aber ausweichend gehalten. Die Türkei sagt, daß man sie nicht zwingen möge, vor den verbündeten Balkanstaaten zu kapitulieren.

Die Balkanstaaten warten.

London, 16. Januar. Einige Zeitungen melden, daß die Delegierten der verbündeten Balkanstaaten beschlossen haben, vorläufig davon abzusehen, die geplante Note an die Pforte zu richten. Sie sind der Ansicht, daß die Diplomatie der Mächte einen solchen Schritt einstimmig und entschieden nicht billigen würde. Nach einer Unterredung Danens mit dem französischen Botschafter beschlossen sie abzuwarten, bis die Note der Mächte in Konstantinopel überreicht wäre.

Die Haltung Bulgariens.

Sofia, 16. Januar. (Meldung des Wiener f. l. Telegr.-Korresp.-Bureaus.) Wie von kompetenter Stelle berichtet wird, hätte der in Mustafa Pascha abgehaltene Arouaz

den Jweck gehabt, unter Zugziehung der Armeekommandanten über die Eventualität einer Fortsetzung des Krieges zu beraten. Die Beratungen sollen ein vollkommen befriedigendes Resultat gezeitigt haben.

Bezüglich der rumänischen Ansprüche sollen die letzten Nachrichten insofern günstiger lauten, als der Konflikt an Schärfe verloren hat und in eine ruhigere Phase getreten ist, womit gewisse Hoffnungen auf eine gütliche Beilegung gegeben sind.

Die türkischen Delegierten bleiben.

Konstantinopel, 15. Januar. Die türkischen Bevollmächtigten haben die Weisung erhalten, London bis zur Demarche der Großmächte und der darauf bezüglichen Entschliessung der Pforte nicht zu verlassen.

Ein türkischer Seecrozier.

Athen, 15. Januar. Dem türkischen Kreuzer „Medjidie“ gelang es in der letzten Nacht, im Nebel unbemerkt die Linie der vor den Dardanellen kreuzenden griechischen Torpedobootszerstörer zu durchbrechen. Heute erschien der Kreuzer vor Syra und beschoss ohne Resultat (?) das Pulvermagazin und die Kohlenlager, sowie das Elektrizitätswerk, das beschädigt wurde. Der Hafen und die Stadt konnten infolgedessen am Abend nicht beleuchtet werden. Auf den griechischen Hilfskreuzer „Makedonia“, der sich seit etwa acht Tagen im Hafen befand, um Reparaturen an seinem Steueruder vornehmen zu lassen, wurden von dem „Medjidie“ fünfzehn Schüsse abgegeben. Da der Kommandant der „Makedonia“ befürchtete, daß die Beschädigung großen Schaden anrichten würde, versenkte er provisorisch das Schiff im Hafen von Syra, wo es am Kai vertäut lag. Die Mannschaft war vorher ausgebootet worden. Sie besetzte die Raik, um die Ordnung aufrecht zu erhalten, und verstärkte die Wachmannschaft bei den Gefangenen. Der Kreuzer „Medjidie“ verließ hierauf Syra und dampft ein der Richtung nach Kleinasien ab. Bei der Beschädigung der Kohlenlager wurden ein Mann und eine Frau, die dort arbeiteten, getötet. Die übrige türkische Flotte hat die Dardanellen nicht verlassen.

Das Ende des Prochaska-Schwindels.

Belgrad, 16. Januar. Wie aus Prizrend gemeldet wird, hat dort gestern um 10 Uhr vormittags die feierliche Hissung der Flagge auf dem österreichisch-ungarischen Konsulat stattgefunden. Kurz vor der andauernden Zeit hatte ein Detachement serbischer Truppen unter dem Kommando eines Offiziers vor dem Konsulat Aufstellung genommen. Konsul Prochaska erschien hierauf in Galauniform, umgeben von dem Personal des Konsulats, und gab einem Kawaffen das Zeichen zur Hissung der Flagge. In dem Augenblick, als diese aufgezoogen wurde, leisteten der kommandierende Offizier und das ausgerückte Detachement unter klingendem Spiele die vorgeschriebene Ehrenbezeugung. Hiermit war die Feier zu Ende. Bald darauf stattete Konsul Prochaska dem serbischen Militärkommandanten einen Besuch ab.

Nachtritt des serbischen Kriegsministers.

Belgrad, 16. Januar. Der Kriegsminister Bojanowitsch reichte sein Entlassungsgesuch ein, das vom König angenommen wurde. Der Nachtritt des Kriegsministers ist auf Zwistigkeiten mit dem Armeekommando aus Anlaß der vorgeschlagenen Offiziersbeförderungen zurückzuführen. Politische Bedeutung wird ihm nicht beigemessen, vielmehr betrachtet man die Angelegenheit als eine interne. General Bojanowitsch ist an Stelle des Obersten Bojowitsch zum Kriegsminister ernannt worden.

Klagen des Sultans.

Konstantinopel, 15. Januar. Der Sultan hat gestern den Chefredakteur des Blattes „Sabah-ı Hürriyet“ in längerer Audienz empfangen. Der Sultan soll, wie das Blatt meldet, folgende Aeußerungen getan haben: Wir leben in einer schweren Zeit, niemandes Herz ist so betrübt wie das meinige. Aber ich überwinde den Kummer, um die Pflicht erfüllen zu können, die die göttliche Gnade mit anvertraut hat. Wir haben mehr als je die Pflicht zu arbeiten. Ich will das erste Beispiel hierfür geben. Wir müssen die Gegenwart und die Zukunft sichern, indem wir uns der göttlichen Gnade anvertrauen. Ich bin ein vereinsamter Herrscher. Das Glück meiner Nation hängt von der Ruhbarmachung der Wohlthaten der Verfassung ab. Nach der Beilegung der gegenwärtigen Schwierigkeiten wird unsere erste Pflicht die Eröffnung unserer Nationalversammlung sein. In meiner Dynastie und in meiner Nation gibt es niemanden, der gegen die Verfassung wäre. Der Absolutismus, der notwendigerweise die Form einer Willkürherrschaft annimmt, kann niemals, insbesondere nicht in dem Jahrhundert, in dem wir leben, für die Bedürfnisse einer Nation sorgen und deren Wohl sichern. Die Verfassung wird ewig die Regierungsform unserer Nation bleiben. Es ist auch notwendig, Mißbräuche hintanzuhalten. Die Ereignisse haben dies neuerdings bewiesen, wir bedürfen der Ruhe, damit die Verfassung Früchte trage. Der Mangel an Ruhe während der letzten vier Jahre hat die gegenwärtigen Schäden gezeitigt. Dieser Zustand wird und kann nicht weiter andauern. Die Vaterlandsliebe verlangt gebieterisch eine Einigung zugunsten der allgemeinen Interessen der Nation und des Landes. Ich zweifle nicht, daß das Volk das begriffen hat. Wenn es etwas gibt, das mich in dem Schmerze, von dem wir alle getroffen sind, trösten kann, so ist es das Bewußtsein, an der Vernarbung der offenen Wunde am Körper der Nation zu arbeiten. Tag und Nacht denke ich daran. Ich sehe, daß dies das hauptsächlichste Mittel ist, um die Pflichten des Sultanats voll und ganz erfüllen zu können. Die Nation hat dadurch großen Schaden erlitten, daß während der letzten vier Jahre in Gemäßheit des parlamentarischen Majoritätsprinzips häufige Systemwechsel vorgenommen werden mußten. Der volle Gebrauch der Rechte, welche die Verfassung dem Sultanat verleiht, kann in diesem Belange große Wirkung haben. Ich werde nicht ermangeln, von den Rechten der Krone zugunsten der Interessen und des Glucks der Nation Gebrauch zu machen. Auch die Mitglieder der Nation müssen von ihren Rechten Gebrauch machen. Es ist notwendig, daß aus den nächsten Wahlen eine homogene, fähige und erleuchtete Majorität herborgehe, welche die Sitten des Landes kennt und die allgemeinen Interessen jedem persönlichen Wunsch voranstellt.

Die Kriegsgreuel.

London, 15. Januar. Unterhaus. Der Unionist Walter Ginnery fragte den Staatssekretär des Auswärtigen Grey, ob er von Nechelen Kenntnis erhalten habe, die gegen muslimische und israelitische Nichtkombattanten und Kriegsgefangene in Saloniki und anderen Orten Mazedoniens von den Truppen der Balkanverbündeten und selbständigen Banden verübt worden sein sollen.

Grey erwiderte: Die Berichte, die ich über Gewalttätigkeiten erhalten habe, die an den Bewohnern des bulgarisch-serbischen Okkupationsgebiets verübt worden sein sollen, werden, obwohl es sich in manchen Fällen um Akte irregulärer Banden handelt, zur Kenntnis der bulgarischen und der serbischen Regierung gebracht.

Die Wahl Haupts ungültig.

Die Wahlprüfungscommission sah gestern einen sonderbaren Beschluß. In Großwilde, so wurde auf Grund der Beweis- aufnahme festgestellt, hat der Amtsdienner konservativer Stimmzettel, die ihm der Amts- und Wahlvorsteher übergeben hatte, am Stichtage verteilt. Als er fand, die abgegebenen Zettel reichen nicht aus, wendete er sich am Wahltag vormittags an den Amtsdienner, ihm noch Zettel zu geben. Der Amtsdienner hatte tags zuvor einem Gemeindevorsteher so viel konservativer Stimmzettel übergeben, daß er gedruckte Stimmzettel nicht mehr hatte. Der Amts- und Wahlvorsteher beauftragte darauf einen Beisitzer des Wahlvorstandes, den Wahlhalter mit der Herstellung handschriftlicher konservativer Zettel zu betrauen. In der Mittagspause holte der Amtsdienner die Zettel ab und übergab diese — nach seiner eidlichen Aussage 40 bis 50 Stück — dem Amtsdienner. Unter den Arbeitern fiel es auf, daß der Amtsdienner zwei Arten Zettel verteilte. Man nahm an, es geschehe das zwecks Kontrolle. Eine Anzahl Arbeiter erklärte: unter diesen Umständen wählten sie überhaupt nicht. Nach Beendigung der Wahlhandlung lehnte der Amtsdienner ab, die Wahlurne zu schütteln. Die Wahlurnen wurden also in kontrollierbarer Reihenfolge herausgenommen.

Bei der Hauptwahl waren in Großwilde abgegeben: konservative Stimmen 63, liberale 64, sozialdemokratische 43; bei der Stichwahl: konservative Stimmen 138, sozialdemokratische 57; von der Wahl fern blieben 23 Wähler.

Nach langer Diskussion anerkannte die Wahlprüfungscommission mit 8 gegen 6 Stimmen, daß eine unzulässige amtliche Wahlbeeinflussung vorliege. Für die Unrechtheit der unehörligen Wahlbeeinflussung durch den Amtsdienner, Wahlvorsteher und durch den Amtsdienner traten entgegen der konstanten Praxis der Kommission die Mitglieder des Zentrums und die Konservativen ein.

Als es sich nun darum handelte, festzustellen, welchen Einfluß die amtliche Wahlbeeinflussung gehabt habe, wurde mit 8 gegen 6 Stimmen vereinigt, daß die Wahlbeeinflussung auf das Resultat der Wahl in Großwilde einen ersichtlichen Einfluß gehabt habe! Diese sonderbare Abstimmung wurde dadurch möglich, daß der freisinnige Abg. Neumann-Doser und der nationalliberale Abg. Stitz sich zu dem schwarzblauen Block für amtliche Wahlbeeinflussung schlugen.

Durch diese Abstimmung erübrigte sich eine solche über die Anträge so zu rechnen, als ob der Wahlakt zu lassieren sei, also 81 Stimmen dem konservativen Kandidaten abzurechnen oder ihm die Differenz zwischen Haupt- und Stichwahl (45 Stimmen) oder die Zahl der dem Amtsdienner am Stichtage übergebenen Stimmzettel oder ihm wenigstens die Zahl der abgegebenen schriftlich hergestellten Stimmzettel (14) abzurechnen. Und weshalb diese Abweichung von einer länger als 40jährigen Praxis? Weil sonst Haupts Wahl für gültig hätte erklärt werden müssen.

Die Wahl Haupts wurde dann mit 10 gegen 6 Stimmen für ungültig erklärt, weil infolge der kürzlich gefassten Einzelbeschlüsse Haupts nur noch 13 244, der konservativen Gegenkandidat 15 264 Stimmen behält. Das Plenum dürfte anders entscheiden. Oder soll in der Tat als gerecht und logisch der Prämienjah für amtliche Wahlbeeinflussung gebilligt werden: amtliche unzulässige Wahlbeeinflussung liegt vor, also ist der Wahlakt nicht beeinträchtigt?

In derselben Sitzung wurde die Wahl des Genossen Haase für gültig erklärt.

In Wahlkreis Königsberg i. Pr. wurde Abg. Haase mit 19 701 Stimmen gegen 19 050 Stimmen gewählt. Wegen diese Wahl hat ein Wähler Protest eingelegt, weil er nicht in der Wählerliste stand. Da diese eine Stimme am Resultat nichts hätte ändern können, mußte die Wahl für gültig erklärt werden. In den Akten befindet sich auch der Entwurf der Benachrichtigung an den Genossen Haase, in der ihm der Wahlkommissar, der Königsberger Polizeipräsident, mitteilt, daß er gewählt sei. Der Verfasser des Schriftstückes hatte geschrieben: „O. W. Hochwohlgeborenen teile ich mit“ usw. Der Polizeipräsident strich diesen Satz durch und korrigierte dafür hinein: „Ich teile Ihnen mit“ usw. In dem Schriftstück stand auch das Wort „ergeben“; dieses Wort ist durchgestrichen worden. — Diese Kleinlichkeit eines hohen Beamten wird nicht versehen, die gebührende Heiterkeit auszulösen. An der Tatsache, daß Genosse Haase gewählt war, konnte der Polizeipräsident, sicher zu seinem größten Bedauern, freilich nichts ändern. Wenn er gewußt hätte, die Wahlprüfungscommission würde mal erklären: Wahlbeeinflussung zugunsten eines Sozialdemokraten hat kein ziffermäßiges Resultat, so hätte er wohl während der Wahl seinen Berger über den nicht „hochwohlgeborenen“ Sozialdemokraten öffentlicher Luft gemacht.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 16. Januar 1913.

Gefrorene Hammel.

Von einem Bremer Kaufmann wird uns geschrieben: Im „Vorwärts“ vom 15. d. Mts. ist unter der Rubrik „Aus Industrie und Handel“ ein Artikel über „Die Einfuhr von überseeischem Fleisch“ veröffentlicht worden, in dem der Nachweis geführt wird, daß die Einfuhr gefrorenen oder gekühlten Fleisches aus Nordamerika, Argentinien, Australien und anderen überseeischen Ländern nach England, Italien, der Schweiz usw. sich durchaus bewährt hat.

Man braucht keineswegs nur auf die guten Erfahrungen des Auslandes hinzuweisen, wenn vom Gefrierfleisch die Rede ist. Auch die mehrfach nach Deutschland eingeführten gefrorenen Hammel kamen in sehr gutem Zustande an und sind als einwandfrei von den beamteten Tierärzten befunden worden.

Ich behaupte, daß auch der Reichsregierung bekannt ist, daß gegen die Einfuhr von Gefrierfleisch vom hygienischen Standpunkte aus Einwendungen nicht gemacht werden können. Im Frühling vorigen Jahres war eine Deputation des Reichsgesundheitsamts in Bremen, um Zeuge zu sein, wenn nach hier eingeführte australische Gefrierhammel entladen, aufgetaut und tierärztlich untersucht werden würden. Die Deputation ist Zeuge all dieser Manipulationen gewesen. Die Herren haben, wie mir versichert worden ist, sehr anerkennende Worte für den Zustand des Fleisches gesprochen! Dabei soll einer der Herren

festgestellt haben, daß die Hammel von den Eingeweiden mehr bei sich gehabt haben, als nach den Vorschriften des Fleischbeschaugesetzes notwendig sei.

So weit mir bekannt ist, wurde der Öffentlichkeit von dem Ergebnis jener Informationsreise bisher nichts bekannt gegeben. Das erscheint mir verständlich, wenn ich an die Abhängigkeit der Regierung von den Agrariern denke. Wären irgendwelche Einwände gegen das Gefrierfleisch zu machen gewesen, dann würden die Herren vom Reichsgesundheitsamt weniger schweigsam zu sein brauchen.

Aus dem reichständischen Landtag.

Wie aus Straßburg gemeldet wird, begründete heute in der Plenarsitzung der Zweiten Kammer des Landtags Unterstaatssekretär Köhler nach einem Rückblick auf die beiden letzten Etatsjahre den Etat für 1913. Bei dem Titel Repräsentationskosten des kaiserlichen Statthalters erklärte er im Namen der Regierung, daß die Regierung hier eine Kürzung nicht für angängig halte. Auch solle der Dispositionsfonds des kaiserlichen Statthalters, der im ordentlichen Etat auf 100 000 M. — gegen früher 130 000 M. — herabgesetzt wurde, in der jetzigen Verwaltungsform bestehen bleiben, weil er anerkanntermaßen gute Dienste geleistet habe.

Abg. Marx (Zentrum) erklärte, daß das Zentrum dabei beharre, daß die Repräsentationskosten für den kaiserlichen Statthalter mit 200 000 M. zu hoch seien, und daß die Hälfte ausreichend sei.

Abg. Jung (Rechtlicher) schnitt die Frage der Rosellanasierung wieder an und warf Preußen dabei vor, daß es „von krasser Selbstsucht und Egoismus getrieben, dem Lande eine unwürdige Behandlung zuteil werden lasse“. Präsident Dr. Ricklin rief den Abgeordneten wegen des unparlamentarischen Ausdrucks zur Ordnung. Im weiteren Verlauf der Debatte nahm der Abgeordnete seine Aeußerung zurück.

Abg. Fuchs (Soz.) verlangte, daß die hohen Ueberschüsse aus den elsaß-lothringischen Eisenbahnen auch dem Lande mehr zugute kommen sollten. Bei dem Etat des Statthalters wüßte seine Partei gleichfalls eine Herabsetzung des Titels auf 100 000 M. Den Gesamtetat würden die Sozialdemokraten ablehnen.

Vivatbänder und Jahrhundertfeier.

In Ostpreußen rüstet man zur Jahrhundertfeier. Der preussische Staat will nicht weniger als 100 000 M. dazu verwenden, die Schulkinder mit Tendenzschriften über die preussische Geschichte vor 100 Jahren zu versorgen. „Volksfeste“, Festumzüge, Denkmalsentwürfe sollen stattfinden. Ferner wollen die Patrioten am Tage der „Nationalfeier“ ein Vivatband tragen. Wie die „nationale“ Presse mitteilt, hätte sich vor 150 Jahren bei der Feier des Huldigungsfestes Friedens und der Siege Friedrichs des Großen jeder gute Patriot mit einem unabhängigen Vivatband geschmückt. Diese Vivatbänder wären seidene Bänder gewesen, weiß oder farbig, von 5 bis 7 Zentimeter Breite und 20, 25, 30 Zentimeter Länge, bedruckt mit den Bildnissen des Königs und seiner Generale, mit dem königlichen Namenszug, mit dem zur Sonne aufsteigenden Adler und dergl. mehr, sowie mit längeren oder kürzeren Versen. Zwischen den einzelnen Bildern hätte das oft wiederholte Wort „Vivat“ gestanden. Auch in den kleinsten Städten hätte man solche Vivatbänder gehabt. So ein Vivatband soll jetzt auch die Jahrhundertfeier in Ostpreußen verherrlichen. Alt und jung, groß und klein soll sich an dem festlichen Tage mit dem Vivatband schmücken. An der Spitze des Vivatbandes würden die Brustbilder des damaligen und jetzigen Königs zu sehen sein, darauf werde General Dorr folgen, und den Abschluß würden die Begründer der Landwehr bilden: Graf Doña und Oberbürgermeister Heidemann. Auch sollen patriotische Verse in der Weise, wie vor 150 Jahren, auf die Bedeutung des Bandes hinweisen. Der Reinertrag ist angeblich für die Veteranenpense bestimmt.

Man sieht, der Kummel beginnt ganz niedlich.

Eine kuriose Erklärung.

Die „Nationalliberale Reichskorrespondenz“ bringt an der Spitze ihrer letzten Nummer (vom 17. Januar) folgende Erklärung: „Außerhalb der nationalliberalen Partei lebende Preußen und Persönlichkeiten haben in letzter Zeit an die nationalliberale Partei vielfache Ermahnungen und Belehrungen gerichtet, die auf eine Beeinflussung des Ergebnisses der bevorstehenden Verhandlungen des Zentralvorstandes und der bei den kommenden Landtagswahlen zu befolgenden Politik abzielen.“

Demgegenüber stellen wir fest: Die Nationalliberalen werden Angehörigen anderer politischer Parteien, mögen sie rechts oder links von den Nationalliberalen stehen, irgendwelchen Einfluß auf ihre Entschliessungen nicht gewähren; sie werden in den bevorstehenden Verhandlungen ihre Beschlüsse lediglich in Gemeinamkeit mit ihren übrigen Parteifreunden zu fassen wissen. Hierbei wird für sie ausschließlich das Interesse der nationalliberalen Partei, wie es in ihrem Programm und in ihren nationalen und liberalen Traditionen festgelegt ist, maßgebend bleiben.“

Eine Unterschrift befindet sich unter dieser Erklärung nicht. Es ist also auch nicht ersichtlich, welche Kapazität des nationalliberalen Lagers hinter dem „wir“ steht, das etwas feststellt; Herr Fuhrmann, Herr Friedberg oder sonst irgendeine andere nationalliberale Größe.

Sodann aber gibt man nicht feierliche Erklärungen über Dinge ab, die sich von selbst verstehen. Daß eine Partei ihren eigenen Einsichten und Auffassungen folgt und nicht den Wünschen anderer Parteien, ist doch so selbstverständlich, daß man nicht darüber gepöbelte Erklärungen in die Welt hinausgeschickt. Oder halten es vielleicht die Nationalliberalen schon nicht mehr für ganz selbstverständlich, daß man eigene politische Meinungen und Grundsätze hat und sich von diesen leiten läßt?

Mißlungener Ablehnungsversuch.

Die Konstatierung der Tatsache, daß der Generalfeldmarschall von der Goltz auf dem Kommerz des Vereins deutscher Studenten den Wunsch ausgedrückt hat: „Wenn's nur einmal losginge!“ — ist der alldutschen Presse sichtlich unangenehm. Man versucht deshalb, dieser Auslassung einen anderen Sinn zu unterlegen. So schreiben die „Berliner Neuesten Nachrichten“:

v. d. Goltz sagte, seine Teilnahme an den letzten Egermanövern habe ihm beinahe den Wunsch gemacht: „Wenn's nur einmal losginge, damit dieser glänzende Organismus sich bewahren könne.“

Das ist Wortklauberei, durch die die Sehnsucht des Herrn v. d. Goltz nach einem baldigen Kriege nicht weggestrichen werden kann.

Korruption.

Die Einbedung der Steuerhinterziehungen des liberalen Stadtverordneten Otto zur Hellen in Dortmund hat einen Sumpf kommunaler Korruption bloßgelegt. Mit der Mandatsniederlegung des Hellen ist in Dortmund keineswegs Ruhe eingeleitet, vielmehr geht der Skandal nun erst recht los. Jetzt ist es der „General-Anzeiger“, der scharf front macht gegen die Stadtverordneten, die Arbeiten und Lieferungen für die Stadt übernommen

haben. Damit macht er sich nur eine sozialdemokratische Forderung zu eigen. Als die ersten Sozialdemokraten im Dortmunder Stadtverordneten-Kollegium einzogen, haben sie gleich gefordert, daß Stadtverordnete Arbeiten und Lieferungen für die Stadt nicht übernehmen dürfen. Sie forderten gleichzeitig Namhaftmachung derjenigen Stadtverordneten, die bisher schon für die Stadt gearbeitet und geliefert hatten. Der sozialdemokratische Antrag wurde mit übergroßer Mehrheit abgelehnt. Nun behauptet der „General-Anzeiger“ nach der Mandatsniederlegung des Herrn zur Heßen, daß dieser viele Jahre konkurrenzlos die Pasterlieferungen für die Stadt gehabt habe. Für Heßen seien diese Lieferungen eine Einnahmequelle von alljährlich 20000 M. gewesen. Wenn mal versucht worden sei, die Lieferungen einer anderen Firma zu übertragen, sei Heßen gleich auf dem Bureau des betreffenden städtischen Beamten erschienen, um die Lieferungen für sich zu erwirken.

Roch haben sich die Dortmunder Bürger nicht von ihrem Staunen über diese Geschichte erholt, da plagt schon wieder eine Bombe. Jetzt behauptet der „General-Anzeiger“, daß auch die Städtische Straßenbahn ihre Wagen nicht direkt beziehe, sondern durch die Vermittlung eines Dortmunder Stadtverordneten. Dabei deutet das Blatt an, daß dieser Herr für seine Vermittlungen Provision bezogen habe. — Die Stadtverwaltung schweigt zu diesen Anklagen. Außer dem Zentrumsorgan wagt es kein Blatt, die Partei der Beschuldigten zu ergreifen. Allein die „Tremonia“, das Blatt des Stadtverordneten und Zentrumsführers Lambert Lenzing, verteidigt die Korruption, indem sie sich gegen die Forderung wendet, daß die Stadtverordneten von Arbeiten und Lieferungen für die Stadt ausgeschlossen sein sollen. Das sei in Dortmund gar nicht durchführbar.

„weil dann wohl niemand mehr Stadtverordneter werden würde, der im gewerblichen Leben steht. Das Amt eines Stadtverordneten erfordert Zeit und Geld. Wer in mehreren wichtigen Kommissionen mitzuarbeiten berufen ist, hat gewaltige Opfer für sein Geschäft und seine Familie zu bringen, wenn er sein Mandat gewissenhaft ausüben will. Daß der betreffende Stadtverordnete nun noch fernerhin für die Ausübung des Ehrenamtes geschäftlich geschädigt werden soll, wäre eine durch nichts gerechtfertigte Härte.“

Die „Tremonia“ betrachtet also die Uebertragung von städtischen Arbeiten und Lieferungen an Stadtverordnete gewissermaßen als Entschädigung für die ehrenamtliche Tätigkeit. Dann ist es allerdings zu verstehen, daß sich so viele Kandidaten, namentlich vom Zentrum, gleichsam auf Leben und Tod um den Besitz eines Stadtverordnetenmandats reihen. Bei der nächsten Stadtverordnetenwahl wird hoffentlich herausgehalten mit diesen Ruznikern des Steuerfäßels.

Ein Vubenstück der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“.

Die Rheinisch-Westfälische Zeitung“ benutzte die Fall Wetterlo und die Tatsache, daß Genosse Georg Weill der deutsche Mitarbeiter der „Humanität“ ist, zu folgender Verleumdung:

„Belanntlich ist deren (der „Humanität“) Direktor Jaurès kein geringerer Militär- und Revolutionsprediger als ein früherer Parteigenosse, der Kriegsminister Villard, wie überhaupt die französischen Sozialisten, zum erheblichen Unterschied von den „vaterlandlosen Gesellen“, die nur in Deutschland möglich sind. Und in den Sold dieses französischen Militarismus tritt ein deutscher Reichstagsabgeordneter, der Ernährte der Grenzfestung Metz!“

Das alldeutsche Blatt behauptet also wider besseres Wissen, daß unser Freund Jaurès zu den Militaristen und Revolutionsgebern gehört. Der Redaktion der Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ ist so gut wie aller Welt bekannt, daß kein Politiker diesseits und jenseits des Rheins soviel für die Annäherung der beiden Nationen getan hat wie gerade Jaurès. Diesen unermüdlichen Kämpfer des Militarismus zu einem Militaristen zu stempeln, das kennzeichnet zur Genüge die Stumpfsinnigkeit dieser verlogenen Rache. Um zu der nichtwürdigen Verleumdung gelangen zu können, daß ein sozialdemokratischer deutscher Reichstagsabgeordneter im Solde des französischen Militarismus steht, werden frech abbekannte Tatsachen umgelogen.

Unvorschriftsmäßige Treppentufen.

Am vergangenen Sonntag beabsichtigten unsere Genossen in Metz bei Hildesheim, eine öffentliche Versammlung abzuhalten. Sie ahnten aber bei der Vorbereitung der Versammlung nicht, daß — die Treppentufen des Veranlagungslokals das Unterebene vereiteln würden. Es erregte schon ihr Erstaunen, daß vor der Versammlungseröffnung zwei Gendarmen eifrig mit einem Postkod an der zum Saal hinaufgehenden Treppe herumhantierten. Doch bald erfuhr man die Räthsel Lösung: die Treppentufen hatten einen um einige Zentimeter zu schmalen Auftritt; auch waren die Stufen ein paar Zentimeter höher, als eine beinahe dreißig Jahre alte Verordnung erlaubt. Um nun die Versammlungsbefucher der in diesen Mängeln liegenden großen Lebensgefahr nicht auszuweichen, hatte das Landratsamt in Cronau das Stattfinden der Versammlung unter Androhung einer Strafe von 150 M. bezw. zwei Wochen Haft verboten.

Ein geisteskranker Soldat vor dem Kriegsgericht.

Vor dem Kriegsgericht der 16. Division in Trier wurde dieser Tage ein Missethäter vom 69. Infanterie Regiment wegen Fahnenflucht im Rückfall freigesprochen und ihm gleichzeitig auch eine Entschädigung für unschuldig erlittene Untersuchungshaft zugesichert. Diese Freisprechung erfolgte wegen Geisteskrankheit. Die Verhandlung entrollte ein unsagbar trauriges Bild aus dem Leben eines Unglücklichen. Als unsicherer Herededität eingestuft, wurde der Mann bald wegen unerlaubter Entfernung bestraft. Darauf erhielt er wegen Fahnenflucht neun Monate Gefängnis und zweite Klasse. Am 24. Juli war er wiederum verurteilt. Aber er hatte die Kaserne nicht verlassen, sondern war auf die Bodenlampe einer anderen Kompanie gegangen. Hier hielt er sich sechs Wochen lang versteckt und führte ein geradezu tierisches Leben. Nachts kam er aus seinem Versteck heraus und suchte die Müllgruben nach Spelleresten ab. Einmal fand man ihn schließlich im Müllkessel vollständig heruntergelommen vor. Es war ganz offenbar, daß der Mann geistig nicht gesund war, trotzdem wurde er unter Anklage gestellt wegen Fahnenflucht im Rückfall und verurteilt. Die Verhandlung aber in der Verhandlung entschloß man sich doch, den Mann auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen und überwies ihn der Irrenanstalt Strahburg, die denn auch den Verdacht voll auf bestätigte.

In der erneuten Verhandlung erstattete ein Stabsarzt sein Gutachten dahin ab, daß nicht nur mit absoluter Sicherheit angenommen werden müsse, der Angeklagte sei bei der Vergebung der letzten Straftaten geisteskrank gewesen, sondern daß dies sehr wahrscheinlich auch schon bei seinen früheren Straftaten der Fall gewesen sei.

Aus dem umfangreichen Gutachten ging deutlich hervor, daß es sich um einen Menschen mit angeborener Geisteskrankheit handelt. Es erscheint daher völlig unverständlich, daß man einen solchen Menschen überhaupt zum Militär genommen hatte und noch mehr muß es bedauern, daß man nicht schon früher auf den Gedanken kam, den Mann auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen, denn auch vor seinem Eintritt zum Militär hatte er über zwei Jahre im Gefängnis zugebracht. Doch der Mann war nur ein armer Prole-

tarier, der sich keinen Sachverständigen bestellen konnte und so wanderte er von Gefängnis zu Gefängnis, bis seine Verblödung so weit gediehen war, daß sie auch dem Laien nicht mehr verborgen bleiben konnte.

Spionageprozeß.

In dem am Donnerstag vor dem Reichsgericht verhandelten Spionageprozeß gegen den siebzehnjährigen Kaufmann Willi Worg-Weisenfels wurde der Angeklagte wegen verurtheilten verrätherischer Geheimnisse zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. Vier Monate wurden als durch die Untersuchungshaft verbüßt angesehen.

Frankreich.

Die Präsidentenwahl.

Paris, 16. Januar. Ueber die gestrige Probeabstimmung für die Präsidentschaftswahl werden zahlreiche Einzelheiten gemeldet, die zeigen, daß der Wahlkampf um die Präsidentschaft der Republik sich diesmal ganz besonders heftig gestalten dürfte. In der nach dem ersten Wahlgange stattgefundenen Versammlung der Radikalen kam es zu einer sehr scharfen Auseinandersetzung. Mehrere Deputierte, darunter der ehemalige Minister Augagneur sprachen sich in entschiedener Weise für die Präsidentschaft Pams aus und kritisierten die Politik Poincarés überaus scharf. Die Anhänger Poincarés erhoben gegen diese Angriffe heftigen Einspruch, und es entstand ein sehr stürmischer Wortwechsel, so daß man einen Augenblick selbst Täglichkeiten befürchtete. In der Gruppe der demokratischen Linken des Senats forderte der ehemalige Ministerpräsident Combes seine Parteigenossen auf, einmütig für die Kandidatur Pams zu stimmen, und fügte hinzu, daß die Republikaner unmöglich für Poincarés eintreten könnten, der nur in den Kabinett der Rechten Ministerportefeuilles angestrebt habe.

Von mehreren gemäßigten Blättern wird gemeldet, daß Dubost zu seinem Verzicht durch Clemenceau geradezu gezwungen worden sei.

Das Ergebnis des zweiten Wahlganges wurde sowohl von den Freunden Poincarés, wie von denen Pams mit großer Befriedigung aufgenommen. Immerhin ist man in parlamentarischen Kreisen vielfach der Ansicht, daß die Aussichten Poincarés die besseren sind.

Die Abstimmung der Volksversammlung.

Paris, 15. Januar. Die Volksversammlung der Republikaner trat heute abermals zusammen, um den Kandidaten für die Präsidentschaft der Republik zu bestimmen. Im dritten Wahlgang wurden von 748 Anwesenden 645 Stimmen abgegeben, so daß die Majorität 324 betrug. Es erhielten Pams 323, Poincarés 309, Ribot 11, Delcassé 2, Deschanel 1 Stimme.

Poincarés hält seine Kandidatur aufrecht.

Paris, 16. Januar. Der Ministerrat trat um 6 Uhr zu einer Sitzung zusammen, an der Delcassé und Pams nicht teilnahmen. Zahlreiche Senatoren und Deputierte, darunter auch Clemenceau, versammelten sich nach der Abstimmung unter dem Vorsitz Combes. Dieser schlug vor, bei Poincarés einen Schritt zu unternehmen, um ihn zu bitten, seine Kandidatur aus republikanischer Disziplin nicht aufrecht zu erhalten. Ribot, der aufgefordert wurde, sich diesem Schritt anzuschließen, erklärte, er müsse davon absehen, da er gegebenenfalls wieder Kandidat werden könnte. Es wurde darauf eine Delegation von Führern der Gruppen der Linken zu Poincarés geschickt, um ihn zum Verzicht zu veranlassen. Poincarés erklärte jedoch, er könne sich dieser Anschauungsweise nicht anschließen und sei der Meinung, daß die Nationalversammlung das letzte Wort sprechen müsse.

Rußland.

Ein Notzwei aus den russischen Kerker.

Seit dem Herbst vorigen Jahres kommen ununterbrochen Mitteilungen über neue unerhörte Gräueltaten in den sibirischen Anstalten. Auf Veranlassung der Hauptgefängnisverwaltung ist das Regime noch mehr verschärft worden als je zuvor. Exekutionen stehen an der Tagesordnung, die Administration ist bestrebt, die Gefangenen durch rohe Behandlung zu Verwirrungen zu treiben. Die natürliche Folge ist die Zunahme der Selbstmorde unter den Gefangenen. Einer dieser Gefangenen, Genosse Prolovo, der sich nach den letzten Exekutionen in Kaschki die Ader aufschnitt, hat einen Brief hinterlassen, der deutlicher als alles andere den unsäglichen Druck schildert, unter dem die Gefangenen des Jaren in den Kerker schmachten: „... Die Zustände sind bei uns derauf, daß nur der Gedanke des Todes unsere Lage wiedergeben könnte. So lichtlos ist diese Tragik, daß wir ihr Ende nur in einem kleinen eingesäumten Stüchden Land erblicken, das mit zahlreichen hölzernen Kreuzen besetzt ist. ... Keine Hoffnung von außen und nur noch wenig eigene Kraft, von allen Seiten aber überschüttet und die vertierten Ausscher immer mit neuen Verfolgungen. Immerfort wiederholen sie: Wenn wir Euch endlich das Lebenslicht auslöschen könnten! Ein Genosse, der den Krallen des Direktors Solowin in Automar entziffen worden ist, nachdem er zweimal zu je 7 Tagen gehungert und zweimal einen Selbstmordversuch unternommen hatte, wiederholte nur noch: „Ach, wenn ich mir doch schneller den Schädel einrennen könnte!“ Das ist die Devise der starken Kämpfer, die hier wie in der Freiheit die Fahne der freien Persönlichkeit hochgehalten haben. Gebt uns schneller Gift, gebt uns wenigstens die Möglichkeit, schneller zu sterben! Quäl und nicht länger, wir werden ohnehin nicht unsere Menschenwürde in den Schmutz ziehen lassen, wir haben zu sehr um sie gelitten und zu teuer für sie bezahlt, um die Geniedrigung zu ertragen und sich des Andenkens der besten Genossen unwürdig zu zeigen. Nein, ihr Henker, das werdet ihr von uns nicht erwarten! Wir enden lieber mit Selbstmord, als euch dieses Vergnügen zu bereiten. Wir lieben grenzenlos das Leben, denn wir sind alle noch jung, haben das Leben noch nicht kennengelernt, aber die Menschenwürde ist uns doch noch teurer, und welche Qualen ihr uns auch zuteil werden laßt — unsere slavische Ergebenheit werdet ihr nicht erzwingen! ...“

Soziales.

Zu Unrecht einbehaltene Kautions.

Die Kammer 6 des Gewerbegerichts hatte sich mit einer gegen die Metzerei Wille gerichteten Klage auf Auszahlung der gehaltenen Kautions in Höhe von 101 M. zu beschäftigen. Als Kläger trat der Ausfuhrer A. auf, dem bei seinem Austritt aus der Firma Wille die Kautions einbehalten wurde. Wie in der Verhandlung festgestellt wurde, hatte sich Kläger eine Unrechtheit zuschulden kommen lassen. Dadurch war der Beklagten ein Schaden in Höhe von 35 M. entstanden. Die Beklagte begnügte sich nun nicht damit, dem Kläger bei der Einlassung die 35 M. abzugeben und Strafanzug zu stellen, sondern verweigerte obendrein noch die Herausgabe der übrigen Kautionssumme in Höhe von 66 M.

Das Gericht verurteilt die Beklagte, dem Kläger sofort die 66 M. auszugeben. Zur Begründung des Urteils wurde ausgeführt, daß die Beklagte das Wesen der Kautions mißverstehe. Eine Kautions sei nicht dazu da, daß sich ein Teil daran bereichern könne, sondern dazu gestellt, um etwa entstehenden Schaden im Arbeitsverhältnis zu decken. Der Schaden habe 35 M. betragen und stehe dem Kläger der Rest der Kautions zu.

Krankenkassenverbände und Leipziger Arztverband.

Und geht mit dem Ersuchen um Veröffentlichung folgende Erklärung zu:

Die Krankenkassen-Zentralverbände, welche die Interessen von über 14 Millionen Versicherten vertreten, Arbeitgeber, Angestellte und Arbeiter aller Parteien in sich vereinigen und in der Kräftigung in allen Punkten völlig einig gehen, haben bereits bei früherer Gelegenheit kundgegeben, daß sie den dringenden Wunsch hegen, mit den Ärzten in Frieden zu leben und eine Verständigung auf allgemeiner Grundlage herbeizuführen. Nachdem die vom Reichsamt des Innern in dankenswerter Weise eingeleiteten Einigungs-Verhandlungen zwischen den Verbänden der Krankenkassen und der Ärzte vorläufig gescheitert sind, halten es die Krankenkassenverbände für geboten, vor der Öffentlichkeit folgendes festzustellen:

1. Die Krankenkassenverbände waren bereit, an den Einigungs-Verhandlungen teilzunehmen auf der Grundlage, die in der Einladung des Herrn Staatssekretärs Dr. Delbrück zu einer Konferenz im Reichsamt des Innern am 18. November 1912 gegeben war. Die Krankenkassen hatten sich hierzu unter Zurückstellung schwerer Bedenken entschlossen und obwohl sie nach ihrer aufrichtigen Ueberzeugung durch die Fassung des Entwurfs der Vereinbarung bei den Verhandlungen von vornherein in eine ungünstige Stellung gebracht waren. Demgegenüber ist der Leipziger Arztverband trotz wiederholter Vorstellungen der Reichsregierung dabei verblieben, daß er Vertreter zu den Einigungs-Verhandlungen nur dann entsenden werde, wenn die Teilnahme der Ärzte daran auf die Verkürzung seiner Richtung beschränkt werde. Mit Recht hat es Herr Staatssekretär Dr. Delbrück abgelehnt, sich von dem Leipziger Verband in dieser Beziehung Vorschriften machen zu lassen, und erklärt, daß der Leipziger Verband das Zustandekommen einer Konferenz verhindern will und somit die Verantwortung für das Scheitern des Vermittlungsversuches der Regierung trägt.

2. Die gesamten Krankenkassen-Zentralverbände sprechen sich weiter einmütig aus gegen Sonderverhandlungen zwischen Krankenkassen- und Ärzteskreisen für einzelne Bundesstaaten, weil nach ihrer Ansicht auf diese Weise der herbeigesehnte Friede in vollem Umfange nicht zu erreichen ist. Keine der beiden Parteien würde bei solchen Einzelverhandlungen mit vollkommener Freiheit vorgehen können, weil sie sich durch Rücksichten auf die Gesamtlage gebunden fühlen würde. Einigungs-Verhandlungen können nur dann Zweck haben, wenn sie durch die Zentralverbände und für das ganze Reich geschehen.

3. Der Leipziger Arztverband sieht den Krankenkassen Kampf bereit gegenüber; er hat für einen allgemeinen Kampf einen Millionenfonds angeammelt, er hat örtliche Ärztevereinigungen geschaffen, die rein wirtschaftliche Zwecke verfolgen. Diese Vereine sollen in Zukunft allein noch Verträge schließen mit den Krankenkassen und den anderen Körperschaften, welche auf die Ärzte angewiesen sind. Nach dem Willen des Leipziger Verbandes sollen in Zukunft die einzelnen Ärzte überhaupt keine Verträge unterzeichnen. Den Krankenkassen ist es in Wahrheit ihrer wichtigsten Interessen und ihres Bestandes unmöglich, die zur Genüge befallenen Forderungen des Leipziger Verbandes zu erfüllen. Bei dieser Sachlage und bei der drohenden Kampfesstellung des Leipziger Verbandes müssen die Krankenkassen erwarten, daß entweder ihnen die ärztliche Hilfe, nötigenfalls durch beamtete Ärzte, sichergestellt wird, oder daß sie in Streitfällen von der Gewährung der ärztlichen Behandlung entbunden und alsbald ermächtigt werden, an deren Stelle die im Gesetz vorgezeichnete Geldleistung zu geben.

- Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen, Dresden.
- Hauptverband deutscher Betriebskrankenkassen, Essen.
- Gesamtverband deutscher Krankenkassen, Essen-Mün.
- Allgemeiner deutscher Knappschaftsverband, Berlin.
- Verband deutscher Jannungskrankenkassen, Hannover.
- Zentrale für das deutsche Krankenkassenwesen, Berlin.

Der mecklenburgische Landtag und die ritterschaftlichen Lehrer.

Die „Lehrerkorrespondenz“ schreibt: Im Jahre 1908 nahm der Landtag eine Befolgsordnung für die ritterschaftlichen Lehrer an. Diefelbe ist aber so ungenügend, daß bereits 1910 die Regierung mit einem Verbesserungsentwurf an den Landtag herantrat. Natürlich lehnte dieser ab, auch 1911. Aber die Regierung ließ nicht locker, sie kam auch dem jüngsten Landtage wieder. Sie war ganz außerordentlich bescheiden, sie forderte 1200 bis 2000 M. dieselbe Regierung, die 1897 ausprobiert: „Nach den Erfahrungen und nach Aussicht zuverlässiger, tüchtiger Wirtschaftender Beamten erfordert unter den gegenwärtigen Verhältnissen ein einfacher Hausstand eines verheirateten Subalternbeamten beim Rang der eigenen Vermögens ein Dienstlohn von 1800 M. Dabei wird sparsame Wirtschaftsführung vorausgesetzt und sind außergewöhnliche Verhältnisse wie Unglück und Krankheit nicht in Rechnung gezogen.“ Inzwischen ist nun der Durchschnittspreis aller Lebensmittel um mehr als die Hälfte gestiegen und doch fordert die Regierung für die Lehrer wesentlich weniger. Den Ritttern war aber die Forderung der Regierung noch zu hoch. Sie weisen hin auf die im Sommer nur leichte Würde des Schuldendienstes und auf die ausgedehnten Ferienzeiten, die beide dem Landschullehrer Monate hindurch eine beschauliche Lebensweise, eine erfolgreiche Betätigung in den verschiedenen Zweigen seiner eigenen Wirtschaft und gegebenenfalls noch anderweitige Beschäftigung (vielleicht mit Vienenzucht oder auch mit Privatstunden) ermöglichen.“ Außerdem reden sie von einer in „oft fast noch allzu jugendlichem Alter“ erfolgten Anstellung“. So wurden denn als ausreichend Gehälter von 1000 bis 1800 M., erreichbar in 24 Dienstjahren, festgesetzt. Weit mehr als 100 Lehrer erhalten keinen Pfennig Verbesserung, die übrigen Lehrer in der Ritterschaft 50 bis 200 M. Ein Vergleich mit anderen Staaten ist den Ritttern nicht angenehm und erscheint ihnen nicht maßgeblich, „weil offenbar manche Staaten in Folge großen Lehrermangels aus einem Notstande heraus sich zu einer durchaus nicht nur noch Ansicht der mecklenburgischen Stände zu weitgreifenden Aufbesserung der betreffenden Lehrergehälter haben entschließen zu sollen geglaubt“. Als ob irgendwo in deutschen Landen der Lehrermangel jemals größer war als in Mecklenburg! Bisher hatte sich die Regierung dagegen gelehrt, die Postsumme zu erhöhen und die Zeit der Gebundenheit der Lehrer zu verlängern. Jetzt gibt sie ihre Zustimmung, daß letztere auf 10 Jahre (bisher 5) und erstere auf 100 M. für das Jahr (bisher 60 M.) erhöht wird, falls eine Verständigung in der Gehaltsfrage erzielt wird. Hoffentlich zieht sie nach den Verfügungen des Landtags diese Zugeständnisse zurück. Das Recht der willkürlichen, unbeschränkten Kündigung, das die Regierung auf die ersten drei Dienstjahre beschränken wollte, dehnt der Landtag auf die zehn ersten Dienstjahre aus. An Pension schlug die Regierung dieselben Pensionsätze vor, die für die übrigen Lehrer und für die Beamten des Landes geltend waren, 25 Proz. nach 10 Dienstjahren, bis 80 Proz. nach 50 Dienstjahren, der Landtag bewilligte 300 bis 1440 M., das sind 22 bis 80 Proz. Die Pensionsätze sind auf allen Stufen schlechter als die sonst im Lande und im Reich geltenden.

Der Landtag hat in seiner letzten Sitzung wieder aufs Hartnäckigste bewiesen, daß er zu jeglichem Kulturfortschritt vollständig unfähig ist, und daß im Interesse der kulturellen Entwicklung Mecklenburgs je eher je lieber seinem Wicken ein Ende gemacht werden muß.

Gewerkschaftliches.

Die Tarifverhandlungen im Holzgewerbe gescheitert!

Als die Vertreter der Zentralvorstände, die am 13. und 14. Dezember ergebnislos über die Erneuerung der Verträge verhandelt hatten, auseinandergingen, legten die Delegierten des Arbeitgeberverbandes Wert darauf, daß nicht gesagt werde, die Verhandlungen seien „gescheitert“; es genüge die Konstatierung der Tatsache, daß kein Ergebnis zustande gekommen sei. Von einem endgültigen Scheitern könne auch deshalb nicht gesprochen werden, da die Absicht bestehe, zur Fortsetzung der Verhandlungen wieder zusammenzutreten. Wer die Entwicklung der Dinge im Holzgewerbe aufmerksam verfolgte, konnte keinen Augenblick im Zweifel darüber sein, daß dieser Umschreibung des Abbruchs der Verhandlungen eine besondere Bedeutung nicht beizumessen ist. Der Arbeitgeberverband für das deutsche Holzgewerbe hat die diesmalige Tarifbewegung mit der feinen Absicht in Angriff genommen, es zu konflikt zu treiben, und das von ihm beliebte Hinauszögern der Verhandlungen hatte lediglich den Zweck, der Öffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen. Es sollte der Anschein erweckt werden, als ob die Unternehmer betriebslos seien, den Frieden zu erhalten, und daß sie alle Mittel anbieten, um auf friedlichem Wege zu einer Erneuerung der Verträge zu kommen.

Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes hatte, wie er den Arbeitervertretern mitteilte, die Absicht, um die Jahreswende die Vertreter der Unternehmer der Vertragsstädte zu einer Konferenz zusammenzubringen. In Wirklichkeit fand aber am 3. und 4. Januar ein außerordentlicher Verbandstag des Arbeitgeberverbandes statt, auf welchem der Vorstand und die Delegierten des Schutzverbandes sich gegenseitig scharf machten.

In den Vorbereitungen der Parteien war vereinbart worden, daß, ähnlich wie bei den früheren Vertragsverhandlungen, über den Ablauftermin der Verträge und über die Arbeitszeit zentral verhandelt werden soll, während die Lohnfrage an den einzelnen Orten der Regelung durch direkte Verhandlungen zwischen den Vertretern der Ortsparteien überlassen bleibt. Bei den zentralen Verhandlungen stellte sich der Arbeitgeberverband auf den Standpunkt, daß, entgegen der bisherigen Übung, die dahin gehenden vierjährigen Verträge abzuschließen, diesmal nur Verträge für drei Jahre abgeschlossen werden dürfen. Damit sollen zunächst zwei von den vier Städtegruppen mit gleichem Ablauftermin vereinigt und ein Schritt weiter zu dem vom Arbeitgeberverband angestrebten „Reichstarif“ gemacht werden. Weiter proklamierte der Arbeitgeberverband den Grundsat, daß eine Arbeitszeitverkürzung unter 54 Stunden nicht zulässig sein soll. Die großen Städte, die jetzt schon eine Arbeitszeit von 54 und weniger Stunden haben, sollten also auf jede weitere Verkürzung verzichten. An diesen grundsätzlichen Forderungen der Unternehmer scheiterten die Verhandlungen am 14. Dezember.

Die außerordentliche Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes hatte offenbar nur den Zweck, den Kampfesmut der Unternehmer zu schüren. Merkwürdigerweise wurde diese Generalversammlung des Schutzverbandes in seinem Verbandsorgan, der „Fachzeitung“, mit keiner Silbe erwähnt. Dagegen brachte die „Arbeitgeber-Zeitung“ die Mitteilung, daß beschlossen worden sei, an der bisherigen Taktik in der Tarifverneuerungsforderung festzuhalten. Zu den erwähnten Differenzpunkten war inzwischen auch die Frage des paritätischen Arbeitsnachweises getreten, und der Vorstand des Schutzverbandes war bemüht, die Arbeitsnachweisfrage als den wichtigsten Gegenstand bei den diesmaligen Vertragsverhandlungen erscheinen zu lassen. Schrieb doch Herr Rahardt am 21. Dezember in der „Volks-Zeitung“, daß er sich von den Tischlermeistern und Holzindustriellen von Groß-Berlin „den strikten und einstimmig beschlossenen Auftrag“ habe geben lassen, „das Obligatorium um jeden Preis aus den neuen Verträgen zu entfernen“!

Zum Hinblick auf den Arbeitsnachweis beschloß nun die Generalversammlung: Weitere paritätische Arbeitsnachweise sollen nicht zur Einführung kommen, und dort, wo sie bereits bestehen, soll der Benutzungszwang beseitigt werden. Ebenso bestätigte sie die Stellungnahme des Schutzverbandes in der Frage der Arbeitszeit und des Ablauftermins der Verträge und schließlich wurde den in den Kampf ziehenden Schutzverbänden eine Solidaritätserklärung gegeben. „Die an der Lohnbewegung nicht beteiligten Holzgewerbetreibenden haben den in der Lohnbewegung stehenden Städten die weitgehendste Unterstützung zugesagt.“ heißt es in dem Bericht in der „Arbeitgeber-Zeitung“.

Nach dieser Rückenstärkung lud der Vorstand des Arbeitgeberverbandes die Arbeitervertreter auf den 16. Januar zur Fortsetzung der zentralen Verhandlungen in das Gebäude der Berliner Handwerkskammer. In eigentlichen Verhandlungen kam es aber hier nicht. Gleich zu Beginn der Sitzung legte der Vorstand des Arbeitgeberverbandes den Arbeitervertretern ein umfangreiches Schriftstück vor, das „Angebot der Arbeitgeber“. Es enthält für jeden einzelnen Ort das Zugeständnis, welches die Unternehmer zu machen bereit sind. Hiernach sind dreijährige Verträge abzuschließen. Eine Verkürzung der Arbeitszeit ist nur für ganz wenige Städte zugestanden, die eine ungebührlich lange Arbeitszeit haben; sie ist, wie vorher angekündigt, in den Städten ausgeschlossen, wo die Arbeitszeit jetzt schon 54 Stunden oder weniger beträgt. Eine Lohnerhöhung haben die Unternehmer allergnädigst bewilligt; aber sie ist nicht als bescheiden. Für jedes der drei Vertragsjahre soll, in der Regel jeweils am 1. Oktober, eine Erhöhung der Stundenlöhne um einen ganzen Pfennig eintreten; aber diese Regel erleidet noch

Ausnahmen. Für Berlin sind eine Reihe von Vertragsänderungen vorgesehen, die nicht nur ideelle, sondern auch materielle Verschlechterungen bedeuten. So sollen beispielsweise die Montagezuschläge erheblich reduziert werden.

Nachdem die Arbeitervertreter das Angebot der Arbeitgeber unter sich besprochen hatten, machten sie den Vorschlag, dieses Angebot als Grundlage für nun zu eröffnende Verhandlungen über die einzelnen Städte zu machen. Dieser Vorschlag wurde jedoch von den Unternehmern entschieden abgelehnt. Sie erklärten, daß ihr Angebot ein einheitliches Ganzes sei, an dem nichts geändert werden dürfe; es könne nur angenommen oder abgelehnt werden! Damit waren die Verhandlungen sehr schnell bei dem kritischen Punkt angelangt. Das Ultimatum des Arbeitgeberverbandes mußte, wie dieser auch vorher gewünscht hat, abgelehnt werden, und somit waren die Verhandlungen gescheitert.

Es ist kaum Aussicht vorhanden, daß sie noch einmal aufgenommen werden. Da die Verträge schon am 15. Februar ablaufen, würde es auch, dank der Taktik des Arbeitgeberverbandes, für eine ordnungsmäßige und gewissenhafte Durchberatung der Verträge an Zeit mangeln. Wie sich nun die Verhältnisse gestalten werden, ist zunächst ungewiß. Im Jahre 1907 hat der Arbeitgeberverband in Berlin die Parole ausgegeben: „Ohne Vertrag keine Arbeit.“ Wenn er auch diesmal an diesem Grundsatz festhält, was sehr wahrscheinlich ist, dann muß zum 15. Februar mit einer Aussperrung in der Holzindustrie gerechnet werden, die, wenn es nach den Wünschen des Arbeitgeberverbandes geht, etwa 50 000 Arbeiter umfassen würde!

Berlin und Umgegend.

Die Berliner Gastwirtsgehilfen für den wöchentlichen Ruhetag.

Wir haben bereits an dieser Stelle dargelegt, daß die gewerkschaftlichen Angehörigen alle Ursache haben, mit den jetzt geltenden Arbeitszeitbestimmungen unzufrieden zu sein. Die Gastwirtsgehilfen fordern neben der Einschränkung der täglichen Arbeitszeit namentlich den wöchentlichen Ruhetag für sämtliche Angestellte. Für diese Forderungen trat eine am Donnerstag nachmittag in den Germania-Hallen tagende öffentliche Versammlung der Gastwirtsgehilfen ein. Der Referent, Genosse Pöschel, begründete die nachstehende Resolution:

Die heutige Versammlung der Angestellten im Gastwirtsgerwerbe nimmt mit Bedauern Kenntnis von der Tatsache, daß die bestehenden Wünsche der gewerkschaftlichen Angestellten, die in zahlreichen Eingaben den gesetzgebenden Körperschaften unterbreitet worden sind, eine Berücksichtigung noch immer nicht gefunden haben.

Die Versammlung erwartet, daß die Ruhezeiten im Gastwirtsgerwerbe durch Gesetz eine durchgreifende Regelung erfahren, wie das von der Reichsregierung bereits im Jahre 1891 in Aussicht gestellt worden ist.

Die im Gastwirtsgerwerbe übliche lang ausgeübte Arbeitszeit, die unter gesundheitlich höchst ungünstigen Bedingungen zu leisten ist, erfordert dringend das Eingreifen der Gesetzgebung. Die Versammlung schließt sich den von der gesamten Gewerkschaft wiederholt aufgestellten Forderungen durchaus an. Es sind dies:

- Festsetzung eines regelmäßig wöchentlich wiederkehrenden Ruhetages von 36 Stunden für die gesamte Gehilfenschaft;
 - Regelung der täglichen Arbeitszeit, entsprechend den im § 120f der R. G. O. niedergelegten Mindestanforderungen.
- Die Versammlung erwartet, daß bis zum Erlaß eines Gesetzes die zurzeit geltenden Bestimmungen des Bundesrats vom 28. Januar 1902 auf das gesamte Personal ausgedehnt werde.
- Die stark besuchte Versammlung nahm die Resolution einstimmig an. Für die Geseangestellten und das Hilfspersonal finden besondere Versammlungen mit dem gleichen Thema statt.

Küstung, Herrenhof-Schneider! Der Streik bei der Firma G. Benedict, Königgräber Str. 10, ist durch Vergleich beendet; die Sperrung wird hiermit aufgehoben.

Verband der Schneider und Schneiderinnen.
Die Ortsverwaltung.

Deutsches Reich.

Beschluß des Verbandstages der Bauarbeiter zur Arbeitslosenunterstützung.

Der Verbandstag des Deutschen Bauarbeiterverbandes in Jena hat am Mittwoch die vom Vorstand beantragte Einführung der Arbeitslosenunterstützung, die in den Monaten März bis Dezember gezahlt werden soll, und die damit verbundene Beitragserhöhung eingehend beraten. Fast alle Diskussionsredner erklärten sich im Prinzip mit der Einführung der Arbeitslosenunterstützung einverstanden, doch hielten sie den Zeitpunkt für die Einführung der Unterstützung mit Rücksicht auf die bevorstehende Lohnbewegung nicht für geeignet.

In der Donnerstagssitzung erklärte sich der Verbandstag unter Ablehnung eines Antrages auf Ueberweisung der Verbandsvorlage an eine Kommission denn auch im Prinzip in namentlicher Abstimmung mit 301 gegen 97 Stimmen für die Einführung einer Arbeitslosenunterstützung im Verband. Ein außerordentlicher Verbandstag, der nach Abschluß der Tarifbewegung einberufen werden soll, soll dann endgültig über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung entscheiden.

Die Differenzen zwischen Vorstand, Ausschuss und Gauleitern im Bauarbeiterverband wurden beigelegt durch eine entgegenkommende gemeinsame Erklärung von Paepow, Dachne und Silberschmidt. Der Verbandstag nahm mit lebhaftem Beifall hiervon Kenntnis.

Versammlungen.

Verband der Sattler und Portierskinder. Die Ortsverwaltung Berlin hielt am Mittwoch ihre Generalversammlung ab. Den Geschäftsbericht vom letzten Quartal erstattete Schulze. In dem verflochtenen Vierteljahr ist eine günstige Entwicklung der Organisation zu verzeichnen. Desgleichen war auch, teilweise wenigstens, die Konjunktur eine gute. Insbesondere ist die Militärbranche infolge der politischen Spannung derart mit Aufträgen versehen, wie es seit langem nicht der Fall war. Die Wagenbranche hatte die Errichtung einer Fachschule gefordert, wo die Mitglieder zu schneiden und Modellmachen lernen könnten. Die Ortsverwaltung hat diesem Antrage Rechnung getragen und auch für die notwendigen Lehrmittel gesorgt. Der Kursus hat bereits begonnen. Diese Einrichtung soll eine dauernde bleiben.

Den Klassenbericht erstattete Wehber. Es ergibt sich folgendes Bild: a) Ortsverwaltung: Einnahmen und Ausgaben bilanzieren mit 2324, — M., bleibt Bestand am 31. Dezember 1912 —, — M. b) Lokalkasse: Bestand und Einnahmen: 87 334,41 M., Ausgaben 3302,65 M., bleibt Bestand am 31. Dezember 1912:

81 031,76 M. c) Berliner Verweisung: Einer Einnahme von 4425,28 M. steht eine Ausgabe von 3225,21 M. gegenüber, so daß ein Bestand von 1200,07 M. verbleibt. d) Die Masse der Lehrlings- und Jugendabteilung bilanziert mit 170 M. Mitgliederbestand dieser Abteilung am 1. Oktober 1912: 155. Davon sind Lehrlinge: 133, Hilfsarbeiter: 22, Mitgliederbestand am 31. Dezember 1912: 145. Davon sind Lehrlinge: 126, Hilfsarbeiter: 19, Mitgliederbestand der Erwachsenen am 1. Oktober 1912: 3482, darunter 195 weibliche Mitglieder, Mitgliederbestand am 31. Dezember 1912: 3510, darunter 199 weibliche Mitglieder. Die Benutzung des Arbeitsnachweises im letzten Quartal ergibt folgende Aufstellung: Eingetragene Arbeitslose: 724. Davon nicht organisiert: 36. Oktober: 230, November: 266, Dezember: 228. Verlangte Arbeitskräfte: 310. Oktober: 115, November: 109, Dezember: 88. Besetzte Stellen: 240. Oktober: 79, November: 89, Dezember: 72.

Hierauf hielt Dr. Biging einen interessanten Vortrag: „Die Entwicklung der belebten Natur“.

Letzte Nachrichten.

Wetterle und der reichsländische Landtag.

Strasburg i. E., 16. Januar. (W. Z. B.) In der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer des Landtages nahm sowohl der Präsident Nidlin und der Abgeordnete Gauß vom Zentrum wie auch Staatssekretär Zorn von Bulaß Veranlassung, die Agitationsfähigkeit des Abgeordneten Wetterle in Frankreich zur Sprache zu bringen. Präsident Nidlin erklärte, daß er über den Parteien stehe und daher nicht befugt sei, zu urteilen. Im Namen des Zentrums verurteilte Abgeordneter Gauß entschieden die Entgleisungen des Abgeordneten Wetterle. Das Zentrum bedauere, daß dieser sich soweit vergessen konnte, die Fraktion müsse aber jede Verantwortung für diese Aktion ablehnen. Gauß wies dann noch der Regierung vor, daß Generalsaboffiziere und hohe Beamte der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ Demunziantendienste leisteten. Staatssekretär Zorn von Bulaß sprach in scharfer Weise sein Bedauern aus, daß die Zentrumsfraktion den Abgeordneten Wetterle nicht ausgesprochen habe und damit eine andere Stellungnahme als das Reichszentrum und alle anderen Parteien einnehme. Wenn auch äußerlich vielleicht die Vorträge des Abgeordneten Wetterle einwandfrei erschienen, so konnte es nicht darauf an, sondern auf den Effekt und auf das Milieu, in dem dieselben gehalten wurden. Dies aber sei nationalitätsmäßig gewesen, und aus dem Vortrage halle man die Absicht zwischen den Zeilen deutlich lesen können.

Ein Ausbau der Verfassung sei aber nicht zu erhoffen, solange noch solche Neben gehalten würden. Der Staatssekretär verteidigte sodann den Offiziersstand gegen die Behauptung des Abgeordneten Gauß, daß Generalsaboffiziere zu Demunzianten bei der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ sich herabwürdigten, und auch von den Beamten glaube er das nicht eher, als bis der Beweis erbracht worden sei. Der Abgeordnete Wetterle gab zu seiner Rechtfertigung die Erklärung ab, daß, wenn heute die Maßnahmen wegen der Ausländer beseitigt würden, er selbst morgen seine Ausschließung aus der Zentrumspartei beantragen werde, und werde die Verfassung morgen ausgebaut sein, so werde er morgen für immer aus dem politischen Leben Elsaß-Lothringens ausscheiden. In seiner Beurteilung sei man viel zu eifrig gewesen. Er werde sämtliche Vorträge drucken und sie dem Landtage und der Presse zustellen lassen zu seiner Entlastung. Staatssekretär Zorn von Bulaß erklärte dann nochmals, daß der Abg. Wetterle doch nicht so ungeschickig zu tun brauche. Herr Wetterle verleihe in Paris nur in Kreisen, die den Rebanchegedanken nährten und er habe dem Lande zweifellos geschadet. (Beläustertes Bravo! im ganzen Hause.)

Eine Erklärung Poincarés.

Paris, 16. Januar. (W. Z. B.) Poincaré erklärte den Delegierten der Gruppen der Linken, er halte es für seine Pflicht, seine Kandidatur aufrechtzuerhalten. Es handle sich nicht um eine politische, sondern um eine persönliche Frage, da gegenwärtig nur zwei Kandidaten übrig seien, die denselben Kabinett angehörten. Er sei der Ansicht, daß der Unterschied in der Zahl der für ihn und für Boms abgegebenen Stimmen zu gering sei, als daß man ihn berücksichtigen müsse. Poincaré drückte die Ueberzeugung aus, daß er im Konkrete eine große Weisheit erhalten werde. Ein neuer Kandidat, der aufgestellt werden sollte, um die Einigkeit unter den Republikanern herzustellen, würde denselben Schwierigkeiten begegnen wie er.

Paris, 16. Januar. (W. Z. B.) Zwischen der zweiten und dritten Probeabstimmung machte Poincaré vergeblich bei Bourgeois Schritte, um ihn im Interesse der Einheit der Republikaner zur Annahme der Kandidatur zu bewegen, welches auch das Resultat der Abstimmung sein möge. Er erneuerte seine Bitten nach der dritten Abstimmung, doch Bourgeois blieb dabei, das Instinuen abzulehnen.

Kampf um Homerule.

London, 16. Januar. (W. Z. B.) (Unterhaus.) Bei dicht besetztem Hause wurde mit der heute zum Abschluß kommenden Debatte der Homerule-Bill fortgefahren. Die Redner konnten natürlich keine neuen Gründe mehr vorbringen. Der Nationalist Redmond erklärte sich für die Bill, als endgültige Erledigung der Frage. Er erklärte, die Bill werde auch zum Gesetz werden, da das Oberhaus nur noch die Zähne zeigen, aber nicht mehr beißen könne.

Eine bulgarische Drohung.

Sofia, 16. Januar. (W. Z. B.) Die „Wir“ meldet, wurde gestern in Mustafa Pasha unter dem Vorsitz des Königs und in Anwesenheit des Gehilfen des Generalissimus, der Kommandanten der vier Armeen und des Chefs des großen Generalstabes ein oberster Kriegsrat abgehalten. Es wurde beschlossen, die Kriegsoperationen wieder aufzunehmen, falls die Türkei nach der Demarche der Mächte und nach Ueberreichung des Ultimatum der Balkanstaaten, die dieser Demarche folgen soll, sich nicht beugen würde, unter den von den Verbündeten gestellten Bedingungen Frieden zu schließen.

Folgeschwere Dynamitexplosion.

Wolfsch (Baden), 16. Januar. (W. Z. B.) Bei einem Wagon ereignete sich heute vormittag durch Unvorsichtigkeit eines Arbeiters eine Dynamitexplosion. Zwei Arbeiter wurden sofort getötet, sieben weitere Arbeiter wurden schwer verletzt. Von ihnen schweben leider vier noch in Lebensgefahr. Der schuldige Arbeiter, der eine mit Dynamit gefüllte Büchse in die Nähe eines offenen Feuers gebracht hatte, wurde verhaftet.

Reichstag.

92. Sitzung, Donnerstag, den 10. Januar 1913, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Dr. Delbrück.

Etat des Reichsamts des Innern.

Vierter Tag.

Abg. Haegh (Esf.): Einige Vorträge des Abg. Wetterlé in Frankreich haben in Deutschland große Aufregung verursacht und sind auch hier von einigen Rednern scharf beurteilt worden. Mit der Zentrumspartei des Reichstags hat Herr Wetterlé nichts zu tun. Im übrigen liegen authentische Berichte über die Reden des Abg. Wetterlé noch nicht vor. Wie vorsichtig man solchen Zeitungsberichten gegenüber sein muß, wird ja Herr Scheidemann wissen. Meine Freunde stehen auf dem Standpunkt, daß den Esch-Lothringischen Abgeordneten die Aufgabe zufällt, in dem gespannten Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich verbindend zu wirken. Aufklärende Vorträge über die Verhältnisse in Esch-Lothringen können in Frankreich nur günstig wirken. Sollte Herr Wetterlé wirklich versucht haben, auf französischem Boden die Medaillenregelmäßigkeiten in einer Weise aufzustacheln, wie das bisher noch nie geschehen ist, so würden wir keinen Anstand nehmen, darüber unter lebhaftem Bedauern auszusprechen. Von dergleichen will bei uns niemand etwas wissen. (Bravo!) Die Sensation, die die Vorträge erregt haben, läßt es gewiß wünschenswert erscheinen, daß sie im jetzigen Zeitpunkt nicht gehalten worden wären. (Bravo!) Das haben die Blätter unserer Partei unumwunden zum Ausdruck gebracht. Herr Wetterlé hat selbst, als er die unerwartete Sensation seiner Vorträge bemerkte, nach Rücksprache mit seinen Freunden die Tournee abgebrochen. In Frankreich selbst übrigens scheint die Sensation eine sehr viel geringere gewesen zu sein als hier; die dortigen Blätter haben zunächst nur ganz unaufrichtige Notizen gebracht. Wir wünschen freundschaftliche Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland. Die Esch-Lothringier möchten das glückliche Bindeglied einer freundschaftlichen Entente sein, in welcher die endliche Sicherung des Weltfriedens eine feste Basis finden könnte. Wir bedauern, daß die sogenannten esch-lothringische Frage immer wieder als bedrohliches Wespenstich am politischen Horizont auftaucht. Wir meinen, es müßte der Krieg von 1870 der letzte gewesen sein, der die glücklichen Verhältnisse am Rhein trübte mit dem Blute zweier Völker, die noch unserer Meinung dazu geschaffen sind, sich zu vereinen und Hand in Hand zu arbeiten an den Werken der Kultur und des Fortschritts der Zivilisation. (Abg. Frhr. v. Camp: Das mag Wetterlé in Paris sagen!) Ich hoffe, Sie werden gegenüber den doch gewiß nicht weitbelegenden Vorträgen des Herrn Wetterlé lächeln und bewahren. Herr Camp meinte, der Abg. Wetterlé gehöre danach nicht mehr in den Reichstag. Das muß er ihm schon überlassen. Wenn ein solcher Ostzirkus gelten sollte, dürfte auch ein anderer Abgeordneter, der die Vertretung einer französischen Zeitung übernommen hat, nicht Mitglied des Reichstages bleiben. Redner wendet sich dann den Universitätsverhältnissen von Straßburg zu und rechtfertigt das Abkommen mit der Kurie über die Weigerung der katholisch-theologischen Fakultät. — In sozialpolitischer Beziehung schließt er sich den von anderen Parteien gegebenen Anregungen auf eine gesunde Mittelstandspolitik an.

Abg. Haegh (Soz.):

Der Staatssekretär hat gestern den Versuch gemacht, sich von dem Vorwurf zu rechtfertigen, daß die Sozialpolitik nicht den Forderungen der Zeit entspreche. Er hat damit etwas Unmögliches versucht, denn es ist einfach ein Gemeinplatz geworden, daß der Ausbau der sozialpolitischen Gesetzgebung weit hinter dem Notwendigen zurückbleibt. Er braucht nur einen Blick in die Blätter der Gewerkschaften zu tun, ja, nur in das Wochenblatt der bürgerlichen Sozialpolitiker, die „Soziale Praxis“, auf jeder Seite wird er Anregung finden und nachweisen, daß das nicht geschieht, was notwendig ist. Er hat auf die Vollenendung des großen Werkes der Reichsversicherungsordnung hingewiesen. Aber da haben ja die bürgerlichen Parteien zugeben müssen, daß das, was geschaffen ist, ihren Wünschen nicht entspricht, daß sie zugestimmt

haben, weil nicht mehr zu erreichen war. Wir sind anderer Meinung, wir stehen noch heute auf dem Standpunkt, daß durch die Arbeiterfeindschaft des Zentrums viel weniger erreicht wurde, als erreicht werden konnte und mußte, wenn wir eine Zentrumspartei hätten, die wirklich die Arbeiterinteressen vertritt. (Lebhaftes Beifall bei den Sozialdemokraten.) Es war also ganz unberechtigt, wenn der Staatssekretär im Hinblick auf die Reichsversicherungsordnung vorläufig mit sozialpolitischen Maßnahmen Schluss machte. Es stand schon einmal ein anderer an seiner Stelle, der auch sagte, vorläufig würde Ruhe eintreten. Aber er mußte aus seinem Amte scheiden, weil er sich nicht für befriedigt erklären konnte, weil er auch nicht das Wenige durchsetzen konnte, was er für nötig hielt, um nicht ein Minister gegen Sozialpolitik, sondern für Sozialpolitik zu sein.

In bezug auf den Arbeiterschutz hat der Staatssekretär sich auf die große Zahl von Gesetzen und Verordnungen berufen. Dieses

viele herumdozieren

beweist ja gerade, daß man nicht so vorgeht, wie es notwendig ist. Diese vielen Verordnungen werden ja nur deshalb erlassen, weil die ganze Grundlage ungenügend ist. Auch der Deutsche Juristentag hat die Frage, ob nicht eine einheitliche Regelung der Arbeiter- und Angestelltenversicherung notwendig ist, bejaht. Der Staatssekretär hat noch nicht einmal die Kinderarbeit in der Landwirtschaft geregelt, hier ist der Ausbeutung vollständig freies Spiel gelassen. Alle diese Lücken können nur durch eine einheitliche Versicherung ausgefüllt werden. Im vorigen Jahre konnte die Regierung noch mit einem gewissen Recht sagen, der Reichstag müsse seine ganze Kraft daran setzen, den Etat zu erledigen. Im so mehr hätten wir erwartet, daß jetzt die wichtigsten sozialpolitischen Vorlagen so zeitig an uns kommen, daß wir sie in Ruhe beraten können. Aber noch keine sozialpolitische Vorlage haben wir bekommen, trotz aller schönen Versprechungen, die während des Wahlkampfes sogar von den Konservativen gemacht wurden. Dabei hätte die Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse für den Staatssekretär ein besonderer Ansporn sein müssen, uns jetzt sozialpolitische Vorlagen zu machen. Das letzte Jahr hat den wirtschaftlichen Gegensatz ganz gewaltig verstärkt, das Großkapital in ganz gewaltigen Mengen bereinigt. Am Ende des Jahres 1911 hatten

158 Großbanken ein Kapital von 15 1/2 Milliarden

in Verwaltung, davon allein die Berliner und die ihnen angegliederten Großbanken nicht weniger als 18 Milliarden. Wie diese riesigen Summen von den Großbanken benutzt werden, zeigt ein Blick in die Jahresberichte. Wir finden, daß die Dresdner Bank im Jahre 1911 einen Gesamtumsatz von 91 Milliarden gehabt hat, in diesem Jahre wird sie 100 Milliarden erreichen. Die Deutsche Bank hatte einen Gesamtumsatz von 126 Milliarden und wird in diesem Jahre voraussichtlich auf 150 Milliarden kommen. Mit den Mitteln, die die Großbanken aus allen Kreisen des Volkes heranziehen, greift das Großkapital in alle Erwerbskreise ein. Nicht nur die Gütererzeugung wird unermesslich gesteigert, sondern auch die Ausbeutung des arbeitenden Volkes wird bis ins Unerträgliche gesteigert. Neben den Lebensmitteln sind durch diese kapitalistische Wirtschaft auch die Preise der anderen Verbrauchsgüter stark gestiegen, der Kohlenpreis unter eigenständiger Mitwirkung der preussischen Regierung um 50 Pfennig bis 1 Mark, was für das arbeitende Volk in Deutschland eine Mehrausgabe von mindestens 100 Millionen bedeutet. So wird das arbeitende Volk immer mehr gedrückt und verelendigt, damit das Großkapital immer neue Profite bekommt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Berliner Großbanken hatten im vorigen Jahre einen Uberschuß von 152 Millionen Mark.

Durch diese riesigen Gewinne werden den Kapitalisten die Mittel zur Verfügung gestellt, in ihren Kreisen den Luxus und die Verschwendung bis ins äußerste, oft bis ins unnatürliche zu steigern, während das arbeitende Volk immer mehr ausgebeutet wird. Unter dieser Ausbeutung leidet auch der Mittelstand. Trotzdem wir zwei gute Geschäftsjahre hatten, sind

viele kleine Unternehmer bankrott geworden, andere sind zurückgegangen und in größere Abhängigkeit vom Groß-

kapital gekommen. Hier wird immer erklärt: wir werden den Mittelstand schon retten, er soll nur warten. Das hören wir jedes Jahr mit denselben Worten, wobei der Mittelstand immer mehr und mehr aufgegeben wird. Gesetze zu seiner Rettung sind genug gemacht worden, aber sie haben nichts geholfen, wie wir vorausgesagt haben. Sie können eben den unvermeidlichen Entwicklungsgang nicht aufhalten. Man mag diese Entwicklung bedauern, aber man darf den Leuten nicht vor-täuschen, daß man sie zurückschrauben könne. (Sehr richtig! bei den Soz.) Es ist eine unmögliche Ueber-treibung zu sagen, die Warenhäuser arbeiten nur mit unläuterer Mitteln. Ich will Herrn Werner nicht zu nahe treten, ich glaube aber, ich habe ihn schon selbst im Warenhause laufen sehen. (Beifall.) Es ist ja geradezu lächerlich zu sagen, Wertheim erzielt seine Erfolge nur durch unredliche Maßnahmen. Das Blühen der Warenhäuser beruht eben auf der Uebermacht des Großkapitals, und diese Entwicklung kann man nicht aufhalten, wenn man dem Großkapital Zwangsmaßnahmen in den Weg legt, sondern man muß sie zum Wohle der Gesamtheit gestalten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Auch der häuerliche Mittelstand leidet unter dieser Entwicklung. In meinem Wahlkreise haben wir sämtliche Bauern, auch die, die Vieh halten, gesagt, wenn sie nachrechnen, was ihnen alles durch die Fülle verteuert ist, und dagegen den Nutzen halten, den sie von den gestiegenen Fleischpreisen haben, so sind sie durch diese Politik weit mehr geschädigt als gefördert. So wird also der gesamte Mittelstand getroffen. Deshalb müssen wir den

Kampf gegen das Großkapital

aufnehmen, und die Arbeiter stehen in diesem Kampf an der Spitze. Die Arbeiter verdienen noch nicht einmal, was zum notwendigen Lebensunterhalt gehört. Trotzdem sagt man immer wieder: Es ist ja nicht so schlimm, die Sozialdemokraten übertreiben. Demgegenüber erinnere ich an die bedenkliche Tatsache, daß unsere Bevölkerungszunahme zurückgeht. Früher waren wir stolz darauf, daß das deutsche Volk die Kraft hat, die Bevölkerung in starkem Maße anzuwachsen zu lassen. Jetzt werden Stimmen laut, die meinen, der Rückgang der Bevölkerungszunahme sei gar nicht so schlimm, die vorhandenen Güter reichen dann besser aus. Eine solche volkswirtschaftliche Anschauung ist längst widerlegt. Der Rückgang der Bevölkerungszunahme ist auf die Steigerung der Preise aller Lebensbedürfnisse zurückzuführen, und das sollte für jeden Sozialpolitiker eine ernste Mahnung sein, sich zu fragen, ob nicht neue Wege eingeschlagen werden müssen, um den Forderungen der Arbeiter mehr gerecht zu werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Statt dessen sagt man den Arbeitern von oben herab: Ihr müßt noch mehr Opfer bringen, Ihr müßt noch mehr hungern, damit der Geldbeutel der Agrarier gespart wird. Und in derselben Zeit bringt es ein kleines Häuflein allererster Leute fertig, auf einen Weltkrieg loszuzurufen, der im letzten Grunde auch nur den Ausbeutungsinteressen einer kleinen Clique dienen soll. In dieser Zeit der allgemeinen Bedrückung des Arbeitervolkes bekommen es die Konservativen fertig, hier und im Abgeordnetenhaus den Kampf zu verkünden

gegen die Grundrechte der Arbeiter.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Mit Ausnahme-gesetzen gegen die Arbeiter ist ja schon Käst Bismarck, der doch schließlich ein ganz anderer Kerl war als der Graf Westarp, kluglos gescheitert. Dabei war die wirtschaftliche Entwicklung damals noch lange nicht so weit wie heute. Die Sozialdemokratie war eine ganz kleine Partei. Aber als das Ausnahmegeretz schamlos zusammenbrach, da hatte die Sozialdemokratie dreimal soviel Stimmen. Also Sie sehen, wir brauchen den Kampf gegen die Ausnahmegeretze nicht zu scheuen. So lange Arbeiter vom Großkapital ausgebeutet werden, werden wir auch Sozialdemokraten haben. Doch das enthebt uns nicht der Pflicht, gegen solche Bestrebungen mit aller Kraft anzukämpfen im Hinblick auf die Opfer, die unseren Genossen solche ausnahmegeretzlichen Zustände auferlegen.

Bezeichnend war die Stellung des Herrn Delbrück zu dem Vorstoß des Grafen Westarp. Man kann aus Herrn Delbrück nicht ohne weiteres lug werden. Mit dem einen Auge sieht er nach den Konservativen, mit dem anderen schielt er ganz vor-sichtig nach der Linken. (Abg. Hertel: Hört, hört! Weiter-

Kleines Feuilleton.

Reisebericht im Polarreise. Kapitän Einar Mikkelsen, der drei Jahre im nördlichen Polarkreis zugebracht und zurzeit in London weilt, hat einem Vertreter der „Daily Chronicle“ folgende Mitteilungen über sein Leben in jenen unwirtlichen Öden gegeben gemacht. Der dänische Kapitän erzählt mit anmutiger Laune: „Ich hatte nicht viel Gelegenheit während der 28 Monate, in denen über mein einziger Gefährte war, englisch zu sprechen. Ich glaubte, es würde ihm helfen, die Zeit zu verbringen, wenn ich versuchen würde, ihm englisch beizubringen; aber aus der Sache wurde nicht viel. Jedenfalls war nicht begierig, eine neue Sprache zu lernen, da es schien, daß wir sehr geringe Aussichten hatten, je wieder irgend eine Sprache zu gebrauchen außer vielleicht zum Her-sagen unseres letzten Gebets. So fiel der Plan denn durch. Worüber wir während jener dunklen Monate redeten? Ueber alles in der Welt. Schweigen mag Gold sein, aber nicht im Polarkreis; denn für lebendige Menschen, die sich selbst überlassen sind, ist das Reden, das beständige Reden die einzige Wohltat. Das Schweigen muß unter allen Umständen vermieden werden; denn das Schweigen bedeutet dumpfes Hindernis. Doch ist es in der Regel gut, Streitfragen, wie die Politik, zu vermeiden. Doch erinnere ich mich, wie wir in dem letzten vergewisselten Winter, dem dritten dieser Expedition, über Politik redeten, da wir so ziemlich alle anderen Gegenstände erschöpft hatten. Um argumentieren zu können, wurde einer von uns ein unbedingter Konservativer und der andere ein Sozialist vom reinsten Rot. Alle Dinge, über die wir stritten, waren zweiundeinhalb Jahre alt und waren vielleicht schon erledigt; aber für uns war die Welt stillgefallen. Ich glaube, wir gingen sogar soweit, Europa in einen allgemeinen Krieg zu verwickeln, als es uns plötzlich einfiel, daß unter diesen Umständen im nächsten Jahre kein Schiff nach der grönländischen Küste kommen könnte, und die schreckliche Aussicht war zu furchtbar, als daß sich unser Geist damit beschäftigen konnte. Wir ließen deshalb die Politik fallen. Wir träumten viel und fanden Trost darin, einander unsere Träume zu erzählen, indem wir sie vielleicht ein wenig verträumten. Es wird kaum glaublich scheinen, aber ich entsinne mich, daß ich es fast wie eine Erlösung empfand, als ich einmal in der Nacht mit furchtbaren Zahnschmerzen aufwachte. Hier war wenigstens etwas Neues; ich begann, mir auszurechnen, wie lange es dauern würde, ehe ich zu einem Zahnarzt gehen könnte unter der Voraussetzung, daß uns im folgenden Sommer ein Schiff mitnähme. Ich rechne 210 Tage — sagen wir 3000 Stunden Zahnschmerzen. Es dauerte nicht solange, aber doch lange genug, um mir eine andere Art Kurzweil erträglicher scheinen zu lassen. Ich glaube, es muß leicht sein, über den Hunger zu reden und zu schreiben, wenn man ihn nicht gefühlt hat; die Wirklichkeit ist unbeschreiblich.“

Die „Kunstwerke“ der Milliarden. In diesen Tagen wurde in New York eine Ausstellung eröffnet, die nur aus falschen Kunstwerken besteht. Diese Sammlung von Fälschungen aller Art soll dazu dienen, den allzu harmlosen Milliarden die Augen zu öffnen über die Methoden, nach denen sie seit vielen Jahren aufgründ-

lichte betrogen werden. In den Kreisen der Kenner ist es kein Geheimnis, daß der größte Teil der Meisterwerke, die alljährlich nach Amerika gehen und dort die Galerien der großen Finanzmagnaten zieren, den Namen nicht verdient, den die betreffenden Bilder tragen. Der berühmte englische Moler Sargent hat einmal seinem Urteil über diese Verhältnisse einen köstlichen Ausdruck gegeben. Als der Künstler in Amerika weilte, wurde er von einem Multimillionär zum Diner geladen. Der Betroffene war überaus stolz auf sein angebliches Kunstverständnis und hielt es für völlig ausgeschlossen, daß irgend ein Händler es wagen könnte, ihn zu betrügen. Er hatte in seiner Galerie wunderschöne Bilder von Rembrandt, Murillo, Tizian und Raffael; aber leider waren sie alle gefälscht. Mit Stolz führte der Hausherr seinen Gast vor diese Schätze. Sargent sah alles und — schwieg. Da sagte der Millionär zu ihm: „Mein lieber Freund! Ich habe die Absicht, alle meine Schätze irgend einem würdigen Institut zu schenken. Könnten Sie mir irgend ein Museum nennen oder ein anderes Institut, das wert wäre, sie zu empfangen?“ Sargent dachte einen Moment nach und erwiderte dann mit größter Seelenruhe: „Ich würde ein — Blindeninstitut vorschlagen!...“

Kunst.

Drei Akademiker. Die Akademie hat die drei letzten ihrer Toten, den Moler Hertel, den Bildhauer Lessing, den Architekten Wallot, durch Gedächtnisausstellungen ehren wollen. Das war, was den Reichstagsbaumeister betrifft, berechtigt; was den Denkmalsmager angeht, überflüssig; und für den Malprofessor nicht ungenügend. — Das Urteil über Wallot steht vorläufig fest; die wenigen Blätter, die wir hier zu sehen bekommen, können es nur bestätigen: ein produktiver Architekt, der im Detail zwar ganz vom alten Spracherant gelangt war, der aber als Raumbildner und Fassengliederer die neue Zeit zu empfinden vermochte. Ein fast genialer, weil schöpferischer Zeichner. Er mochte keine Schaubilder; jeder Strich ist ein Baugedanke. Das Format des Lebens ist in jedem dieser Blätter. Man spürt es doppelt, dreifach, wenn die Zeichnungen Lessings daneben gehalten werden. Welch stolzernde Talentsorgfalt! Dieser Delorateur wählte nie, was er wollte, und überließ sich so dem laufenden Zufall. Ohne die preuhische Denkmalschule wäre dieser Dilettant wohl kaum zum Favoriten gekommen. Was aber soll man sagen, wenn man hört, daß heute fast jeder staatliche Monumentalbau irgendeine Anetung des Herrn Lessing zu ertragen hat. Das heißt: akademische Kollegialität.

Diese fragwürdige Jugend bewährte sich auch an Hertel. Sie wollte ihm eine Ruhmespyramide häufen. Möglichst viel wurde ausgefressen. Darüber vergah man, daß jener Maler zu jener Generation der Frühreifen und in solchem Reifsein bereits Ueberlebten gehörte, zu jener Generation, der die Hälfte aller großen, die moderne Welt verblühenden Akademiker beizuzählen ist. Hertel war einmal eine Hoffnung, eine Blüthenzeit des Talente. Er konnte alles: Courbet und Watteau, Schenck, Piloty und Alt-holland. Er war zugleich Krenzel und Pöcklin. Und war das alles mit Grazie und Temperament. Aber: viele Väter verderben das Kind. Hertel hatte nicht die Kraft, sich selber zu finden. Er feuerte eine Weile, um dann zu Asche zu brennen. Auch er wurde einer jener hohen Delorateurs, die das wilhelminische Zeitalter kennzeichnen.

Humor und Satire.

Damschrauben.

Jott, was für ein mühsames Gebelle voll Herr Werner in den Reichstag 'nein! Selbst der wohlbekanntesten höchsten Stelle schrie er einen diesen Tadel ein.

Ja, er schimpfte als ein Oberlehrer Ueber alles in der weiten Welt, weil ihm selbst, dem Quotanscherer, Die moderne Zeit nicht mehr gefällt.

Schwer geärgert hat's Herrn Doktor Werner, Daß man ihn bloß lächlich ausgelacht — Will er was erreichen, ja, so lern' er Von den andern, wie man's macht!

Proletarier, die sich koalieren, Run zu zähmen, hür'n die Blauen Kraft, Während unsere Schwarzen lächlich lachieren Schwarz die freie deutsche Wissenschaft.

Und so drücken diese edlen Brüder Micheln, der schon ohnehin verbeult, Fest auf beide blöden Augenlider Ihre fetten Daunen, bis er heult.

M i c h e l.

Notizen.

— Die Pawlowa brachte am Mittwoch im Neuen Operntheater für dieses Gastspiel die letzte Reizeit: D'izis' sinfonische Dichtung Präludien, für das Ballet arrangiert von dem geschmackvollen Regisseur dieser Bühne, Jofin. Die Komposition von D'izis, die im engen Rahmen einen Reichtum an Lebens-rhythmen birgt (idyllisches Liebesleben, Freude, Kampf und Sieg), gibt gewiß eine langvolle und stimmungsvolle Unterlage für den Tanz. In einer archaischen Landschaft spielen sich die heiteren Szenen ab, das Liebliche und Heitere überwiegt, während das Heroische naturgemäß zurücktreten muß und die tragischen Rüge durch schwarzumflossene Gestalten personifiziert werden. Die Pawlowa und ihre Gesährtinnen in leichten präziosen Gewändern entfalteten eine Fülle schöner, mannigfach bewegter Bilder, während Kowifoff seine kraftvolle Gesämebigkeit spielen ließ. Diese Tanz-bilder zeigten abschließend noch einmal, welche entzückender Wirkungen der Tanz fähig ist, wenn die gefüllte Begabung unter kunstverständiger Leitung sich betätigen kann.

— Ein Berliner Kleist-Haus. Das Hans Mauer-straße 53, das einem Baumraben weihen muß, war Kleist's letzte Berliner Wohnung. Es wird von jetzt ab den Namen Kleist-Haus führen. Eine Gedächtnisfeier soll auf seine Bedeutung hinweisen. Georg Kolbe hat eine Marmorale geschaffen, auf der oben eine sitzende, nackte Venusfigur dargestellt ist; unten in einem Medaillon steht man den Kopf des Dichters.

— Theaterchronik. Wegen eines Defektes in der Heiz-anlage muß im Theater am Kollendörfler Platz die Premiere von Leo Fall's „Studentengrüßen“ auf Sonnabend verschoben werden.

Zeit) Er meinte, so dumm — das darf ich ja nicht sagen (Heiterkeit) — in der Weise, wie Graf Westarp die Sache machen will, geht es nicht. Ich meine, er tut dem Grafen Westarp sehr unrecht, wenn er seine Rede als Entgegnung auffaßt. Graf Westarp hat sich seine Rede sehr sorgfältig überlegt. Sie hätte nach Inhalt und Form gar nicht anders sein können, wenn er den Befähigungsnachweis hätte erbringen wollen, daß er auch in einer höheren Stelle, etwa als preussischer Justizminister, die Geschäfte der Staatssekretäre besorgen könne. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Das Entscheidende ist, daß Herr Delbrück mit dem Grafen Westarp eingestimmt hat in das

Entscheidungsgesetz gegen den Terrorismus der freilebenden Arbeiter. Wir geben zu, es ist niemals von uns bestritten worden, daß bei Streiks hier und dort Dinge vorkommen, die besser vermieden würden, und wir bemühen uns auch, diese Dinge möglichst zu verhüten. Ich erinnere nur an die Warnung vor dem Alkoholgenuss beim Bergarbeiterstreik und an die ständigen Warnungen der Gewerkschaftspresse, sich bei Streik in den gesetzlichen Grenzen zu halten. Aber ist denn das so ohne weiteres möglich? Sehen wir nicht, daß überall, wo gewaltige Bewegungen die Geister erfassen, die Menschen in ihrer Leidenschaft über das hinausgehen, was sie bei ruhiger Ueberlegung tun würden. Und ein Streik ist eine Angelegenheit, die das Wohl des Arbeiters aufs äußerste berührt, seine ganze Existenz steht auf dem Spiel. — Ist es da nicht menschlich erklärlich, wenn er Leute, die ihm bei dem Kampf in den Rücken fallen, als Verräter betrachtet? Sie selbst berachten den Verräter im Kriege und lassen ihn ohne weiteres über die Klinge springen. Und wenn Arbeiter mit Erbitterung erfüllt werden gegen Verräter in ihren Kämpfen und dabei über die Scham hinaus, so kann man das bedauern, aber es ist menschlich verständlich. Herr Delbrück hat ja selbst zugegeben, daß beim Bergarbeiterstreik schwere Vergehen nur in ganz geringem Maße vorgekommen sind. Er hätte dabei auch über den Fall sprechen sollen, wo eine Mutter mit ihrem Säugling ins Gefängnis geschickt wurde, weil sie „Kauf! Streikbrecher!“ gesagt hatte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ein solcher Rechtszustand ist

eine Schmach und eine Schande für unsere Kultur.

Wenn der Staatssekretär Verständnis für das Gefühl der Arbeiter hätte, würde er sich vor allem bemühen, solche Gesetze zu mildern, und würde nicht die Stirn haben, die Gesetze noch weiter verschärfen zu wollen. Wir werden ja dafür sorgen, daß die Rede des Grafen Westarp im Volke bekannt wird, und werden hinzufügen die Worte des Staatssekretärs darüber, was die Regierung bei der bevorstehenden Reform des Strafgesetzbuches beabsichtigt. Das werden wir bei den nächsten Wahlen benutzen und dann wird hoffentlich das arbeitende Volk, das den ersten Schritt getan, die ersten 110 in den Reichstag geschickt hat, die zweiten 110 bald nachfolgen lassen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Die Entrüstung der Herren über den sogenannten Terrorismus der Arbeiter ist ja noch dazu meist gar nicht ehrlich gemeint, sondern vielmehr eine schamlose Komödie. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Deshalb entrüsten sich denn die Herren sonst nicht auch über den Terrorismus der Unternehmer? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Da ist im letzten Jahre von einem Regierungsrat ein Buch erschienen, das darlegt, welche Kampfmittel die Arbeitgeber gegen ihre Streikbrecher anwenden, und in der Besprechung dieses Buches in der „Sozialen Praxis“ sagt der Herausgeber dieses Blattes, daß die Kampfmittel, die die Arbeiter gegen ihre Streikbrecher anwenden, durchaus dürftig wären gegenüber diesen Kampfmitteln der Unternehmer. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Damit vergleichen Sie das Auftreten des Grafen Westarp, der sich über den Terrorismus der Arbeiter entrüstet, aber vom Terrorismus der Unternehmer kein Wort redet. Das ist die höhere Gerechtigkeit. Der Herr hat uns bei den letzten Wahlen genug genügt und wird uns noch mehr nützen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Doch es handelt sich nicht um den Grafen Westarp, sondern um einen planmäßigen Vorstoß der Konservativen. Besonders entrüstet hat sich Graf Westarp noch darüber, daß Genosse Fischer uns Mitteilung machte über eine Auseinandersetzung zwischen Herrn Delbrück und dem preussischen Minister des Innern. Wer die Geschichte der politischen Parteien aller Länder kennt, weiß, daß von allen Parteien und allen Regierungen das Mittel der Verächtlichmachung vertraulicher Mitteilungen aus gegnerischen Kreisen benützt worden ist. Graf Westarp als früherer Polizeipräsident muß das doch am besten wissen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

In ihrer heutigen Morgenansprache bringt die „Sozialistische Zeitung“ die urkundlichen Belege dafür, daß auch die konservativen Junker sich solcher Mittel bedient haben, und noch viel schlimmer. (Wobei der grundsätzliche Unterschied zu beachten ist: mein Freund Fischer hat nichts dazu getan, um sie christlich zu bekommen, was aber die Junker und die Regierungen getan haben, um in den Besitz solcher Schriftstücke zu gelangen, ist ja bekannt genug. Ich möchte in diesem Jubiläumsjahr die Herren nur an eine ganz besondere Leistung der preussischen Junker erinnern. Wer war es, der vor etwas mehr als 100 Jahren den Herrn v. Stein zum zweiten Male aus dem preussischen Ministerium hat fliegen lassen? Das waren die preussischen Junker, die einen vertraulichen Brief des Ministers, in dem er seinem Herzen über die französische Wirtschaft in Preußen Luft macht, der Franzosenpartei, den Erzfeinden Deutschlands, ausgeliefert haben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ein solches Schandmal in der Geschichte hat keine einzige Partei auf sich sitzen. Aus neuer Zeit brauche ich ja nur an die Hundt des Herrn v. Marschall in die Öffentlichkeit zu erinnern. Also Sie (nach rechts) sind am wenigsten betruhen, uns Moral zu predigen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Konservativen haben offenbar diese ganze Frage nur angeschnitten aus wahltaktischen Rücksichten, um ihre engsten Parteinteressen zu fördern. Die Landtagswahlen in Preußen stehen vor der Tür und Ihre Gewissen ist so schlecht, Ihre Angst so groß, daß Sie trotz des schlechten Wahlerfolgs sich nach einem Verbündeten umsehen. Da war dieser Vorstoß notwendig, um die Nationalliberalen zu gewinnen. Es gab ja eine Zeit, wo die Konservativen noch im Volk wurzelten und Vertrauen zu sich hatten. Damals traten auch konservative Sozialpolitiker gegen diese Uebermacht des Kapitals auf und verlangten auch das Koalitionsrecht der Fabrikarbeiter. Damals waren die Konservativen noch eine selbstständige Partei, heute bilden sie sich immer mehr zu einer Söldnertruppe des Großkapitals

aus (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten), das ihnen ihre Machtstellung in Preußen erhalten soll. Sie wissen, was sie daran haben. Das bezeugte ja auch das vom Abg. Fischer vorgebrachte Material. Ohne daß ich dieses kannte, habe ich am Tage vorher in der Budgetkommission darüber Vorschläge gemacht, daß das Reichsamt des Innern in der Sozialpolitik vollständig versagt. Da hat der Staatssekretär selbst gesagt: Uns sind ja die Hände gebunden, weil Preußen die Sachen verschleppt. Ledebour beantragte, die Erklärung des Staatssekretärs ins Protokoll zu bringen. In diesem hatte der Staatssekretär seine Erklärung freilich abzuschwächen gesucht. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Freilich gibt es auch Gesetze, bei denen der Staatssekretär von Preußen gefördert wird, so wenn er eine Justizausvorlage verlangt oder Liebesgaben für die Junker. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Gehemmt wird er, wenn es sich um Arbeiterrechte handelt. Die Erklärung des Staatssekretärs in der Budgetkommission zeigt, daß das Reichsamt des Innern

dem preussischen Ministerium untergeordnet

ist, und dieses ist untergeordnet den preussischen Junkern. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Deshalb bin ich dem Abg. Fischer für seine Mitteilung dankbar, denn sie beleuchtet unsere staatsrechtlichen Verhältnisse und sie zeigt dem preussischen Volk, daß bei den nächsten Landtagswahlen viel mehr auf dem Spiele steht, als es den Anschein hat. Wollen wir unser Vaterland von dem Abdruck befreien, unter dem

es leidet, wollen wir freie Bahn schaffen für eine gesunde Entwicklung, so müssen alle Kräfte daran gesetzt werden, um mit dem Junkerregiment in Preußen und damit in Deutschland aufzuräumen! (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Dr. Delbrück: Der Abg. Hoch hat sich auf Aeußerungen von mir in der Budgetkommission bezogen, die auf Wunsch eines Freundes von ihm ins Protokoll aufgenommen und von mir in diesem abgeändert seien. Ich stelle fest, daß ich an dem Protokollentwurf, der mir zugeht, wesentliche Änderungen nicht gemacht habe. Ich habe auch nicht die Absicht gehabt, mich über die Schwierigkeiten leitens Preußens zu beschweren, ich habe lediglich darauf hingewiesen, daß die Ausarbeitung von Gesetzesvorlagen im Deutschen Reich vermög seiner Verfassung schwieriger ist als in einem Einheitsstaat. Allerdings bin ich auch von anderer Seite mißverstanden worden, wie ein heutiger Artikel des Abg. Solheim im „Berl. Tageblatt“ zeigt. Ich betone deshalb noch einmal, daß im Bundesrat Anträge nur leitens der Einzelstaaten gestellt werden können. Sogenannte Präsidialvorlagen, die in den Reichsämtern ausgearbeitet werden, können gar nicht anders an den Bundesrat gelangen, als durch Ermächtigung des beteiligten Bundesstaates, das ist Preußens. Die Reichsregierung ist also stets genötigt, die Zustimmung des preussischen Staatsministeriums zu einer Vorlage herbeizubringen. Dieser Zustand darf auch gar nicht beseitigt werden, denn das Reich ist darauf aufgebaut, daß Preußen der führende Staat ist, woraus sich ergibt, daß die preussische und die Reichspolitik nach einheitlichen Zielen zu führen sind. (Abg. Ledebour: Auch das Wahlrecht muß einheitlich sein!) Das Reich hat die Verpflichtung übernommen, die verfassungsmäßigen Einrichtungen der Bundesstaaten zu schützen, deshalb ist die Beziehung auf das Wahlrecht verfehlt. Vor einer Verfassung des Bundesrats müssen die einzelnen Bevollmächtigten ihre Regierungen informieren, bei denen die Vorlagen dann geprüft werden. Daraus ergibt sich eine sorgfältige Durcharbeitung mit Berücksichtigung der verschiedensten Interessen in dem großen Reich. Diese Einrichtung muß bei der großen Zahl der Faktoren, mit denen ich zu verhandeln habe, zu Schwierigkeiten führen, die aber mit in den Kauf zu nehmen sind. Auch Herr Wissmar hat über diese Schwierigkeiten schon geredet, doch ist ihm nie der Gedanke gekommen, sie durch eine grundlegende Änderung der Verfassung zu beseitigen.

Der Abg. Hoch hat dann über die vielen und komplizierten Vorschriften auf dem Gebiete des Arbeiterrechts geredet. Diese Reglementierung rührt von der kaiserlichen Art her, in der hier Gelege gemacht werden; für jeden einzelnen Fall soll immer auch gleich ein besonderer Paragraph gemacht werden. Das erschwert natürlich die Anwendung der Gesetze.

Der Abg. Hoch meinte, es fehlt ein einheitlicher Unterbau. Auch ich bin der Ansicht, daß eine einheitliche Gestaltung unserer großen Versicherungs-Gesetze für alle Teile besser wäre. Auch Graf Poladovsky hat diese Auffassung gehabt. Daß dieses Ziel nicht erreicht wurde, liegt an der historischen Entwicklung unserer Arbeitergesetzgebung. Herrn Hoch schwebte, wie ich ihn verstand, vor, daß hier nur große Grundzüge ausgearbeitet und die Anwendung der Gesetze partiell zusammengefügten Instanzen übergeben werde. Wenn die Arbeiter rein sachlich und ohne politische Tendenz handelten, würde die Arbeitergesetzgebung einer solchen Tendenz sich nähernden Weise wohl ausgebaut werden können. Daß das nicht möglich ist, dafür will ich nur an das Gesetz über die Sicherheitsmänner der Vergleute erinnern. Ich habe diese als ein technisches Institut gedacht, so daß bei der Wahl lediglich die technische und persönliche Zuverlässigkeit maßgebend sei. Tatsächlich ist eine politische Einrichtung der Sozialdemokratie daraus geworden, die Wahlen spielen sich ab als Kampf zwischen den christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaften. Durch die Politisierung der Sicherheitsmänner ist der Zweck dieser guten Einrichtung völlig vereitelt.

Soviel zur Sozialpolitik. In Bezug auf die Mittelstandsfragen verweise ich auf meine eingehenden Darlegungen im Vorjahre, die ich heute nicht wiederholen will. Die Lösung von Mittelstandsproblemen ist ganz besonders schwierig. Der Redner sucht dies an einzelnen Beispielen anzuschauen.

Unser Handwerkergesetzgebung ist der Revision bedürftig. Eine Vorlage in dieser Richtung beabsichtige ich dem Reichstag vorzulegen. Die Subvention für das Deutsche Handwerkerblatt ist auf 10000 Mark erhöht worden. Ueber die Ziele unserer Wirtschaftspolitik scheint erfreulicherweise bei der großen Mehrheit dieses Hauses Uebereinstimmung zu bestehen. Ich habe auch hier meinen ausführlichen Darlegungen vom vorigen Jahre nichts hinzuzufügen. Wir wollen die bisherige Sozialpolitik in den alten Bahnen weiterführen. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Pieper (Z.): Der Theaterbesetzungswurf ist, soweit er das Bühnenwesen betrifft, von den Interessenten als brauchbare Grundbesetzung erkannt und wird uns hoffentlich bald vorgelegt werden. Ein anderer Teil befaßt mit dem Kineamatographenwesen. Angesichts des Kinofurors, der sich immer mehr breit macht, ist eine Kinoreform dringend notwendig. Vor allem muß gegen die rücksichtslose und gemeine Klammerei mancher Kinos vorgegangen werden. (Sehr richtig!) Die Anknüpfung eines Besetzungswurfs über die Zigarrenhausindustrie begraben wir; ein gleicher für die Konfektionsindustrie sollte folgen. — Die Gewerbeaufsichtsbeamten sollten das Recht erhalten, nicht nur wenn Gefahr im Verzuge ist, selbst Verfügungen zu treffen. — Notwendig wäre eine neue Zusammenstellung der auf Grund des § 120a bis 1 erstellten Verordnungen der Landes- und sonstigen Polizeibehörden, die letzte ist bereits zehn Jahre alt. — Ein Verbot des Streikpostensiehens würde die bei Streiks vorkommenden Ausdehnungen nicht verhindern. Es ist deshalb unzweckmäßig und im übrigen auch unberechtigt, denn verbietet man das wirkliche Streikpostensiehens, so macht man Streiks überhaupt unmöglich. Dies Verbot würde daher im Volke mit Recht als Klammerey empfunden werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sehr aufmerksam sollte das Reichsamt des Innern die Entwicklung der Tarifverträge, die teilweise zu nationalen ausgebaut werden, verfolgen. Solchen Verträgen gegenüber müßte das Reichsamt des Innern eine ähnliche Stellung einnehmen wie die Gewerbebehörde zu den Tarifverträgen ihres Bezirks. — Ferner wünschte meine Freunde die Ausarbeitung einer Denkschrift über die wirtschaftlichen, gesundheitlichen und sozialen Wirkungen unserer Arbeitergesetzgebung. Das Verständnis für den Wert dieser Gesetze würde dadurch gefördert werden; es würde durch solche Denkschrift auch am deutlichsten hervortreten, wo noch Mängel vorhanden sind, es würde aber auch klar werden, welche Summe von nationalem Wohlstand, von sittlichem Glück und sittlicher Stärke für unser Volk durch diese Gesetzgebung geschaffen ist. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.)

Abg. Kägel (noll.): Der gewerbliche Mittelstand hat von der sozialpolitischen Gesetzgebung keinen Vorteil, die Gelegenheits-gesetzgebung schädigt vielmehr das Handwerk ungemein. In meinem Verufe ist ein treffendes Beispiel für die schädigende Gelegenheits-gesetzgebung die Wäckerleverordnung. So wenig wie durch Gesetze kann dem Handwerk durch Selbsthilfe allein geholfen werden; Staatshilfe und Selbsthilfe können nur dann ihr Ziel erfüllen, wenn unser Bildungswesen einer gründlichen Revision unterzogen wird. Das muß schon bei der Volksschule beginnen, den Fortbildungsschulen müssen Fachschulen angegliedert werden. Auch der landwirtschaftliche Mittelstand wird davon Vorteil haben, ebenso wie der kaufmännische. Der Redner erörtert noch weiter die Mittelstandsfordernungen seiner Partei, die für den Mittelstand nicht nur reden, sondern ihm auch praktisch helfen wollen. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dertel (L): Ob die Ausführungen des Staatssekretärs in der Budgetkommission zweckmäßig waren, scheint mir fraglich, da sie mißverständlich waren und mißverstanden worden sind. Herr Hoch meinte, in Preußen kommandieren die Junker. Ich habe davon noch nichts gemerkt; kommandierten wir wirklich, so würde manches ganz anders aussehen und die Herren von der

äußersten Linken würden ganz andere Empfindungen haben. In den Vorgängen von 1808, auf die Herr Hoch hinwies, war die konservative Partei unschuldig, denn damals existierte sie noch gar nicht. Auch die Marschallhege ging nicht von den Junkern aus.

Der Abg. Hoch meinte, der Zweck unseres Vorstoßes erkläre sich durch wahltaktische Rücksichten. Nun, unsere Resolution ist kein Vorstoß, sondern ein Akt. Wir hoffen, für diese abgemilderte Streikpostenresolution ein besseres Verständnis im hohen Hause zu finden wie im vorigen Jahre für die schärfere. Wie man uns wahl-taktische Rücksichten unterziehen kann, verstehe ich nicht. Wir „engherzigen, einseitigen Agrarier“ haben volles Verständnis für die Bedeutung der Großindustrie, die schwer unter dem Terrorismus leidet. Aber über große Wählerstimmen verfügt die Großindustrie nicht. Daß der Sozialdemokrat unsere Resolution unangenehm ist, beweist ja ihre heftige Verleumdung durch den Abgeordneten Hoch. Er nannte uns eine Söldnertruppe des Kapitalismus. Nun, der „Vorwärts“ hat mehrfach bei Artikeln der „Deutschen Tageszeitung“ gegen den Kapitalismus geschrieben, sie hätten ebenso gut im „Vorwärts“ stehen können. Wir belämpfen eben die Auswüchse des Kapitalismus.

Kam zu Herrn Müller-Meinungen. Was Graf Westarp über die Dämpfung gesagt hat, hat er weder widerlegt noch ergränzt, er hat auch nicht gesagt, wer die Dämpfung zuerst angeregt hat. (Zuruf: Nicht so neugierig!) Reugierde ist monatelang nicht möglich und gerade Herr Müller-Meinungen hat davon ein volleres Bild. (Große Heiterkeit.) Herr Müller-Meinungen sprach mit dem Brüstler von der Ueberzeugung, der ihm fast so zur Verfügung steht wie mir (Heiterkeit), und mit dem Feigen des Feigeners, das ich nicht anzuwenden pflege. (Heiterkeit.) Abg. Müller setzt, wie Dertel es tut, nach Art eines Kommerzienrats die Hände in die Westentasche. Herr Müller, Sie werden noch in den Ruf eines verkappten Antifemiten kommen. (Große Heiterkeit.)

Wir haben mit der Sozialdemokratie nichts Gemeinsames. (Zuruf bei der Volkspartei: Das Cohnsche Fohlenband!) Das hat ja Dr. Cohn ins Reich der Märchen verwiesen. In Zukunft wie in der Vergangenheit wird die konservative Partei jeden abschütteln, der sich irgendwie mit der Sozialdemokratie einläßt. Es ist uns schon nicht angenehm, hier mit den Herren verhandeln zu müssen. (Heiterkeit.) Eine Gemeinschaft mit der Sozialdemokratie ist nicht möglich, weil sie republikanisch und antimonarchisch ist und nicht auf dem Boden der Verfassung steht. In ihrem Verhalten zum Krieg sind alle Sozialdemokraten einig (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), sie verwerfen ihn alle, vom schärfsten Radikalen bis zum sanftesten pomadisiertesten Revisionisten. (Heiterkeit.) Fragt man aber, wie sie ihn verhindern wollen, so schweigt der Sängers Höllichkeit, und entfärbt jemandem das Wort „Maffenstreik“, so sagt man ihm: Schweig stille, mein Herr! So was sagt man nicht, das tut man nur gegebenermaßen.

Herr Vebel hat ja einmal gesagt, er werde noch selbst die Hände auf den Boden nehmen, wenn es sich um einen Abwehrkrieg handelt. Nun hat neuerdings Herr Maurenbrecher geschrieben: Die modernen, sozialistisch erregenen Arbeiter würden sich wie ein Mann erheben, um einen in das Land einfallenden Feind zu vertreiben. Er hat hinzugefügt, daß unter Umständen gerade vom demokratischen Standpunkt aus ein Krieg notwendig sein wird, wenn er auch äußerlich als Angriffskrieg oder als Krieg wegen ganz fern liegender Objekte erscheint — zum Beispiel Rußland gegenüber. Nun steht gegen ihn das „Hamburger Echo“ auf und sagt: Der Mann muß fliegen. Ich glaube, diese Meinungsäußerung ist Ihnen nicht ganz angenehm, das sehe ich Ihnen an. (Heiterkeit.) Wenn man aber über den Krieg so denkt wie das Hamburger Blatt, so folgt daraus, daß zwischen keiner bürgerlichen Partei und der Sozialdemokratie irgendwelches Partieren stattfinden kann. Gegen diese Logik wird auch Herr Dr. Müller-Meinungen nichts einzuwenden haben, ich freue mich, er macht ein indifferentes Gesicht. (Große Heiterkeit.) — Die Sozialdemokraten werfen uns immer vor, wir verstanden nicht, wie die Sozialdemokratie über die Revolution denke. Das ist auch nicht recht zu verstehen. Mit den Redensarten von der Entwicklung kommen wir nicht weiter. Die Entwicklung wird doch gestaltet, Sie werden nach Ihrem Geschmack, wir nach unserem gestalten wollen und schließlich wird es zum Zusammenstoß kommen. Gewiß, Sie wollen keine Revolution, heute nicht, es ist ja viel bequemer, hier im Hause zu sitzen (Heiterkeit), aber Sie wollen bei diesem Entschluß nur bleiben, wenn wir uns die Haut über die Ohren ziehen lassen. Lassen wir uns das nicht gefallen, dann wird die Revolution kommen und Sie weisen dann uns die Schuld zu. — Was den Fall Wetterlé anlangt, so hoffe ich, daß wenn er wieder Vorträge in Frankreich hält, er das sagt, was Herr Dr. Haegh heute als den Wunsch der Eläser bezeichnet hat. Im übrigen verstehe ich auch nicht, wie der Herr Abg. Dr. Weill als deutscher Reichstagsabgeordneter das hiesige Bureau einer französischen Zeitung leiten kann, die auf dem Standpunkt des Herrn Jaurès steht. Die private Beschäftigung eines Reichstagsabgeordneten geht uns nichts an, aber in der jetzigen Zeit das Bureau einer französischen Zeitung zu leiten, erfordert ein Maß von abwägender Taktik, politischer Klugheit und väterländischer Gefinnung, das ich Herrn Dr. Weill — von Herzen wünsche. (Heiterkeit.) — Dr. Delbrück erklärte, an unserer Wirtschaftspolitik solle festgehalten werden. Aber die Maßnahmen zur Herabsetzung der Fleischpreise bedeuten einen Bruch mit dieser Politik. Unsere Wirtschaftspolitik ist die beste Sicherung unserer Sozialpolitik. Wird dem Arbeiter das Brot vom Runde genommen, nützt ihm keine Sozialpolitik etwas. Daher fordern wir den Schutz der Arbeitswilligen. Der Staatssekretär hat das Verbot des Streikpostensiehens abgelehnt, weil die juristische Formulierung des Begriffs „Streikpostensiehens“ zu schwierig sei. Einem Juristen ist kein Verstoß. (Heiterkeit.)

Das Verbot des Streikpostensiehens soll nur der Anfang eines besseren Schutzes gegen den reaktionären Koalitionszwang sein. Damit können wir nicht bis zur allgemeinen Strafgesetzsreform warten. Frühestens 1917 soll sie kommen, vielleicht dauert es aber auch bis 1912. Der Staatssekretär sagte, die bestehenden Gesetze reichen aus, und berief sich auf die Vorgänge im Ruhrrevier. Dabei sagte er, gerade aus dem Ruhrrevier seien täglich ganze Tausende mit Klagen über den Terrorismus gekommen. Daraus muß ich schließen, daß die Anregung zu scharfer Anwendung der Gesetze im Ruhrrevier von hier ausgehen worden ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In solche Lage wollen wir den Staatssekretär nicht bringen, wir wünschen, daß die Gesetze von vornherein scharf angewendet werden. Deshalb bebauern wir den Standpunkt des Staatssekretärs. Wir haben aus seinen Ausführungen den unabweisbaren Eindruck bekommen, daß er und der Reichsanwalt in dem bevorstehenden Kampf gegen die Sozialdemokratie nicht den Wagen mit und die Entscheidung zeigen werden, die notwendig sind. Die väterlichen Ermahnungen des Staatssekretärs an die Sozialdemokraten verlangen nicht. Da ist mit väterlicher Erziehung nicht zu erreichen, da müssen andere Mittel angewendet werden. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Die stumme!) Dazu sind Sie vorläufig noch verhältnismäßig zu unschuldig.

Redner wendet sich dann Mittelstandsfragen zu. Den Mittelstand zu retten ist die wichtigste Aufgabe. Sonst treiben wir ins uferlose Meer des sozialdemokratischen Zukunftsstaats. (Bravo! rechts.) Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Hoch (Soz.): Ich habe nicht gesagt, daß der Staatssekretär Delbrück seine Aeußerungen in Protokoll abgeändert hat, sondern seine Erklärung vom ersten Tage hat er am zweiten abgeändert.

Abg. Dr. Weill (Soz.): Herr Dertel hat sich mit der Reugier, die er selbst als schätzenswerte politische Eigenschaft bezeichnet hat, nach meiner privaten Beschäftigung erkundigt. Ich stelle mit größter Bereitwilligkeit fest: Ich bin bisher der Korrespondent der „Humanität“, des von meinem Freunde Jaurès

Abgeordnetenhaus.

112. Sitzung. Donnerstag, den 14. Januar 1913, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertische: Kommissare.

Die Wahl des Abg. v. Jacobi-Halbe-Ashersleben (L.) wird ohne Debatte für gültig erklärt.

Petitionen.

Der Reichsverband deutscher Zollbeamten bittet um Steuererleichterungen, Erhöhung des Wohnungsgeldes, Einführung einer gleichmäßigen Aufnahmepflicht, Stellungszulagen, Erhöhung des Kleidergeldes, Abschaffung der geheimen Personalakten, und der Arreststrafen, Lösung der Strafen nach bestimmter Zeit, Verbesserung der Verpflegung beim Schiffbegleitungsamt, Einrichtung von Wohnstätten und Verbesserung der Dienstreise. Die Kommission beantragt Uebergang zur Tagesordnung über die ersten sechs Ueberweisungen als Material bei den weiteren Forderungen. Die Abschaffung der Arreststrafen hat das Haus bereits früher der Regierung zur Verächtlichung nahegelegt. Gleichzeitig wird eine Petition der Militärärzte und -invaliden um lebenslängliche Anstellung der Unterbeamten und materielle Besserstellung beraten. Die Kommission beantragt Uebergang zur Tagesordnung.

Abg. Göbel (Z.) wendet sich gegen den unpassenden scharfen Ton der Zollbeamtenpetition.

Abg. Ströbel (Soz.):

Gerade die Ausführungen des Vordredners sind charakteristisch dafür, wie das Zentrum sich zu diesen Forderungen der Beamenschaft stellt. Die Verhandlungen dieses Hauses über die Wünsche der Beamten finden in einem anfassenden Widerspruch zu der Haltung derselben Partei im Reichstage. Man sollte meinen, daß das, was dort erst vor einigen Tagen von den Rednern aller bürgerlichen Parteien zur Frage der Beamtenbelohnung vorgetragen worden ist, hier im Hause sein natürliches Echo finden würde. Aber weit gefehlt. Wir hören hier fast das Gegenteil von dem, was die Parteien im Reichstage zu den Beamtenforderungen erklärt haben. Woraus ist denn das zu erklären? Wird denn im Reichstage eine Wahlmanövere

getrieben? Die Reden der bürgerlichen Abgeordneten im Reichstage verlangen für die Unterbeamten die Erfüllung derselben Wünsche, die bei der Beschlussempfehlung von 1909 hier im Hause von den Sozialdemokraten bekräftigt wurden. Haben sich denn die Verhältnisse inzwischen so sehr geändert? Gewiß, das Gehalt ist durch Ihre Wirtschaftspolitik inzwischen noch mehr entwertet worden. Aber schon 1909 war die Erhöhung der Beamtengehälter ganz unzulänglich im Vergleich zu der Teuerung aller Lebensmittel. Für die veränderte Haltung der bürgerlichen Parteien im Jahre 1909 und jetzt im Jahre 1913 gibt es nur die eine Erklärung, daß 1909 die Landtagswahlen vorbei waren, während sie jetzt 1913 vor der Tür stehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Man braucht die Stimmen der Unterbeamten und daher ändert man seine Stellungnahme. Deshalb ist einmal das berühmte warme Herz für die Unterbeamten. Aber die Beamten durchschauen Sie und Ihre Politik und Ihre fadensteigenden Ausreden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Nun hat Dr. Friedberg kürzlich gemeint, daß die Nationalliberalen 1909 nicht gewußt hätten, wie sehr die Unterbeamten durch den Fortfall der Stellungszulagen geschädigt würden, sonst hätten sie natürlich höhere Gehaltsätze beschlossen. Aber diese Ausrede ist schlimmer als die Unterlassungsände, die mit ihr beschönigt werden soll. Ich halte zwar Dr. Friedberg nicht für so klug, wie er gern gehalten werden möchte, und auch nicht für so klug, wie er sich selbst hält. (Heiterkeit.) Aber er ist ein leidlich kluger Politiker, und ich verleihe deshalb nicht, wie er allen Anzuges mit einer solchen Ausrede kommen kann. Haben denn die Nationalliberalen damals das Material, das dem Abgeordnetenhaus von den Beamten unterbreitet wurde, nicht gelesen? Die Sozialdemokraten wenigstens haben schon damals hervorgehoben, daß die Unterbeamten höhere Mindestgehälter haben müßten. Aber die bürgerlichen Parteien ließen sich nicht erweichen. Jetzt aber beginnt auf einmal

vor den Wahlen

das Bettrecken um die Gunst der Beamten. Die Regierung sieht ja den Forderungen der Beamten nach Gehaltsaufbesserungen oder Teuerungszulagen ablehnend gegenüber und bietet nur die famosen drei Millionen Unterzulagen, die noch

weniger als ein Trinkgeld

sind. In Preußen kommen als Unterbeamte hauptsächlich Eisenbahnbeamte in Frage. Und da ist es besonders grotesk, daß die Regierung erklärt, sie hätte für eine Verringerung dieser Beamten kein Geld. In den letzten drei Jahren sind aus den Ueberschüssen der Eisenbahn 576 Millionen an den Ausgleichsfonds abgeführt worden. Jetzt werden weitere 83 Millionen hinzukommen, so daß 1913 der große Spartopf 400 Millionen enthalten wird. In Wirklichkeit werden es noch viel mehr werden. Angesichts solcher Ueberschüsse, die im wesentlichen auch der Arbeitsleistung der Eisenbahnunterbeamten zu verdanken sind, sollte sich die Regierung

wirklich hüten,

mit der Behauptung zu kommen, sie hätte kein Geld. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber, selbst wenn kein Geld da wäre, könnte durch Beibehaltung der Steuerzuschläge für die höheren Steuerklassen das erforderliche Geld geschafft werden. Es ist selbstverständlich, daß die Zuschläge für die mittleren und unteren Einkommen endlich wegfallen müssen. Die Regierung selbst wollte ja alle Einkommen bis zu 7000 M. ausschlagend lassen und die bürgerlichen Parteien einschließlich der fortschrittlichen Volkspartei waren es, die die Regierungsvorlage der einschneidenden und die Zuschläge auch für die niedrigen Einkommen einschärften. Jetzt ist es höchste Zeit, daß wenigstens die Regierungsvorlage von damals wieder hergekehrt wird. Wenn die Gewährung von ausreichenden Gehaltszulagen an die Beamten wirklich abhängig sein sollte von einer Aufrechterhaltung der Steuerzuschläge, dann mögen die bürgerlichen Parteien ihre Beamtenverschuldung beweisen und in den höheren Einkommensklassen mit Freuden das Opfer der Zuschläge

bringen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Regierung aber hat Teuerungszulagen abgelehnt, weil sie angeblich nicht wieder zu beteiligen sind. Das glaube ich schon. Teuerungszulagen lassen sich solange nicht beseitigen, solange die Teuerung besteht. Die Teuerung aber bei und wird chronisch sein. Gerade deshalb ist man zu dauernden Erhöhungen der Gehälter selbst

übergehen. Und wenn die Regierung weiter geltend macht, daß die Aufbesserung der preussischen Beamtengehälter Konsequenzen für die Reichsbeamten nach sich ziehen würde, so sollte uns das nicht scheuen, denn das Reich ist nach den Erklärungen der Redner aller Parteien gegenwärtig außer Beamtenfreundlich. Im Reichstage hat der Zentrumsdarsteller Rudolph für die Post- und Mittelbeamten ein Anfangsgehalt von 1200 bzw. 1800 M. für notwendig bezeichnet. Also genau dasselbe, was wir Sozialdemokraten für die gleiche Beamtenkategorie in Preußen gefordert haben. (Lärm im Zentrum: Wir haben es

ja verlangt!) Aber nicht durchgeführt, im Gegenteil. Sie haben mit den anderen Parteien dahingehende Anträge niedergelegt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Gibt es einen größeren Widerspruch als zwischen dem Verhalten des Zentrums im Reichstage und hier im Abgeordnetenhaus? Ich empfehle diesen Widerspruch der Aufmerksamkeit aller Unterbeamten. Er ist ein Beweis für

die Doppeltzungigkeit des Zentrums,

je nachdem, ob es im Hause des gleichen Wahlrechts oder hier im Hause des Dreiklassenwahlrechts auftritt. Herr Rudolph mag's hinzu, daß die Forderung eines Mindestgehälts von 1200-1800 M.

das „alkermideste“

sei, was gefordert werden müsse. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wird Herr Bartscher nach mir den gleichen Standpunkt vertreten? Herr Rudolph hat auch gesagt, auf diesem Gebiete dürfe „kein Nachgeben, kein Juridistisches“ stattfinden. Deutlicher kann man sich doch nicht ausdrücken! 1909 hat das Zentrum aber nachgegeben, sonst wäre den Beamten in den letzten Jahren mancher bittere Nummer und manche Sorge erspart geblieben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Im Reichstage ist weiter der nationalliberale Abg. Bed-Weidberg gleichfalls für eine Neuregelung der Gehälter der Postunterbeamten eingetreten und sogar Dr. Dertel hat sich theoretisch für die Vereinfachung einer Erhöhung der Gehälter ausgesprochen, die Konserbation sein der Ueberzeugung, daß die Gehälter der Unterbeamten nach Möglichkeit erhöht werden müssen. Und der Reichsparteiler Friedberg v. Wamp schließlich hat gesagt, daß man mit einem Mindestgehalt von 1100 Mark heute nicht mehr auskommen könne, und daß an dem Bestehen dieses Mindestgehälts den Reichstag eine schwere Schuld treffe. Offenlich ziehen die Parteien dieses Hauses aus diesen Reden den Schluß, daß es höchste Zeit ist, auch hier in Preußen eine allgemeine Aufbesserung der Beamtengehälter vorzunehmen. Wenn die Parteien wollen, kann innerhalb weniger Wochen eine dahingehende Vorlage der Regierung verabschiedet werden. (Unruhe.) Dann wird auch der Reichstag folgen, sollten die dortigen Erklärungen der Parteien nicht ein freies Wahlmanöver sein. Aber dieses Urteil will ich einstweilen noch nicht fällen. Soviele beweisen aber die Reden, daß die Parteien 1909 ihre Pflichten gegenüber den Beamten schamlos verabsäumt haben, und daß allein die Sozialdemokratie energisch und ohne umzufallen die Interessen der Beamten wahrgenommen hat. Der Abg. Bartscher hat das in höchst origineller, ekt ultramontaner Weise bestritten. (Unruhe im Zentrum.) Er hat gesagt, wir hätten bei der ersten Lesung der Reform von 1909 überhaupt keine Anträge für die Beamten gestellt. Das ist an sich richtig. (Hört! hört! im Zentrum.) Warten Sie ab, was kommt! Es ist aber das

Gegenteil einer christlichen und loyalen Polemik,

wenn man damit beweisen will, daß wir damals nicht das Menschenmögliche für eine Besserstellung der Beamten geleistet hätten! Das Zentrum hatte sechs Vertreter in der Kommission, wir nur einen! Wir hatten eine Riesensache dort zu leisten und haben nicht Beamte in die Kommission entsenden können wie das Zentrum, weil gerade durch die wilde Scharfmacherei des Zentrums sozialdemokratische Beamte unmöglich sind. Der Zentrumsdarsteller von Savigny hat doch bei der Beratung des Eisenbahnbudgets für 1912 folgendermaßen gegen das Recht der freien Ueberzeugung der Beamten lahar gemauert: „Jede Hinneigung zur Sozialdemokratie, die nach außen erkennbar ist, ist mit den Pflichten eines Beamten unvereinbar.“ (Sehr wahr! im Zentrum.) Es ist durchaus zeitgemäß, an diese Pflicht auf das Ernsteste zu erinnern! (Beifalles Sehr richtig! im Zentrum und rechts.) Sie bestätigen damit, daß Sie die

terroristische Gesinnungsrichtung

gegenüber Beamten, für den Terror unerhörtester und skandalösester Art eintreten. Von Jönen, Herr von Arnim-Jübedom, mündet mich das nicht, aber festzuhalten muß ich, daß auch eine Partei, die, wie das Zentrum behauptet, die Interessen der Beamten und Arbeiter vertritt, den Staat in ihrem Interesse zum Oberterroristen machen will. Und da verlangen Sie gleichzeitig Befehle gegen Ausrichtungen bei Streiks gegenüber den Arbeitsschlichtern, wenn einmal ein Arbeiter gegen Zentrumsschriften, die ihm in den Rücken fallen, sich zu Schimpfworten oder Tätlichkeiten hinreichend läßt, was bedauerlich, aber erklärlich ist. Wenn Sie

selbst als Oberterroristen und Obertscharfmacher

austreten und von dem Staat solche Handlungsdienste verlangen, dann haben Sie jedes Recht vermisst, sich Arbeitervertreter zu nennen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten und Widerspruch im Zentrum.) Sie begreifen das nicht, wohl aber die Wähler draußen im Lande! Niemand wird ernstlich zu bestreiten wagen, daß wir in der Kommission alles getan haben, was möglich war. Wir haben darauf hingewiesen, daß 80 000 Beamte mit einem Anfangsgehalt von weniger als 1200 M. beginnen und daß 174 000 Eisenbahnbeamte zusammen 30 Millionen Mark an Aufbesserung erhalten sollten! Wir haben die Notwendigkeit einer ganz anderen Regelung des Wohnungsgeldzuschusses betont und haben ja auch später erlebt, daß durch die neue Klasseneinteilung Rehtnahlende Unterbeamte der Erhöhung ihres Wohnungsgeldzuschusses völlig verlustig gingen, weil 67 000 Beamte, meist untere, durch diese neue Klassierung geschädigt wurden. Sie aber waren taub, erst später hat der Abg. v. Savigny gestöhnt, daß hoffentlich wenigstens der Bundesrat diese Folgen beseitigen werde durch eine andere Klasseneinteilung, was aber natürlich nicht geschehen ist. Sie tragen die Verantwortung für diese Schädigung der Unterbeamten. Ich habe Jönen damals schon gesagt: verweigern Sie die 12 1/2 Millionen Aufbesserungen für Geistliche und Sie können 125 000 Unterbeamten, die es verdienen, je 100 M. mehr gewähren. Sie haben das nicht getan, sondern auch noch das unerhörte Prändenunweisen der Geistlichen nicht beseitigt. Auf die Frage, ob wir durch die Unterlassung von Anträgen in der ersten Lesung irgend etwas verabsäumt hätten, müssen Sie ehrlicherweise mit nein antworten. Nach Herrn Bartscher wären unsere Anträge bei der zweiten Lesung zu spät gekommen, weil da das Zentrum schon sein Kompromiß geschlossen hatte. Hätte es denn in der ersten Lesung für unsere Anträge gestimmt? Von dem kompromittierenden Kompromissen des Zentrums sollten Sie lieber nicht sprechen, man könnte sonst an Ihr Wahlrechtskompromiß und an die letzte Abstimmung über die Einführung des geheimen und direkten Wahlrechts denken, wo der Antrag durch das

unmenschenwürdige Schwänzen von 33 Zentrumsdarstellern

zu Fall gebracht und dem Minister damit die Handhabe gegeben wurde, hier zu erklären, daß ja nicht einmal eine Mehrheit dafür vorhanden sei. Beim Feuerbrutungsgezet haben Sie alle Ihre Leute bis auf drei hier gehabt, und die drei fehlenden wurden auch noch in Ihrer Presse an den Pranger gestellt. So verfahren Sie, wenn es sich um ein Gezet für Loh handelt, wenn aber ein Gezet von elementarster Notwendigkeit für die große Masse der Lebenden auf der Tagesordnung steht, dann kompromittieren Sie mit der äußersten Reaktion und bringen selbst die primitivsten Forderungen zu Fall. (Sehr wahr! links.)

Aber schon vor dem Kompromiß in der ersten Lesung hat das Zentrum alle nationalliberalen oder freisinnigen Anträge, die die Gehälter der Unterbeamten höher festsetzen wollten, mit der Mehrheit abgelehnt. Wir stellen selbst keine weitergehenden Anträge, um nicht dem Vorwand Rohrung zu geben, daß wir nicht praktische Arbeit leisten wollten. Wir beschränken uns in der ersten Lesung auf die Unterlassung der liberalen Anträge,

aber auch diese haben sie abgelehnt,

um wieviel mehr hätten Sie erst unsere Anträge abgelehnt? Wenn Worte einen Sinn haben sollen, was ja allerdings beim Zentrum nicht der Fall zu sein scheint, dann konnte Bartschers Behauptung, wir hätten keine Anträge zur ersten Lesung gestellt, nur sagen wollen, daß wir uns gegen die Interessen der Unterbeamten vergangen hätten. Nichts davon ist wahr, wohl aber beweisen die Akten des Landtags, daß das Zentrum in jedem einzelnen Fall

die Interessen der Beamten mit Hägen getreten

hat. Ich danke dem Abg. Bartscher für die Gelegenheit zu dieser Feststellung, fahren Sie nur so fort mit Ihrer Debattiermethode! (Sehr gut! links.) Herr Bartscher hat auch gesagt, daß die sozialdemokratischen Anträge bei der zweiten Lesung weit über das Ziel hinausgegangen seien. Das Zentrum aber hat 1909 im Reichstage noch weitergehende Anträge selbst mitbewilligt und mitbeschlossen. (Hört! hört! links.) Es erklärte seine Anträge für durchaus notwendig, als die Regierung die Rückwirkung auf Preußen als unabweislich bezeichnete. (Hört! hört! links.) Es handelte sich dabei um eine Gehaltserhöhung für eine Klasse von Reichseisenbahnbeamten, der in Preußen 83 000 Beamte angehören. In Preußen lehteten Sie die gleiche Festsetzung ab! Durch die Haltung des Zentrums sind

105 000 Beamte um ihr Recht geprellt

worden. (Ob! im Zentrum.) Im Reichstage haben Sie Ihren Reichsult allerdings nachher wieder fallen lassen, als die Gefahr der Reichstagsauflösung beseitigt war! Das sollte den Beamten zu denken geben; wenn die bürgerlichen Parteien im Reichstage und im Landtage alle möglichen schönen Worte für die Notlage der Beamten haben, so sollten diese ihnen nicht auf den Mund, sondern vielmehr auf die Finger sehen und ihren Taten nachgehen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Herr Bartscher hat also in jeder Beziehung eine unwahre Darstellung gegeben, denn alle diese Dinge mußten ihm bekannt sein. Die einzige Erklärung ist nur, daß er durch einen abgemauerten Trick die Sozialdemokraten den Beamten hat denunziieren wollen, allerdings mit dem anderen Ergebnis, daß sich die Gelegenheit fand, die Haltung des Zentrums gebührend zu kennzeichnen. Ich bin allerdings in Verlegenheit, welcher parlamentarische Ausdruck für dieses Verhalten zutreffend wäre, ich frage nur, ist es einem Anhänger der Partei für Wahrheit und Recht so ganz unmöglich, den Tatsachen die Ehre zu geben? Oder hält es das Zentrum mit jener Moral, die der Abg. Volkmann Jesuitenmoral nennt? Sie schämen die Wahrheit wie das Feuer. Wenn ich Jesuit wäre, und wenn jemand meine Moral mit der des Abg. Bartscher zu identifizieren wagte, dann würde ich ihn wegen Verleumdung verklagen. (Sehr gut! links.)

Herr Bartscher hat auch auf eine Aeußerung Webers auf dem Erfurter Parteitag hingewiesen, wonach es für uns die Hauptsache sei, gewisse Forderungen zu stellen, die keine andere Partei stellt. Er glaubte daraus folgern zu dürfen, daß es uns nur darauf ankomme, Forderungen zu stellen, die gar nicht realisierbar seien. Die Aeußerung Webers ist aber aus dem Zusammenhang gerissen und total entstellt, denn er sagt noch auf derselben Seite des Protokolls: „Uns handelt es sich darum, daß wir den Massen zeigen, wie die Gegner auf ihrem eigenen Boden die elementarsten und gerechtfertigsten Forderungen verweigern; diese Aufklärung der Massen über unsere Gegner ist die Hauptaufgabe für unsere parlamentarische Tätigkeit und nicht die Frage, ob zunächst ein Vorteil davon zu erzielen ist.“ Wenn wir den Massen und den Beamten zeigen, wie die elementarsten und gerechtfertigsten Forderungen von Jönen immer abgewiesen werden, dann tragen wir, auch wenn sozialdemokratische Anträge zunächst abgelehnt werden, doch dazu bei, daß das Parlament schließlich eine Zusammenkunft erhalte, die das Recht des Volkes und der Beamten wirklich vertritt. Das war der Sinn der Aeußerung Webers. Er hat sich aber weiter auf demselben Parteitag ausdrücklich gegen eine bössartige Mißdeutung seiner Worte verwahrt und erklärt, daß er damit selbstverständlich nur habe sagen wollen, wenn unsere Anträge nicht angenommen würden, so hätten wir ein weit wirksameres Agitationsmittel. Er hat daran erinnert, daß die ersten Anträge auf Arbeiterschutzgesetzgebung von ihm selbst herrühren und er weiß ein Verfahren zurück, daß behaupten wollte, daß ihm das Schicksal der von ihm beschworbenen Anträge schließlich gleichgültig wäre. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Weber ist gewiß der authentischste Interpret seiner Worte. Herr Bartscher hat sich freilich wohl nicht auf das Protokoll, sondern allein auf ein reichsverbändlerisches Erzeugnis gestützt, von denen der alte Sozialistendörner Max Lorenz erklärt hat, daß sie höchst schädliche und abgeschmackte,

von Unwahrheit strotzende Erzeugnisse

seien. Wir freuen uns, daß sich jetzt die Parteien im Reichstag zu unserer Auffassung durchgerungen zu haben scheinen; ich hoffe, daß das allmählich auch hier der Fall sein wird. Wir wollen freilich nicht nur schöne Worte hören, sondern auch Taten sehen und die Festsetzung des Mindestgehälts der Unterbeamten auf 1200 bis 1800 M. Sie brauchen nur zu wollen. Drohen Sie doch mit der Ablehnung des Etats oder wenigstens des Ministergehalts! Wenn wir den Etat ablehnen, so wird dadurch der Staat nicht zahlungsunfähig, selbst dann, wenn wir 60 oder 110 wären. Hätten wir aber die Mehrheit oder wollten Sie erdrück mit uns für die Beamten arbeiten, dann würde die Regierung den Etat schon im Interesse des Volkswohls und des Beamtenwohls gestalten, dann würde auch das elementarste aller Wahlsysteme beseitigt, das auch die Unterbeamten zu Wahlrechtsbeloten und durch die öffentliche Stimmabgabe doppelt rechtlos macht, oder, was noch schlimmer ist, zur verächtlichsten Gesinnungsbeugelei und Gesinnungslumperei zwingt. (Unruhe rechts.) Ich gebrauche diese starken Ausdrücke absichtlich, sie fallen nicht auf die Beamten, hat doch der Prinzregent von Bayern seinerzeit erklärt: „Es gibt noch

gewissenlos Menschen genug,

die die Wähler zwingen, anders zu stimmen, als ihrer ehrlichen Ueberzeugung entspricht.“ (Beifalles Sehr wahr! links.) Beweisen Sie, daß Sie es ehrlich meinen und daß es Jönen nicht nur um plumpe Manöver zu tun ist. Beweisen Sie es durch die Tat, und wir wollen es nachher auch freudig anerkennen, bleibt es aber bei den Worten, so werden auch die Beamten wissen, was sie von Jönen zu halten haben. (Beifalles Bravo! bei den Sozialdemokraten. — Anhaltende Unruhe rechts und im Zentrum.)

Abg. Bollnowski (L.) tritt für die Petitionen ein. Die Beamten wissen, daß die Sozialdemokraten immer unerfüllbare Forderungen stellen, aber den Etat ablehnen. Herrn Ströbels Rede hat vielleicht ein anderer gemauert.

Abg. Dr. Schröder-Kassel (natl.): Man kann nicht die ganze Bevolkerungsfrage jetzt schon wieder aufrollen, wohl aber könnte man Teuerungszulagen gewähren. Vielleicht wird es besser, wenn Herr Ströbel Finanzminister wird. Die geheimen Personalakten sind unerträglich.

Abg. Bahrenhorst (st.) wünscht mehr Wohlwollen für die durch den Posttarif und die Reichsfinanzreform mit mehr Arbeit belasteten Zollbeamten.

Abg. Waldstein (Sp.) beantragt Ueberweisung der Petitionen, soweit die Kommission Tagesordnung vorschlägt, zur Entscheidung. Bei dem Beschlusseinkompromiß war leider nicht mehr durchzugehen. Wenn wir das Gehalt der Minister streichen würden, so könnten sie es eintragen. Herr Ströbel hat mehr für die Partei, als für die

Beamtinnen gesprochen. (Beifall links, rechts und im Zentrum. — Abg. Liebnecht ruft: Beifall rechts!)

Abg. Stroffer (L.) spricht über zu lange Arbeitszeiten der Konsumvereinsangehörigen.

Abg. Bartscher (Z.): Die Sozialdemokraten kennen keinerlei göttliche, menschliche, stichtliche oder staatliche Autorität. Der Reichstag ist in Befolgungsfragen nicht durch ein Herrenhaus gehemmt. Die Reichsfinanzreform hat dort die Befolgungserhöhung erst ermöglicht: wer auf sie schimpft, dirnt den Beamten nicht. Ruchhoff hätte sich allerdings deutlicher ausdrücken können (Mört! hört! links), er fordert aber auch nur für die Unterbeamten mindestens 1200 M. und für die mittleren 1800 M. Das ist kein wesentlicher Unterschied gegen unsere Forderung hier: das Anfangsgehalt ist hier wie dort 1100 M. und wir wollen etwa 100 M. Teuerungszulagen für jeden Unterbeamten, was aber die Staatsregierung leider hindert. Ströbel persönliche Angriffe erregen, wie meine Rede gelehrt haben. Es bleibt wahr, daß die Sozialdemokraten in der ersten Lesung keine Anträge gestellt haben. Die Gesetze werden doch gestaltet durch Anträge. (Abg. Hoffmann: Und Unfälle!) Sie reden von Terrorismus? Warum haben Sie keinen Arbeiter in Ihrer Fraktion? (Zurufe der Sozialdemokraten: Wahregelungen!) Die Abgeordneten müssen Verantwortungsbewußtsein haben. (Abg. Vorwärts: Ach nee, wirklich?) So, Sie bestreiten das? — Hätten Sie die Mehrheit, Sie würden Preußen schon durchheinanderarbeiten. (Zehr richtig! rechts und bei den Sozialdemokraten.) Die Regierung sollte das Wohl der Sozialdemokraten um die Beamten wohl beachten und die Teuerungszulagen bewilligen. (Beifall im Zentrum.)

Ein Schlußantrag wird von der Rechten und den National-Liberalen angenommen. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Vorwärts (Soz.): Mein Zwischenruf vorhin richtete sich natürlich nur gegen die Unterbrechung einer Selbstverständlichkeit.

Abg. Ströbel (Soz.): Wenn Abg. Bolkowski daran zweifelt, daß ich meine Rede allein gemacht habe, so war meine Rede allerdings derartig, daß sie auch für eine Person zu schwach war. (Weiterkeit.) Herr Bartscher meint, ich hätte ihm Ehre angetan, dadurch, daß ich mich zu viel mit ihm befaßte. Ich habe ihm unzählige Unwahrhaftigkeiten nachgewiesen. (Oh! im Zentrum.) Wenn ihm das eine Ehre ist, moralisch so gestützt zu werden, die Ehre kann ihm öfter widerfahren!

Abg. Hoffmann (Soz.): Bartscher hat sich in seiner Rede beklagt, daß ich ihm böhmisch zugerufen hätte, er komme nicht wieder in dieses Haus. Böhmisch war das nicht, sondern bedauernd, denn er liebt uns immer Agitationsstoff.

Abg. Ströbel (Soz.): Eine ganze Anzahl Redner haben gegen mich gesprochen, mir wird aber von Freunden des Zentrums die Erwiderung abgelesen. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Wie immer!) Daraus spricht nur Ihre Angst vor den Tatsachen!

Abg. Bartscher (Z.): Wenn sich die Sozialdemokraten verantwortlich fühlen, dann dürfen sie den Etat nicht ablehnen. (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Ströbel hat mir nicht eine Unwahrheit nachgewiesen, es ist doch bedauerlich, daß ein Abgeordneter von einem anderen so etwas behauptet!

Abg. Dr. Liebnecht (Soz.) stellt fest, daß er in der Rednerliste vor Bartscher stand, sich aber streichen ließ, um Ströbel noch heranzukommen zu lassen, der dann auch diejenigen Interessen von Unterbeamten vertreten hätte, die Liebnecht wahrzunehmen vorhatte. Die Dispositionen des Hauses machen diese Schlußfolgerung in keiner Weise nötig. Sie wollten sich damit nur einen möglichst guten Abgang verschaffen, indem Sie den besseren Teil der Tapferkeit ergreifen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Bolkowski (R.): Die Bemerkung des Abg. Ströbel zeigt, wie meine Rede gelehrt haben. (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Ströbel (Soz.): Diese Hiebe existieren nur in der Phantasie des Vortrags! Herr Vortragszuleide hat man mir das Wort abgelesen, aber aufgehoben ist nicht aufgehoben. Alle die Unwahrhaftigkeiten, die ich Herrn Bartscher nachgewiesen habe und von denen er nicht einen Punkt widerlegt hat, bleiben vollständig bestehen. Ich empfehle ihm, meine Rede in seinem Wahlkreis als Flugblatt zu verbreiten!

Bei der Abstimmung werden die Wünsche nach Teuerungszulagen, Abschaffung der geheimen Personalakten, Lösung der Strafen und lebenslängliche Anstellung der Unterbeamten zur Verhinderung der Überweisung, im übrigen wird der Antrag Wahlschein, bei den restlichen Wünschen der Kommissionsantrag angenommen.

Es wird dann die Besprechung der bereits vor den Weihnachtserferien vom Landwirtschaftsminister beantworteten nationalliberalen Interpellation über die Notlage des süddeutschen Realcredits fortgesetzt. Nach einer Rede des Abg. Dr. Wendland (natl.), die auf der Tribüne völlig unverständlich bleibt, verläßt sich das Haus. Freitag 11 Uhr: Moorckungsgesetz, keine Vorlagen. Schluß 1/2 5 Uhr.

Zur Eröffnung des Landtags.

Wir klagen an!

Die in der „Tagwacht“ vom 11. Januar veröffentlichte Erklärung des Vorstandes der Landtagsfraktion hat der Redaktion der „Schwäbischen Tagwacht“ nicht genügt. Sie will „endlich“ die politischen und sachlichen Gründe wissen, die die Fraktion für ihre Teilnahme an der Eröffnung des Landtags anzuführen habe. Die Redaktion scheint also immer noch der Meinung zu sein, sie könne die Landtagsfraktion in Anklagezustand versetzen. Da scheint es uns denn doch „endlich“ geboten, ausführlicher und deutlicher zu werden — nicht um uns zu verteidigen, sondern um Anklage zu erheben!

Wir erheben Anklage wegen der frivolen Schädigung der Parteinteressen, die nun seit Jahren durch die planmäßige Spaltung der Partei in Württemberg in zwei Teile betrieben wird. Wir erheben Anklage gegen diejenigen, die seit Jahren aus nichtigen Anlässen die Mitglieder der württembergischen Landtagsfraktion systematisch bei der Masse der Parteigenossen in Mißachtung bringen und als minderwertige Parteivertreter darzustellen suchen. Wir erheben Anklage, weil in der Partei zweierlei Recht zum Nachteil der württembergischen Landtagsfraktion eingeführt worden ist.

Die Tagwachtredaktion erweckt den Anschein, als ob wir in unserer Erklärung „persönliche Angriffe“ erhoben hätten, und versichert, daß sie den „Kampf“ auf „streng sachlichem Boden“ ausfechten wolle. Wir haben nichts weiter getan, als uns gegen den durchsichtigen Versuch gewehrt, den Unwillen der Parteigenossen gegen uns zu erregen. Wie aber der „streng sachliche“ Kampf der Tagwachtredaktion ausfällt, ergibt sich aus dem Artikel vom 10. Januar, der der Fraktion vorwirft, sie habe mit Ueberlegung und Absicht das Gefühl unserer deutschen Parteimehrheit verlehrt. Sie habe bewußt und fortgesetzt dem wiederholt bekundeten Wehrwillen der deutschen Sozialdemokratie zuwider gehandelt, sie habe, vor die Wahl gestellt, die kapitalistische Gesellschaft oder die eigenen Parteigenossen vor den Kopf zu stoßen, das letztere getan. Die Tagwachtredaktion spinnst in ihren Schlußbemerkungen zu unserer Erklärung vom 11. Januar diesen Faden weiter und behauptet, die Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie habe sich Har und deutlich gegen jede Teilnahme an monarchischen Zeremonien ausgesprochen. Wir werden zeigen, was es mit diesen „streng sachlichen“ Vorwürfen und Behauptungen auf sich hat.

Zu dem gebrauchten Bericht der Landtagsfraktion für 1907, der in Tausenden von Exemplaren in der württembergischen Partei verbreitet wurde, findet sich auf der ersten Seite folgende Stelle:

„Die Eröffnung des Landtags fand mit dem üblichen Zeremoniell durch den König statt. Zum ersten Male nahm auch die sozialdemokratische Fraktion an ihr teil. Die Gründe zu dieser veränderten Haltung waren im wesentlichen taktischer Natur. Es lag kein besonderer

Grund vor, gerade bei der Eröffnung des ersten Landtags der reinen Volkammer eine Demonstration gegen das Königtum zu wiederholen, nachdem die Verfassungsreform zum guten Teil durch die Initiative des Königs selbst wieder ins Rollen gebracht worden war. Selbstverständlich ist an der grundsätzlichen Haltung der Sozialdemokratie gegenüber der Monarchie keine Aenderung durch die Teilnahme an der Eröffnungsfeierlichkeit erfolgt. Die sozialdemokratische Fraktion wollte sich dann aber auch nicht von der Teilnahme an einem rein staatsrechtlichen Akte ausschließen, weil sie der Ueberzeugung ist, daß sie alle die Pflichten, die ihr durch die Verfassung auferlegt werden, ebenso zu erfüllen hat, wie sie die dadurch den Bürgern zustehenden Rechte im vollsten Umfange für sich in Anspruch nimmt.“

In ähnlicher Weise hatte schon ein halbes Jahr vor Erscheinen dieses Berichts, im Februar 1907, die „Schwäbische Tagwacht“ die Haltung der Fraktion begründet. Die „Tagwacht“ ließ es damals an einer — in den Grenzen der gesunden Vernunft sich haltenden — Verhöhnung des bei der Eröffnung des Landtags angewendeten Zeremoniells nicht fehlen. Die Darstellung, die die „Tagwacht“ diesmal von dem dekorativen Beisatz gab, wirkte in ihren maßlosen Uebertreibungen nicht nur lächerlich, sondern ließ auch, indem sie gegen die roten Hosen und Uniformmäde der diversen Kammerherren und gegen den bronzierten Stuhl des württembergischen Volk zum „Verfassungskampf“ aufrief, alle politische Vernunft vermissen.

Trotz der offenen Darlegung der gegen früher veränderten Haltung der Fraktion, und trotzdem damals 8 Fraktionsmitglieder den Eid in die Hand des Königs ablegten, ist im Februar 1907 in der württembergischen und der gesamten deutschen Partei nicht eine einzige Stimme der Kritik laut geworden. Der Fraktionsreferent auf der Landesversammlung 1907 hatte daher nicht einmal nötig, dieser Frage auch nur ein Wort zu widmen. In der ausgiebigen Debatte, die sich auf dieser Landesversammlung um die Budgetfrage drehte, wurde die Eröffnung des Landtags nur von einem einzigen Redner im Vorbeigehen berührt. Eine — übrigens abgelehnte — Tagesresolution wegen der Zustimmung zum Budget übertrieb die Landtagseröffnung nicht. Der Fraktionsreferent erklärte in seinem Schlußwort: „Wir haben teilgenommen an einem staatsrechtlichen Akt und lassen uns davon nicht ausschließen.“ Die Landesversammlung stimmte zu, und damit war die Sache erledigt.

Die nächste Landtagseröffnung fand 1911 statt. Für die Fraktion lag kein Anlaß vor, ihre Haltung von 1907 zu ändern. Sie beteiligte sich an der Eröffnung in derselben Weise wie 1907; ein neu eintretendes Mitglied verfuhr, ebenso wie diesmal die neu gewählten Mitglieder im Einverständnis mit der Gesamtfraktion, seinen Eintritt auf den nächsten Tag. In der gesamten württembergischen Partei sah man diese Haltung als selbstverständlich an, nur im „Vorwärts“ wurde sie jezt — die persönlichen Gegensätze machten sich bereits geltend — bemängelt. Der Fraktionsbericht brauchte, da es sich um keinen neuen Vorgang handelte, diesen Punkt nicht zu berühren. Nirgends in der Partei wurde das beanstandet. Die Landesversammlung 1911 konnte den mündlichen Fraktionsbericht leider nicht entgegennehmen, aber der schriftliche Bericht lag ihr vor. Wie in den Tagen nach der Eröffnung, so wurde auch auf der Landesversammlung keine Stimme laut, die sich gegen die Beteiligung der Fraktion am Eröffnungskampfe geäußert hätte. Die Landesversammlung 1912 oder hat einstimmig durch eine Resolution ausgesprochen, „daß die parlamentarische Arbeit übereinstimmend mit den bewährten Grundsätzen der Partei“.

Das ist der wahre Sachverhalt, den die Tagwachtredaktion glaubt aus der Welt geschafft zu haben, indem sie ihn ignoriert. Sollte dem Verfasser des Redaktionsangriffs dieser Sachverhalt unbekannt geblieben sein, so wäre zu wünschen, daß über derartige Fragen künftig Rebalteure schreiben, die die Dinge kennen.

Aus welchem Grunde sollte die Fraktion nun bei Beginn des neuen Landtags zu einer anderen Entscheidung kommen als 1907 und 1911? Nur deshalb, weil die Möglichkeit bestand, daß einige Parteimitglieder, die jede Gelegenheit benötigen, um die ihnen nicht sympathischen Fraktionsgenossen zu demütigen, auch diesen Anlaß zur Betätigung ihrer Reigungen ausnützen könnten? Die Erfahrung lehrt, daß die angefeindeten Fraktionsgenossen es diesen Parteimitgliedern nie recht machen werden, mögen sie sich verhalten wie sie wollen. Wollen aber die Fraktionsmitglieder auf ihren vorgeschobenen Posten nicht unklar und unentschieden hin- und herschwanken, wollen sie sich im Kampfe mit den Gegnern den Respekt erhalten, ohne den sie diesen Kampf nicht erfolgreich führen können, so müssen sie es ablehnen, ein und dieselbe Frage nach der Laune einer kleinen Gruppe ihr überwölkender Parteimitglieder bald so, bald anders zu behandeln, ohne daß in den Verhältnissen eine Aenderung eingetreten wäre, und dürfen sich nicht zu Marionetten herabwürdigen lassen.

Im „Vorwärts“, der sich den unerhörten Angriff der „Tagwacht“ zu eigen macht, wird auf die Stuttgarter Parteiverammlung verwiesen, in welcher ein Beschluß gegen jede Beteiligung an der höchsten Zeremonie bei der Eröffnung gefaßt wurde. Der „Vorwärts“ konnte allmählich wissen, daß Stuttgarter Versammlungsbeschlüsse kein wahrheitsgetreues Spiegelbild der Auffassungen der Stuttgarter Parteigenossen bieten. Ein anderes Bild als diese Beschlüsse liefert die Tatsache, daß Genosse Dr. Lindemann, über dessen Stellung zur Frage der Teilnahme an der Landtagseröffnung nie ein Zweifel bestand, bei der Kandidatenaufstellung trotz schärfster Beschimpfung bei einer Wahlbeteiligung von 4113 Genossen mit 224 Stimmen als Stuttgarter Kandidat zur Landtagswahl aufgestellt worden ist. Der vom „Vorwärts“ angezogene Versammlungsbeschluss stellt überdies einen Pressionsversuch dar. Er wurde gefaßt an demselben Abend, an dem die Fraktion aus Rücksicht auf den Versammlungsreferenten ihre Beratungen über die Frage ihrer Beteiligung an dem Eröffnungskampfe abbrach, um sie anderntags fortzusetzen. Als dann am folgenden Tag der Fraktionsbeschluss gefaßt werden sollte, war der Versammlungsbeschluss bereits in der Presse veröffentlicht. Selbstverständlich kann die Fraktion in Rücksicht auf den Beschluß einer Parteiverammlung nicht ihre sachliche Auffassung preisgeben. Sie ist die Vertretung der württembergischen Gesamtpartei und nur an die von dieser aufgestellten Grundsätze und Richtlinien gebunden.

Es ist nun wahr, daß die Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie sich gegen jede Teilnahme an monarchischen Zeremonien ausgesprochen hat? Wenn man, wie es die „Tagwacht“ tut, das Anhören eines von der monarchischen Parlamentsmehrheit ausgebrachten Hochs als „Teilnahme“ ansieht, so ist jene Behauptung un wahr. Der Parteitag in Chemnitz hat sich erst mit dieser Frage beschäftigt. Es ist nicht gebilligt worden, daß ein einfaches Mitglied der Reichstagsfraktion entgegen ihrem Beschluß beim Kaiserhoch im Saal blieb. Der Fraktionsreferent Stablagen ging aber fühllos über die bekannte Tatsache hinweg, daß auch ein amtierender sozialdemokratischer Schriftführer das Kaiserhoch am 22. Mai v. J. lebend anhörte. In der gesamten Parteipresse — auch in der „Schwäbischen Tagwacht“ — ist diese Teilnahme an einer monarchischen Zeremonie unangefochten geblieben. Selbstverständlich! Denn es wäre eine sinnlose Verheißung ihrer Position, wenn die sozialdemokratische Parlamentsvertretung einmal errungene Posten durch die Scheu vor solchen Neugierlichkeiten vercherzen wollte. Der getreue Fraktionsreferent ist auch an der Tatsache vorbegegangen, daß die große Mehrheit der Reichstagsfraktion stehend zuhörte, als der Präsident anlässlich eines Attentatsversuchs auf den König von Italien eine Teilnahmeladung für den König veranstaltete. Und wie verhielt sich die Reichstagsfraktion beim Tode des bayerischen Prinzregenten? Unter Zustimmung der gesamten sozialdemokratischen Fraktion, der stärksten des Hauses, die den Nachruf des Präsidenten stehend anhörte, wurde beschloffen, zum Zeichen der Trauer die Sitzung ausfallen zu lassen und Beileidtelegramme an das bayerische Fürstentum zu senden. Ohne Schwermütigkeit, ohne Vernachlässigung einer geschäftsordnungsmäßigen Pflicht konnte sich die Fraktion durch Fernbleiben von der Sitzung, die nur diesen Inhalt hatte, entziehen. Sie tat es nicht, sondern erfüllte mit der „Teilnahme

an einer monarchischen Zeremonie“ eine Pflicht des persönlichen Ansehens. Und im großen sozialdemokratischen Blätterwalde von Berlin bis Stuttgart blieb über allen Wipfeln Ruh. Sollen wir weitere Beispiele anführen? Sie sehen uns zur Verfügung. Daß die Reichstagsfraktion sich nicht zu der hundertmal pompöseren Parlamentseröffnung ins Hohenzollernschloß, in dem kein Alterspräsident fungiert und keine formelle Sitzung gehalten wird, begibt, läßt sich mit der Landtagseröffnung im Sitzungssaal der Zweiten Kammer und der sich anschließenden ersten Sitzung in gar keiner Weise vergleichen.

Wir haben auf die in der Verfassung und Geschäftsordnung festgelegten Pflichten des Alterspräsidenten, der diesmal einer der Unserigen war, hingewiesen. Die Tagwachtredaktion hält das „nicht für bedeutend genug, um deshalb unieren Klassenkampfstandpunkt im Parlament zu verfeuern“. Wir weisen, besonders im Namen des auf eine 50jährige führende und öffentliche Tätigkeit im Klassenkampf zurückblickenden Wessenen Lau her, den Vorwurf der Verheerung des Klassenkampfes mit Entschiedenheit zurück. Die Fraktionsmitglieder haben genügend Schaltung im politischen Kampfe genossen, um auf die Belehrungen der Tagwachtredaktion über den Klassenkampfstandpunkt verzichten zu können.

Die Tagwachtredaktion geht auch wieder stolz an der seit Jahrzehnten von unieren Parlamentsvertretern, besonders im Reichstag, abgegebenen Erklärung vorbei, daß wir alle verfassungsmäßigen und geschäftsordnungsmäßigen Pflichten erfüllen und dafür alle aus der Verfassung und der Geschäftsordnung sich ergebenden Rechte beanspruchen. Die Sozialdemokratie hat bisher im Landtag alle ihr zustehenden Rechte ausüben können. Soll sie nun durch eine lächerliche Scheu vor dem Anblick bunter Röcke und dem Hochruf anderer ihre Rechte gefährden oder künftige Ansprüche unierminieren? Dann würde sie proletarische Rechte und Interessen in unverantwortlicher Weise verkehren. Der Hinweis darauf, daß die Fraktionsmitglieder von 1907 trotz ihres Fernbleibens vom Eröffnungskampfe ihre Rechte ausgeübt habe, ist kein Gegenbeweis. Oder haben die geschworenen Feinde jeder „Teilnahme an monarchischen Zeremonien“ in unieren Reihen ein so unerfüllbares Verbotene für bürgerlichen Landtagsmehrheit, daß sie überzeugt sind, die Ablehnung von Pflichten seitens der Sozialdemokratie werde nie zu einer Schwächung der Rechte der selben ausgeschaltet werden? Wir könnten eine solche Vertrauensseligkeit nicht teilen und erfüllen daher die rechtsgültigen Pflichten, um stets unsere Rechte beanspruchen und wirksam verteidigen zu können.

Die Kanonen, mit denen die „Tagwacht“-Redaktion nach Spaten schießt, scharren und nicht. Wir vertrauen auf den gesunden Sinn der großen Mehrheit der württembergischen Parteigenossen, die sich nicht zum Schaden der Gesamtpartei durch persönliche Geschäftsfeindlichkeiten zur Ausschaltung der politischen Vernunft werden verleiten lassen. Wir bemühen die Gelegenheit, um endlich Einspruch zu erheben gegen die seit Jahren betriebene Verunglimpfung der Landtagsfraktion. Obgleich sich an unserer parlamentarischen Arbeit trotz lebhaftester Kritik nichts auszusetzen fand, hat man nie aufgehört, die württembergischen Abgeordneten als Parteigenossen minderer Qualität darzustellen. Das eine Mal haucht man die angebliche „Teilnahme an einer monarchischen Zeremonie“, nach der in anderen Bundesstaaten und im Reich kein Haß kräft, zu einem Parteiverbrechen auf. Das andere Mal erhebt man Fragen des gesellschaftlichen Takttes, über die verschiedene persönliche Anschauungen möglich sind, zu politischen Prinzipienfragen. Aber immer nur haut man auf die Württemberger los. Wenn in Bayern, in Sachsen, im Reich, auf zahllosen Rathäusern genau dasselbe geschieht wie in Württemberg, stets wird auf die Württemberger losgeschrien. Die wachsende Abneigung vieler Mitgliedschaften des Landes gegen die Fabrikation von Resolutionen, die derzeitige Unmöglichkeit einer sachlichen Aussprache in den Parteiverfassungen einiger im Schmeiben von Resolutionen besonders eifriger Mitgliedschaften, endlich die falschen Informationen einer Anzahl nichtwürttembergischer Parteiblätter über die Parteivergange in Württemberg haben diese Parteiblätter zu einem wahren Kesselreiben gegen die württembergischen Landtagsabgeordneten verführt. Wenn trotzdem in allen Bezirken, mit Ausnahme von zwei, die bisherigen Abgeordneten einmütig wieder als Kandidaten aufgestellt und so erneut mit dem Vertrauen der Parteigenossen beehrt wurden, so könnte man schon daraus außerhalb Württembergs entnehmen, daß die vielfach verästelten Genossen die Parteivertreter nicht sind, als die man sie hinstellt. Dem „Vorwärts“ insbesondere läge die Pflicht ob, sich genauer zu unterrichten über die Parteivergange in Württemberg, den heimlichen Kabbalgereien seine Spalten zu verschließen und von der Warte gerechter Objektivität aus Stellung zu nehmen. Wie aber der „Vorwärts“ verfährt, war erst wieder in den jüngsten Tagen zu erleben, als er den Angriffsartikel der „Tagwacht“ seinen Lesern vorlesend vorsetzte, von dem in derselben „Tagwacht“-Nummer enthaltenen sachlich-politischen Artikel über den Eröffnungskampfe aber kein Sterbenswortchen wiedergab. Der „Vorwärts“ erweist sich allgemein in den innerpolitischen Zerwürfnissen nicht als ein von höheren Gesichtspunkten geleiteter Vermittler, sondern er spielt in der sozialdemokratischen Gemeinde die Rolle des Büttels, der über die Einhaltung der Polizeistunde wacht. Wenn er bei guter Laune ist und seine Freunde in Frage kommen, drückt er zwei Augen zu, sobald es sich aber um württembergische Landtagsabgeordnete handelt, erstattet er Anzeige und schmüdt sie mit einer Fülle gehässigen Beisatzes aus. Derselbe „Vorwärts“, der die Entzürnung verschärft hat, die in einigen württembergischen Parteiornten inszeniert wurde, als württembergische Landtagsabgeordnete in den Tagen der abschlägigen Beantwortung der Marxoffinterpellation die Einladung eines Ministers zu einem harmlosen Abendessen annahm, schwieg in allen Sprachen, als am Abend der Generaldebatte über die größte je dagewesene Rüstungsvorlage ein großer Teil der Reichstagsfraktion, darunter die (nach der nun einmal üblichen Terminologie) „radikalen“ Genossen, gemeinsam mit dem Flotten-, dem Kriegsminister, dem preussischen Polizeiminister, dem Präsidenten des Dreiklassenanfes usw. usw. beim Reichstagspräsidenten zu Gaste war. Der „Vorwärts“ hatte auch nichts einzuwenden, als zu wiederholten Malen nach militär-technischen Besichtigungen Sozialdemokraten ohne Unterschied der „Richtung“ Gäste des Kriegsministers waren. Wir bitten die „Tagwacht“-Redaktion um ihr Gutachten darüber, welche „proletarischen Rechte und Interessen“ bei diesen Veranstaltungen gemacht und ob nicht der Klassenkampfstandpunkt dadurch verschleiert wurde. Nicht als ob wir diesen Parteigenossen darob irgendwelchen Vorhalt machen wollten! Aber mit welchem Recht behandelt der „Vorwärts“ die Württemberger als Parteivertreter, wenn er die Handlungen der anderen als Selbstverständlichkeiten ansieht?

Gegen dieses zweierlei Recht wenden wir uns nach langem Schweigen nun mit schärfstem Nachdruck. Nicht aus persönlichen Gründen, sondern im Interesse der Partei! Wie sollen, so fragen wir mit der „Tagwacht“-Redaktion, die württembergischen Parteiverhältnisse gesunden, wenn das Zentralorgan durch eine persönlich-parteiliche Stellungnahme zur Schürung der Zwietracht beiträgt? Wie sollen die Landtagsabgeordneten ihre schmerzigen Aufgaben zu Ruh und Frommen der Partei und des arbeitenden Volkes erfüllen, wenn man ihnen bei jeder Gelegenheit in den Rücken fällt? Wie kann eine Parlamentsvertretung wirksam arbeiten, wenn sie bei den wichtigsten Anlässen durch habgierliche Gegner in den eigenen Reihen gezwungen wird, ihre taktischen Beweggründe bis in die kleinsten Einzelheiten der gesamten Oeffentlichkeit zu unterbreiten? Bringen die württembergischen Parteigenossen die großen Opfer in den Wahlkämpfen, damit Hintereinander durch ungerechtfertigte Angriffe die Tätigkeit ihrer neu gewählten Vertrauensmänner im Parlament erschwert und wirkungslos gemacht wird? Hat nicht endlich das württembergische Wahlergebnis bewiesen, welch enormer Schaden der Partei durch die ewigen inneren Kämpfe zugefügt wird?

Die württembergischen Landtagsabgeordneten haben schließlich auch ihre persönliche Würde gegen diese sich fortsetzenden erneuten Angriffe zu wahren. Sie stehen sämtlich seit Jahrzehnten im

Dienste der Partei und erheben den Anspruch, als ebenso gewissenhafte und pflichttreue Parteigenossen zu gelten wie die Vertreter der Partei in Redaktionen und in anderen Körperschaften. Eine der Voraussetzungen der Wiederherstellung des Friedens in der Partei in Württemberg wird sein, daß man den so oft herabgemüdigten württembergischen Landtagsabgeordneten ebenso wie allen übrigen Parteigenossen den ehelichen Willen zuerkennet, nach den Richtlinien des sozialdemokratischen Programms der Sache des arbeitenden Volkes zu dienen.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Fraktion des württembergischen Landtags.

Wir begnügen uns für heute mit diesem Rechtfertigungsversuch des Vorstandes der württembergischen Fraktion. Wir kommen auf diese Ausführungen zurück. Die Red.

Aus der Partei.

Das Protokoll des Parteitag der preussischen Sozialdemokratie ist in Vorbereitung. Die Parteibuchhandlungen und Organisationen werden gebeten, Bestellungen bis spätestens 25. Januar an die Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. m. b. H., Berlin, gelangen zu lassen. Später eingehende Bestellungen können nicht mehr berücksichtigt werden.

Polkzeitliches, Gerichtliches usw.

Preussisch-deutsche Pressefreiheit.

Ende August vorigen Jahres, als die fortgesetzt im Steigen begriffene Fleischpreise einen solchen Höhepunkt erreichten, daß die Pferde- und Hundeschlachungen rapid zunahmen und aus allen Teilen Preussen-Deutschlands gemeldet wurde, daß die Kerkmis der Armen sich an Kadavern krepierten Tiere „delektierten“, brachte die bürgerliche Presse des Kreises Veltjisch-Bitterfeld aus Döben eine Notiz folgenden Inhalts:

Verendetes Kind als Volksnahrung. Eine schier ungläubliche Geschichte wird hier erzählt: Demnach soll es der Volkzeit gelungen sein, im Keller eines Viehhändlers Teile eines verendeten Kindes ausfindig zu machen. Heber die Verwendung der fehlenden Fleischteile konnte der Mann nichts

Glaubwürdiges angeben. Es ist nicht der Gegenbeweis zu erbringen, daß das ungenießbare Fleisch nicht irgendwo in der Fleischerei verwendet wurde. Die Spur soll nach Bitterfeld führen.

Das Halleische „Volkblatt“ griff diese Notiz auf und fügte hinzu, daß es die Agrarier mit ihrem Fleischwucher nun glücklicherweise so weit gebracht hätten, daß man dem darbenenden Volke trotz des Fleischbeschaugesetzes Fleisch von krepierten Tieren verkaufe. Schuld sei allein die Regierung, die, um den agrarischen Rimmersatten die Taschen zu füllen, die Grenzen gegen die Einfuhr gesunden ausländischen Schlachtwiehes sperre. Obwohl in der Notiz keine bestimmte, ja nicht einmal näher bestimmbar Person genannt ist, meldete sich als angeblich Beleidigter der Gelegenheitsarbeiter Perjsch aus Döben, der nach Auskunft der Fleischerinnung weder Fleischer noch Viehhändler ist und stellte nur gegen das „Volkblatt“ Strafantrag. Die bürgerliche Presse, in welcher die Notiz zuerst enthalten war, ließ man in Ruhe. Vom Schöffengericht in Döben, das gebildet wurde aus einem jüngeren Amtsrichter, einem Leutnant a. D. und einem Gemeindevorsteher, wurde der Genosse Kasparek zu der unglaublich hohen Strafe von 200 M. verurteilt. Das Gericht unterstellte als wahr, daß das Fleisch vom Tierarzt als für den menschlichen Genuß unbrauchbar erklärt und für die Abbederei bestimmt worden sei. Der Artikel müsse aber in seiner Gesamtheit ausgelegt werden und stelle insbesondere durch die Behauptung, daß dem Volke Fleisch von verendeten Tieren als Nahrung verabreicht würde, eine Beleidigung des — gar nicht genannten Klägers dar. Wenn auch die Verion des Privatklägers nicht näher bezeichnet sei, so konnte man doch ohne weiteres erkennen, daß nur er mit dem Viehhändler gemeint sei.

Der Verantwortliche der Döbener „Volkswacht“, Genosse Schädlisch, wurde vom Schöffengericht in Detmold zu 50 M. Geldstrafe wegen Beleidigung dreier Redakteure der in Detmold erscheinenden „Landeszeitung“ und „Tageszeitung“ verurteilt. Diese Zeitungen hatten im September nach dem Ebeminger Parteitag einige Ausfälle auf die Sozialdemokratie unter Beziehung auf den Parteitag gebracht, und die „Volkswacht“ wies diese Ausfälle dann unter Hinweis auf die zahlreichen Prozesse zurück, durch die sich die genannten Zeitungen gegenseitig von den im Wahlkampf erfolgten Anpöbelungen reinzuwaschen versucht haben.

Witterungsbericht vom 16. Januar 1913.

Stationen	Barometer-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Temp. in C	Stationen	Barometer-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Temp. in C
Stettin	764	SW	3	-8	Karlsruhe	767	SW	3	-17
Hamburg	759	SW	4	-5	Petersburg	770	SW	3	-7
Berlin	762	SW	3	-7	St. Petersburg	770	SW	3	-7
Frankf. a. M.	760	SW	3	-7	Wien	766	SW	3	-7
München	764	SW	3	-7					
Wien	766	SW	3	-7					

Wetterprognose für Freitag, den 17. Januar 1913. Etwas gelinder, vorherrschend leicht oder neblig bei mäßigen südlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, abgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 15. 1.	am 14. 1.	Wasserstand	am 15. 1.	am 14. 1.
Remel, Mühl	302 ^h	+60	Wesale, Großh.	100 ^h	-18
Bregel, Unterburg	28 ^h	+2	Wesale, Spandau	78	-2
Wesale, Horn	104 ^h	-19	Wesale, Rathenow	75 ^h	-15
Döber, Raitbor	110 ^h	-2	Wesale, Spremberg	88	-2
Wesale, Krosen	160 ^h	-9	Wesale, Berlin	102 ^h	+19
Wesale, Frankfurt	166 ^h	-8	Wesale, Potsdam	188 ^h	-5
Wesale, Schirnum	14 ^h	-18	Wesale, Rumben	280 ^h	-10
Wesale, Landsberg	60 ^h	-16	Wesale, Wargitzflandern	370	-10
Wesale, Bornum	9 ^h	-3	Wesale, Raud	181	-4
Wesale, Weimeritz	-23	-19	Wesale, Rsin	199	+6
Wesale, Dresden	-130 ^h	-5	Wesale, Heilbrunn	85	-5
Wesale, Barby	144 ^h	-37	Wesale, Qannu	161	-5
Wesale, Magdeburg	126 ^h	-24	Wesale, Arter	168	-20

h) + bedeutet Hoch, - Fall, - Unterpegel, -) Fischfang oberhalb der Stadt Elbstad, -) Treibeis, -) Grundelstreifen. In der mittleren Ober bei Schneid Elbstad. In der scheinbaren Oster, Rude, Unstrut und weißen Elter Treib eis; in der Spre oberhalb Berlin Elbstad.

„... Kostgenuß als Zusatz zur Milch.“

Über 31,000 ähnlich lautende schriftliche Anerkennungen!

Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69.

Die Akkumulation des Kapitals

Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus

Von Rosa Luxemburg.

Preis broschiert 6 M. Halbranzband 8 M.

Das Buch ist ein Versuch, den Imperialismus als eine Erscheinung, die das öffentliche Leben immer mehr beherrscht, auf seine eigentlichen ökonomischen Ursachen zurückzuführen. — Die imperialistische Politik wird hier durch ihre wirtschaftlichen Zusammenhänge in die besondern Gesetze der kapitalistischen Produktion eingefügt.

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35

Sie sparen Geld! Wenn Sie

Möbel

direkt in der Möbelfabrik

H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35
kein Laden Tel.: A. III. 5187

kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — eigene Tischlerei und Polstererei. — Auf Wunsch Teilzahlung.

35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

Patente etc. erwirkt, verwertet, übertr. schnell
Civ.-Ing. Jaeger & Dr. Braschauer
Berln, Eichenstr. 106. d. Pat.-Amt
Das beratende Nachschlagebuch: „Wie muß eine Erfindung für die Verwertung beschaff. sein“ gratis u. franko

Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW., Lindenstr. 69 (Laden).

Wir empfehlen:

Sonntage eines großstädtischen Arbeiters in der Natur

Von Curt Grottewitz.

Vorwort von Wilhelm Bölsche.
Mit Buchschmuck und dem Porträt des Verfassers.
Broschiert 60 Pf. — Gebunden 1 M. 247/30

Fortsetzung des

Inventur Ausverkauf

(Knabenkleidung) zu teilweise noch nie da-gewesenen Preisen

BAERSONN

Chausseestraße 29/30 Berlin 11-Brückenstraße 11
Gr. Frankfurterstr. 20 Gegr. 1891 Schöneberg Hauptstr. 10

Stoffe

für elegante Maßen: Gge, Paletots, Ulster etc. Mtr. 4.—, 6.—, 8.— M. Damen - Kostümstoffe, Damenuche „Neuheiten“ Mtr. 2.—, 3.—, 4.— M. Loden f. Pelermine Mtr. 1.50, 2.50 M. Schneidermeister, weil die unsere Stoffe tadello verarbeit. n. weinen wir nach Arbeitslohn 2. obet Zutaten ca. 25.—, 30.— od. ar 35 M.

Tuchlager Koch & Seeland i. m. b. H. Gertraudenstr. 20/21 vis. a-vis der Pö. kirche.

Hört! Hört! Regenschirme Lederne Handtaschen von 2.50 an von 3.50 an. Kein Laden, Fabrikniederlage. A. Möhle, Alexanderstr. 121. 1 Tr. Vorwärtsletern 5 Proz. Sk. datt.

Glumen- und Franzbinderei von Robert Meyer, Jnd.: P. Gollats Mariannestr. 2. Tel. Mpl. 1346.

Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 69 (Laden).

Neuerscheinungen: Abhandlungen und Vorträge zur sozialistischen Bildung. Herausgegeben von Max Grunwald

Heft 1: Zur Einführung in Marx' „Kapital“ von Max Grunwald

Heft 2: Partei und Gewerkschaft in vergleichender Statistik von August Hal

Heft 3: Goethe und die Arbeiter von Max Grunwald

Preis jedes Heftes 40 Pf.

Unserem lieben Vater
Max Nocht
zu seinem 50. Geburtstag
die herzlichsten Glückwünsche.
Mama, Grun, Willi, Adolf,
Pappi und Emil.

Todes-Anzeigen

**Sozialdemokratischer Wahlverein
i. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreise.**
Siralauer Viertel, Bezirk 337.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Genosse, der Kassierer
Ferdinand Latall
Brandenburger Str. 14, gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 19. Januar,
nachmittags 2 1/2 Uhr, von der
Leichenhalle des Zentral-Friedhofes
in Friedrichshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

**Verband d. Brauerei- u. Mälzerei-
arbeiter u. verw. Berufsge nossen.**
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass am 14. Januar der Kollege,
Kassierer
Ferdinand Latall
nach langem, schmerzlichen Leiden
an der Prostataerkrankung verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 19. Januar 1913,
nachmittags 2 1/2 Uhr, auf dem städtischen
Friedhofe in Friedrichshagen
aus statt.
Um rege Beteiligung wird ersucht
Die Ortsverwaltung.

**Sozialdemokratischer Wahlverein
Niederharnim.**
Bezirk Tegel.
Den Parteigenossen zur Nachricht,
dass unser Mitglied, der
Kassierer
Hermann Wolter
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen
Sonntag, den 19. Januar, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Tegeler Friedhofes
aus statt.
Um rege Beteiligung bittet
Die Bezirksleitung.

Deutscher Buchhändler-Verband.
(Zahlstelle Berlin.)
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Kollege, der Präger
Ernst Esser
freiwillig aus dem Leben schied.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Freitag, den 17. Januar, nach-
mittags 2 1/2 Uhr, auf dem Kirchhof
der Danksamkeit in Heinersdorf,
Wankstr. 12, statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Banarbeiterverband.
Zweigverein Berlin.
Am 14. Januar starb unser
Mitglied, der Möllerer
Heinrich Jahn
(Bezirk Osten II).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 19. Januar, nach-
mittags 2 1/2 Uhr, von der Halle
des alten Thomas-Kirchhofes in
Wankstr., Hermannstraße, aus
statt.
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht,
dass unser Mitglied, der Dreher
Hermann Wolter
aus Tegel am 14. ds. Mts.
an Herzleiden gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 19. Januar, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Tegeler Friedhofes in
Tegel, Hermannstraße, aus
statt.
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten
die traurige Nachricht, dass meine
liebe Frau und gute Mutter
Martha Schwarz
geb. Tchorz,
von ihrem schmerzlichen Leiden durch
den Tod befreit ist.
Karl Schwarz
nebst Tochter.
Die Beerdigung findet am Son-
ntag, den 19. Januar 1913, nach-
mittags 4 Uhr, von der Halle des
Sath-Kirchhofes in Steanen aus statt.

**Zentral-Verband der Töpfer
u. Bergsgenossen Deutschlands.**
Filiale Groß-Berlin.
Der Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Kollege
Ferdinand Schulze
(Bezirk Südosten)
am 13. Januar im Alter von
42 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 17. Januar, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes
in Mariendorf, Tisonacher Straße,
aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten
die traurige Nachricht, dass unser
lieber Bruder, der Dreher
Hermann Wolter
nach langem Leiden entschlafen ist.
Dies zeigt an im Namen der
Geschwister und Verwandten
Fritz Wolter.
Die Beerdigung findet Son-
abend, den 18. Januar, nach-
mittags 4 Uhr, von der Halle des
Tegeler Friedhofes aus statt. 21

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin. C. 54, Finienstr. 83-85.
Verwaltung: Kassierer: Arbeitsnachweis:
Telephon: Amt Norden 1967. Amt Norden 185. Amt Norden 1239, 9714.

Achtung! Rohrleger und Helfer. Achtung!
Sonntag, den 19. Januar 1913, vormittags 10 Uhr,
Branchen-Versammlung
im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engelauer 15.
Tagesordnung:
1. Bericht der Agitationskommission. 2. Kasienbericht (Branchenfonds).
3. Neuwahl der Kommission und des Branchenvorstehers. 4. Stellung-
nahme zum Tarif. 5. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert!
Pflicht eines jeden Kollegen ist es, zu erscheinen!

Sonntag, den 19. Januar 1913, vormittags 9 1/2 Uhr,
Branchen-Versammlung
der Werkzeugmacher (Schnittbauer, Lehrenbauer, Schneidzeugmacher,
Einrichter, Scharfschleifer) sowie sämtlicher in Buchdruckmaschinen-
Fabriken beschäftigten Kollegen
in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 58/59
(großer Saal).
Tagesordnung: 1. Bericht der Agitationskommission. 2. Neu-
wahl des Branchenvorstehers und der Agitationskommission. 3. Branchen- und
Verbandsangelegenheiten.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Es ist dringende Pflicht aller, pünktlich zu erscheinen.

Sonntag, den 19. Januar 1913, vormittags 10 Uhr,
Branchen-Versammlung
der Wickelei, Isolationsarbeiter und -Arbeiterinnen
im Voigt-Theater, Badstr. 58.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Kurt Heilig:
„Die Elektromotoren und ihre Bedeutung für die Arbeiterklasse.“
2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten u. Verschiedenes.
In Anbetracht der außerordentlich wichtigen Tagesordnung ist es
Pflicht aller Kollegen und Kolleginnen, in dieser Versammlung zu
erscheinen.

Sonntag, den 19. Januar 1913, vormittags 10 Uhr,
Versammlung
aller an Schraubenautomaten und Einzelbänken
beschäftigten Einrichter in der Schraubenbranche
im Lokal von Kirshkowskii, Oranienstr. 180.
Tagesordnung:
1. Branchenangelegenheiten. 2. Diskussion. 3. Neuwahl des Vertreters
zur Agitationskommission. 4. Verbandsangelegenheiten.
Zahlreicher Besuch wird erwartet.
Die Einrichter an den Einzelbänken sind ganz be-
sonders eingeladen.
110/20 Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Dachdecker Deutschlands
Verwaltungsstelle Berlin.
Sonntag, den 19. Januar 1913, vormittags 10 Uhr,
in den Andreas-Festfälen, Andreasstr. 21:
Generalversammlung der Dachdecker und Hilfsarbeiter.
Tagesordnung:
1. Kasienbericht vom 4. Quartal 1912. 2. Abrechnung vom Stützungs-
jahr. 3. Aufstellung der Kandidaten zur Vorstandswahl. 4. Verbands-
angelegenheiten. 51/1
Das Verbandsbuch legitimiert. Ohne dasselbe kein Zutritt.

Volkshaus Charlottenburg.
Sonntag, den 19. Januar 1913:
Eröffnung d. Bockbier-Saison!
In den beiden unteren Sälen:
Bock-Jubel und Trubel in der Laubenkolonie.
Wiener Schrammel-Musik - Ueberraschungen.
Anfang 6 Uhr. Eintritt frei!
Im gr. Saal: Einweihungsfeier der neuen Theaterbühne.
Theater - Spezialitäten - Schaumann.
Eröffnung 5 1/2 Uhr. Hierzu ladet freundlichst ein
Die Geschäftsleitung.

Dankfagung.
Für die überaus große Teilnahme
und die prachtvollen Kranzsenden
bei der Beerdigung meines un-
vergesslichen Mannes
Fritz Preuß
sage ich hiermit allen Verwandten,
Freunden, Bekannten, Kollegen und
Genossen, sowie dem Gefangenen
„Kreuzberger Harmonie“ und dem
Genossen Jubel für seine eindrucksvolle
Rede meinen herzlichsten Dank.
Liese Preuß.

Dankfagung.
Für die liebevolle und zahlreiche
Teilnahme, welche uns aus Anlaß
des Todes meiner lieben Frau, unserer
guten Schwester, Schwägerin, Tante
und Großtante erwiesenen wurden, sage
im Namen aller meinen innigsten Dank.
Alfred Schneider.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und die reichen Kranz-
senden bei der Beerdigung unserer
lieben Mutter, Schwiegermutter, Groß-
mutter, Schwester und Tante
Martha Kramer
sagen wir allen Beteiligten, ins-
besondere den Damen der Köche-
fabrik Sordard, unseren herzlichsten
Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Öffentliche politische Versammlungen.
Sechster Wahlkreis.
Sonntag, den 19. Januar, abends 6 1/2 Uhr:
Öffentl. politische Versammlung
für Männer und Frauen
im „Swinemünder Gesellschaftshaus“, Swinemünder Str. 42.
Vortrag des Landtags-Abgeord. H. Ströbel.
Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein u. Tanz.
Der Einberufer: Karl Jaenichen, Putzuser Str. 11.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Verwaltung Berlin.
Möbelpolierer.
Montag, den 20. Januar 1913, abends 8 1/2 Uhr,
in den „Andreas-Festfälen“, Andreasstr. 21:
Branchen-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Tätigkeitsbericht der Branchenkommission. 2. Neuwahl der Branchen-
leitung. 3. Bericht über unsere Tarifbewegung. 4. Branchenangelegen-
heiten.

Modell- und Fabriktschler.
Montag, den 20. Januar, abends 8 Uhr pünktlich,
im „Rosenthaler Hof“, Rosenthaler Str. 11-12:
Branchen-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Jahresbericht. 2. Ergänzungswahlen zur Kommission. 3. Verbands-
und Branchenangelegenheiten.

Branche der Vergolder.
Montag, den 20. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Doeker,
Weberstr. 17:
Branchen-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Bericht der Branchenkommission. 2. Wahl der Branchen- und der
Zentralkommission. 3. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung.

Operetten-Vorstellung
(Leitung Direktor E. Alexander.)
Erstklassige Darbietung. Glänzende Ausstattung.
Große Rosinen.
Große Operette mit Gesang und Tanz in 3 Akten (4 Bilder) von Hub.
Bernauer und Rudolf Schaner. - Russt von Willi Bredschneider
und Walter Kollo. - Die Länge sind nach den Arrangements des
Berliner Theaters einstudiert.
Nach der Vorstellung: Ball bis 6 Uhr morgens.
Saalöffnung 7 Uhr. Beginn 7 1/2 Uhr. Eintritt 60 Pf.
Das Rauchen ist während der Vorstellung nicht gestattet.
Das Komitee.

**Franken-Unterstützungs-
und Begräbnisverein**
für Han- und gewerbliche
Arbeiter Berlins u. Umg.
Sonntag, den 19. Januar 1913,
vormittags 10 Uhr,
findet beim Vereinskollegen Bercht,
Mitterstraße 75 unse-
General-Versammlung
mit folgender Tagesordnung statt.
1. Abrechnung vom IV. Quartal
1912.
2. Jahresabrechnung.
3. Vorstandswahl.
4. Abrechnung vom Vergnügen.
5. Vereingangelegenheiten und Ver-
chiedenes.
Die Mitglieder werden ersucht,
zahlreich zu erscheinen.
K. A. Gadogast, Vorsitzender,
Goldiner Str. 75. 57/1

**Arbeiter-Radfahrer-
Bund Solidarität.**
Ortsgruppe Berlin.
Touren
am Sonntag, den 19. Januar.
1. Abt.: 11 1/2 Uhr: Rulsum für
Berg- und Höhenreisen (Anwalts-
straße 44).
2. Abt.: 1 Uhr: Erziehungshelm
Urban, Hefendörf (Ries).
3. Abt.: 1 Uhr: Saatwintel
(Jägerhaus). 10/8
4. Abt.: 1 1/2 Uhr: Sohnsdorf
(Villa Kahl).
5. Abt.: 2 Uhr: Kauffdorf (Ca-
manns Gesellschaftshaus).
6. Abt.: 1 Uhr: Arbeiter-Bohl-
fahrtausstellung.
7. Abt.: 1 Uhr: Stolpe (Biesler).
8. Abt.: 1 1/2 Uhr: Schönholz
(Ramlow).
Starts: In den bekannten Stellen.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz
10-2. 5-7. Sonntags 10-12. 2-4

Juno Cigarette
Warum grad an der „Juno“ Cigarette
hängt er, der Raucher, fest wie eine Klette?
Warum die „Juno“ nur von früh bis spät?
Die Antwort liegt im Worte: Qualität.
10 Stück 20 Pfg.

Der Verbandstag der Bauarbeiter über die Tarifbewegung 1913.

(Telegraphischer Bericht des „Vorwärts“.)

Jena, 16. Januar 1913.

Auf dem Verbandstag der Bauarbeiter referierte heute Silber schmidt-Berlin über die

Tarifbewegung 1913.

Der Redner ging kurz auf die Kämpfe von 1908 und 1910 ein. Er erinnerte daran, daß die Unternehmer bei den letzten Lohnkämpfen einen Gewaltstreik ausüben wollten, um die Arbeiterorganisationen zu zertrümmern und die Arbeiterschaft an der Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu hindern. Deutschlands Bauarbeiterschaft habe aber alle Kämpfe siegreich bestanden. Die Unternehmer erklärten nach der Bewegung 1910, unter keinen Umständen einen Schiedsspruch anzuerkennen. Dies zeigt, wie unzufrieden die Arbeitgeber mit dem Ausgang der Bewegung waren. Für den bevorstehenden Kampf haben die Arbeitgeber sich gerüstet. Ein Streikschah wurde angelegt, die Materialsperrung soll zur Anwendung gebracht werden, und Arbeitsnachweise sind gegründet worden. Dazu konnten noch andere Maßnahmen, auch solche, die sich auf das gesetzliche Gebiet beziehen. Die Streiklausel wird nicht mehr als ausreichend angesehen, und besserer Schutz für die Arbeitswilligen wird verlangt. Dabei üben diese Herren den schärfsten Terror gegen ihre eigenen Berufsgenossen aus. Bei der Durchführung der Tarifverträge üben die Unternehmer oft passivste Resistenz aus; sie versuchen fortwährend die Tarifbestimmungen zu ändern. Da kann man die Vermutung nicht unterdrücken, daß in diesem Vorgehen System liegt. (Lebhafte Zustimmung.) Wir müssen auch behändig Klage über Verstöße der Unternehmer gegen die Tarifverträge führen. Der Arbeitgeberverband erklärte neuerlich, an die friedliche Regelung der Tarifbewegung sei nicht zu denken. Die Arbeiter ständen dem Tarifgedanken feindlich gegenüber. Das ist unrichtig; diese Behauptung muß als unredlich zurückgewiesen werden. Dies ist eine grobe Täuschung der Öffentlichkeit und muß als eine schwere Beleidigung der in Betracht kommenden Gewerkschaften zurückgewiesen werden. (Stürmische Zustimmung.) Wir wollen nicht den Krieg, sondern die Besserstellung unserer Mitglieder. Der Krieg ist nur als äußerstes Mittel bezeichnet worden.

Silber schmidt ging dann auf die falschen Nachrichten der Arbeitgeber über die Verhandlungen in München ein. Es sei gesagt worden, die Arbeiter verlangen eine 50prozentige Lohn-erhöhung. Mit dieser falschen Notiz soll die Öffentlichkeit gegen die angeblich unerschämten Forderungen der Arbeiter aufgerufen werden. Dadurch wird von vornherein der Kampffeld bedeutend verengt.

Unsere grundsätzliche Stellung zur Lohnbewegung liegt in meinen bisherigen Ausführungen. Die Konjunktur im Baugewerbe ist eine gute: sie wird, wenn der Krieg zu Ende ist, eine noch bessere werden. Was unsere Forderungen betrifft, so steht fest, daß wir sie nicht aus Hebermut aufgestellt haben, sondern daß Maßnahmen des Staates und der herrschenden Klassen uns diese aufzwingen. Als Sachwalter unserer Mitglieder müssen wir

dafür sorgen, daß die Lebenshaltung derselben nicht weiter heruntergedrückt wird. Es ist für uns ein Gebot der Pflicht, dahin zu wirken, daß ein Ausgleich zwischen der Verteuerung der Lebensmittel und den Löhnen geschaffen wird. Die Steigerung der Warenpreise ist ganz enorm. Das müßten selbst amtliche Stellen zugeben. Wir müssen die allgemeine Lohn-erhöhung und einen Ausgleich in den Gebieten, wo die Löhne sehr verschieden sind, verlangen. Eine Arbeitszeitverkürzung ist in den Gebieten durchzuführen, wo sie als notwendig erachtet wird. Und daneben erstreben wir eine Aenderung des Vertragsmusters. Auch die Bestimmungen für die Akkordarbeit müssen geändert werden. Es muß der Grundsatz aufgestellt werden, daß die Akkordarbeit nur dort durch Vertrag gestattet wird, wo sie tatsächlich üblich ist. Ferner muß die Frage des Arbeitsnachweises einer gründlichen Regelung und Aenderung unterzogen werden.

Silber schmidt ging nun auf die diesjährigen Tarifverhandlungen ein. Die Arbeiter verlangen die Festlegung eines bestimmten Lohnminimums. Die Arbeitgeber erklären aber, daß sie nicht in der Lage sind, ihren Mitgliedern im Lande vorzuschreiben, eine Lohnerhöhung zu gewähren. Wir werden aber nicht eher in örtliche Verhandlungen eintreten, bis uns die Lohn-erhöhung garantiert ist.

Das ist die erste Forderung. Ueber das Vertragsmuster wollen wir später sprechen. Bezüglich der Arbeitszeit müssen sich die Arbeitgeber bereit erklären, die Hindernisse, die sie 1908 aufgestellt haben, daß die Arbeitszeit nicht unter zehn Stunden betragen darf, zu beseitigen.

So friedlich auch die Sache heute aussieht, so muß doch an unsere Kollegen die Warnung ergehen, sich darauf vorzubereiten, daß es nicht immer friedlich gehen wird. Wir müssen uns so rufen und so klar zum Geheiß machen, daß wir jeder Situation gewachsen sind. Geben wir uns keiner allzu großen friedlichen Stimmung hin. Weicht der Friede erhalten, so freuen wir uns, kommt es aber zum Kampf, dann werden auch diesmal die deutschen Bauarbeiter in aller Einmütigkeit und Disziplin ihren Mann stellen! (Stürmischer Beifall.)

Am den Eindruck der Rede Silber schmidts nicht abzuschwächen wird auf Antrag beschlossen, von einer Debatte Abstand zu nehmen. Einstimmig nimmt der Verbandstag folgende Resolution an:

„Der Verbandstag nimmt den bisherigen Maßnahmen des Verbandsvorstandes in Sachen der Lohnbewegung zu. Er beauftragt den Vorstand, in Verbindung mit dem Aktionsausschuß die notwendigen Verhandlungen weiterzuführen, und hat das Vertrauen zu den Verhandlungsvertretern, daß sie die Interessen der Bauarbeiter in jeder Hinsicht wahren werden. Der Verbandstag erneuert die früheren Beschlüsse, wonach die endgültige Entscheidung über Annahme oder Ablehnung etwaiger Angebote nur durch den Verbandstag getroffen werden kann.“

Damit ist dieser Punkt erledigt.

Von den der Stellungnahme zur Lohnbewegung voraus-gegangenen Debatten geben wir unter „Gewerkschaftliches“ einen kurzen Vorbericht und lassen den ausführlichen später folgen.

Krankenhäuser sind gegenwärtig auf einer gewissen Höhe, das erkenne ich freudig an. Wir wollen aber wie die Patienten die beruhigende Gewissheit haben, daß die Patienten in diesen Anstalten gut aufgehoben sind. Wir wollen damit auch dazu beitragen, die Scheu des Publikums vor den Krankenhäusern zu beseitigen. Das höchste wäre uns, wenn wir unseren Antrag zurückziehen könnten, wenn die Verwaltung eine solche Erklärung abgibt. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadt Dr. Landau (Fr. Fr.): Ich bitte, den Antrag abzuziehen. Der Antragsteller hat sich durch sein Temperament hinterfragen lassen, einen verdienten Forscher, der das allgemeine Vertrauen genießt, als jeder Sittge, jeder Ethik entbehrend hinzustellen. Nach meiner Kenntnis der Dinge ist noch kein Krankenspaatium zu einem Versuchsanstalten degradiert worden. (Wider-spruch bei den Sozialdemokraten.) Auch sonst in der Welt hat man das noch nicht getan. Die Antragsteller meinen gar nicht „experimentelle Eingriffe“, sondern therapeutische Versuche. Herr Dr. Müller hat sehr vorsichtig, hat als ein um das Wohl seiner Pflanzlinge sehr besorgter Mann gehandelt. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Herr Müller hat ein ganz kleines Kinder-Material, das vielfach tuberkulös ist; das von ihm verwendete Mittel stammt aus Schilddrüsentuberkelbazillen und ist schon früher an Hunderten von Kindern versucht worden, einen Schaden hat es nie angerichtet. Auf den Professor Müller fällt kein Vorwurf als höchstens der, nicht geahnt zu haben, daß Herr Dr. Went hier dagegen aufstehen würde. (Anruhe bei den Sozialdemokraten.)

Stadt Dr. Düring: Das Verfahren des Herrn Müller wird von uns nicht gebilligt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die über ihn verkauften Charakteristika muß ich aber ebenso entschließen ablehnen. (Hört! hört! bei der Mehrheit.) Herr Professor Müller ist und stets als warmer Menschenfreund erschienen, und nur angeichts des fürchtbaren Glends der ihm Anvertrauten hat er sich zur Anwendung des Friedmannschen schon vielfach erprobten Mittels verstanden. Ende Oktober 1911 hat er, nachdem er vorher fünf tuberkulöse Kinder damit behandelt hatte, an 50 Kindern eine Schutzimpfung vorgenommen. Nachteilige Wirkungen sind davon nicht aufgetreten, vielmehr scheint eine schützende Kraft ihm tatsächlich ungenutzten. Wir haben diese Schutzimpfung nicht gebilligt, da sie ohne unser Vorwissen erfolgte und um im Publikum nicht Beunruhigung hervorzurufen; zumal den Waisenkindern gegenüber durfte das nicht geschehen. Die Waiserverwaltung steht auf unserem Standpunkte, hält aber auch weitere allgemeine Anordnungen nicht für erforderlich. An den von mir dargelegten Grundfragen wird von uns unbedingt festgehalten werden. (Beifall.)

Stadt Dr. Went: Mit Rücksicht auf die wohlthuende Auskunft, die uns der Stadtrat gegeben hat, die auch die beste Antwort auf die Rede des Herrn Kollegen Landau bildet, ziehe ich unseren Antrag zurück.

Die Angelegenheit ist damit erledigt. Ueber die Vorlage zur Kenntnisnahme, enthaltend die Ueber-sicht über die Klassenbesetzung der Gemeindefschulen am 1. November 1912 hatte die Diskussion schon in der vorigen Sitzung begonnen.

Stadt Dr. Kronz (Soz.): Tatsächlich wird die Grenze von 55 in den unteren Klassen noch immer lange nicht eingehalten, eine große Anzahl von Klassen zeigt eine Ueberschreitung. Die geringe Verminderung der gesamten Durchschnittsfrequenz hat gar nichts zu bedeuten, denn die Bevölkerungsziffer Berlins stagniert und die Zahl der Gemeindefschulkinder nimmt seit 1907 ab. Unter diesen Umständen sollte die Bauverwaltung mit dem Neubau von geeigneten Schulen tunlichst rasch vorgehen und mit dem Abbau von Schulen sehr vorsichtig sein. Leider haben wir ja erleben müssen, daß der Magistrat an den Staatsvorschlägen der Schulverwaltung Abstriche vornahm und der Staatsauschuß an dem Uebriggebliebenen sich weiter abstrich!

Stadtschulrat Dr. Fischer hebt in seiner Erweiterung hervor, daß die Frequenzverhältnisse sich fortwährend verbessert haben, und daß heute infolge der fortwährenden Herabsetzung der Ziffer ein Gemeindefschulkind jetzt 112 K. kostet, während es noch 1891 nur 61 K. kostete.

Stadt Dr. Gassel nimmt von dieser Feststellung mit Befriedigung Akt und pflichtet bezüglich der Beschleunigung des Baues bereits genehmigter Schulen dem Stadtr. Dr. Kronz bei.

Stadt Dr. Jabel (Soz.) bringt zur Sprache, daß ihm mitgeteilt sei, in der 190. Schule sei eine zweite Klasse geschlossen, weil die Frequenz dauernd unter 30 blieb.

Stadtschulrat Dr. Fischer hält das für sehr unwahrscheinlich, da meistens zwei zweite Klassen vorhanden seien und er streng darauf halte, daß sie nicht zusammengelegt werden. Er werde aber nachforschen.

Auf Wunsch des Stadtr. Jabel erklärt der Stadtschulrat noch die erlangte Auskunft öffentlich zu geben.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

Zur Beratung gelangt nunmehr die

Steuervorlage. Beabsichtigt ist bekanntlich die Aufhebung des seit 1820 bestehenden Braumalzsteuerzuschlages und seine Ersetzung durch eine (auch die bisher freien von außerhalb eingeführten sog. echten Biere treffende) Biersteuer von 50 Pf. pro Hektoliter, sowie die Einführung einer etwas gegen die vernünftigen Steuereingehenden Vorschläge modifizierten Luftbarkeitssteuer, nämlich einer Steuer auf Minovorstellungen, Varietés, Kabarett, Jirkusvorstellungen und Tanzveranstaltungen, bei denen der Eintritt mit mehr als 1,00 M. erkaufte werden muß.

Kämmerer Dr. Böß: Der erste Grund für eine neue Steuervorlage ist immer der: man braucht Geld, man braucht Geld! Besondere Bedenke dafür brauche ich wohl nicht mehr zu erbringen; die Vorlage bietet Zahlen, welche auch den Zweifelskasten überzeugen müssen. Seit Jahren kommt Berlin und Groß-Berlin mit einem Einkommensteuereinschuß von 100 Proz. aus. In Bremen ist außer Groß-Berlin von großen Kommunen nur Wiesbaden noch damit ausgekommen. Berlin kann keine selbständige Steuerpolitik treiben; es ist von der kommunalen Zerissenheit Groß-Berlins in Abhängigkeit gebracht worden. Die Vororte stellen ein Wettrennen nach den besseren Steuerzahlern an; in der Presse und von den Kommunen selbst wird mit dem Ziel Reklame gemacht, diese Steuerzahler von Berlin abzugeben. Geben wir mit der Uebersteigerung der 100 Proz. voran, so werden wir den Schaden haben. Einer Vereinbarung mit den Vororten über gleichmäßige Erhöhung stehe ich sehr skeptisch gegenüber, sie kam ja voriges Jahr zustande, wurde aber pünktlich zu Falle gebracht. Wir müssen uns also vorziehen, wir müssen mit 100 Proz. auszukommen versuchen, und das ist möglich, wenn Sie die Steuervorlagen annehmen. Der Etat für 1913 wird sich bei Vermeidung überflüssiger Ausgaben mit 100 Proz. balancieren lassen, wenn die Summen aus den neuen Steuern eingehend werden. Ich halte diese 1 1/2 bis 2 Millionen für sehr annehmbar, sie werden uns für 1913 und die folgenden Steuerjahre sehr gute Dienste leisten. Die Biersteuer ist nach dem Reichbrauereigesetz aber auch an sich eine Notwendigkeit. (Große Heiterkeit und lebhafter Widerspruch, auch auf der von Interessenten direkt befehlter Tribüne.) Ich rede hier zur Stadtschulratensammlung, nicht zur Tribüne. (Zuruf des Stadtr. Hoffmann: Sie sind doch nicht Vorgesetzter!) Wieder wird das Berliner Bier durch die Braumalzsteuer erhöht, 50 Pf. für den Zentner Braumalz gleich etwa 20 Pf. für das Hektoliter untergeordnetes, 10 Pf. für das Hektoliter oberegorgiertes Bier, wie die Brauereigen meinen; ich halte die Sätze von 30 bis 25 Pf. bezim. 12 bis 13 Pf. für richtig. Zur Zeit wird das nach Berlin eingebrachte Bier nicht besteuert. Ich würde die Ausfuhr des Berliner Biers

Stadtverordneten-Versammlung.

2. Sitzung vom Donnerstag, den 16. Januar 1913, nachmittags 5 Uhr.

Vorsitzer Michaelis eröffnet die Sitzung gegen 6 Uhr. Vor der Sitzung haben sich die Abteilungen konstituiert und eine Reihe von Auswahlen gewählt. In dem Ausschuss für die Vorlage betr. den Schenkenbiertelvertrag und die Gewährung einer Hypothek von 2 Millionen Mark an die Neue Freie Volksbühne ist die sozialdemokratische Fraktion durch Heimann, Hoffmann, Saitenbach und Wurm vertreten; im Ausschuss für die Automaten-gasometer sehen Dreßler, Dünge, Saitenbach; der gemischten Deputation für den Empfang des IV. Internationalen Kongresses für Phthisiotherapie gehören Wäner, Koblenger und Dr. Wehl an.

Ebenfalls neu konstituiert haben sich die ständigen Ausschüsse für Unbesoldete, für Besoldete, für Petitionen, Rechnungen und Wahlprüfungen.

Das neue Mitglied, Bezirksvorsteher Flügel (A. L.), wird durch den Vorschler in üblicher Weise eingeführt und verpflichtet.

Ein am 19. Dezember 1912 von der sozialdemokratischen Fraktion (Stadt Dr. Kronz u. Gen.) eingebrachter Antrag geht dahin:

Die Versammlung ersucht den Magistrat, dafür zu sorgen, daß experimentelle Eingriffe an Inassen städtischer Anstalten nur unter Verantwortung der leitenden Ärzte und mit ausdrücklicher Genehmigung der Pflanzlinge oder ihrer gesetzlichen Vertreter stattfinden.

Stadt Dr. Wehl (Soz.): Unsere Krankenhäuser und Heilanstalten sollen in erster Reihe für die Kranken da sein; soweit sie wissenschaftlichen Zwecken dienen, sind wir die letzten, die dem ein Hindernis bereiten. Wir sind aber entschieden dagegen, daß die Inassen gegen ihren Willen als Versuchssubjekte benutzt werden. Diese Anschauung findet ihren Niederschlag auch in den Bestimmungen des Magistrats über Besuch von Kurven usw. in den Krankenhäusern; da heißt es, daß Kranke nur mit ihrer ausdrücklichen Einwilligung vorgeführt werden dürfen. Unser Antrag hat bereits eine Vorgesichte; sowohl die Ärzte wie die Patienten haben sich in der Tagespresse dazu geäußert. Ich bedauere, daß gerade Mediziner sich gegen den Antrag geäußert haben, und zwar so eigenmächtig, daß man auf den Gedanken kommen muß, sie seien etwas begrifflos; sie fragen nämlich, was ein „Experiment“ sei, und einer dieser vorlauten Herren fragt sogar, ob etwa auch die Verobreichung eines Klitters ein Experiment sei. Nach dem Sprachgebrauch und nach dem Sinne des Antrages sind darunter Handlungen zu verstehen, welche nicht geeignet sind, den Kranken zu fördern, andererseits aber ihn körperlich schädigen können. Man droht ferner, es würde durch diesen Antrag das Verhältnis zwischen Ärzten und Patienten beeinträchtigt; wir sind der umgekehrten Ansicht. Wir verdienen wirklich nicht den Vorwurf, die Ärzte bevorzugen zu wollen; wir wollen aber dafür sorgen, daß die Ärzte die Auffassung bekommen, daß die Patienten nicht etwa rechtlose Sachen sind, mit denen sie machen können, was sie wollen. Es besteht noch immer die Meinung, daß arme Patienten häufig in den Krankenhäusern zu allen möglichen Versuchen benutzt werden; neue Heilmittel und Operationen werden an armen Patienten probiert, während sich die Ärzte schon hüten würden, diese Versuche an den gut zahlenden Kranken, an der „goldenen Praxis, anzustellen. Das Publikum hat die Vorgänge noch immer nicht verstanden, die sich an den Namen Reiter-Breslau knüpfen, wo ein idiosyncrasisches Blutserum Patienten eingespritzt worden war. Das Interesse an der

Wissenschaft kann nicht ins Feld geführt werden für die Gefährdung von Menschenleben, für den Mißbrauch mit Experimenten. Unser Antrag knüpft an einen Vorgang an, der gegen die Ethik und gegen die gute Sittge nach unserer Auffassung verstößt, der im Dezember 1911 sich abgespielt hat, und durch einen Vortrag des Dr. Friedmann im November 1912 in der „Medizinischen Gesellschaft“ der weiteren Öffentlichkeit bekannt wurde. Dieser Dr. Friedmann teilte mit, daß er ein neues Heil- und Schutzmittel gegen die Tuberkulose gefunden habe, das er u. a. auch an dem Material aus dem Waisenhause in Rummelsburg erprobt habe, das ihm von dessen leitendem Arzt Dr. Müller als „sein“ Material zur Verfügung gestellt worden sei. Gegen diesen schneidigen Ton des Herrn Dr. Müller möchte ich heilfugig Verwahrung einlegen. Die Kinder waren so schwer krank, daß nach den Angaben des Dr. Müller jedes andere Heilmittel verlor; er hat von dem Friedmannschen Heilmittel Gebrauch gemacht und, wie es heißt, mit gutem Erfolge. Dagegen ist nichts einzuwenden. Es kommt aber in Betracht, daß 63 Kinder einer Schutzimpfung unterzogen worden sind, die klinisch gesund waren. Die Schutzimpfung bestand in lebenden Tuberkelbazillen, die von einem Kolliabiter abkommen sollen. In der Sitzung der „Medizinischen Gesellschaft“ ist von vielen Seiten erklärt worden, es handle sich hier um ein unbekanntes und unbeherrschbares Mittel; es sei nicht zu billigen, daß man klinisch gesunde Kinder mit einem solchen Gifte immunisiert. Geheimrat Goldscheider sagte in der Diskussion, das Publikum würde erstaunt sein, wenn die Gesellschaft den Standpunkt der Ärzte nicht wenigstens durch ein Fragezeichen zum Ausdruck bringe, da man doch die Virulenz des Mittels noch nicht kenne. Dr. Müller scheint, etwas spät allerdings, zu einer Art Schuldbeurteilung gekommen zu sein, denn im stenographischen Bericht macht er eine Anmerkung, wonach diese Schutzimpfungen vor einem Jahr vorgenommen seien und ihre Wirkung abgemerkt werden würde, ehe man weitere vornehmen werde. Die Verwaltung wird uns nun sagen, den Kindern ist kein Schaden geschehen. Das ändert aber an der Tatsache nichts; Herr Müller selbst bemerkt, soweit er sie nach Monaten wieder gesehen habe, seien sie gesund. Was aus den anderen geworden ist, die er nicht gesehen hat, darüber schweigt des Sängers Höflichkeit. Ein Waisenhause hat am allerwenigsten das Recht, seine Pflanzlinge den Ärzten zu einer möglichen Gefährdung des Lebens auszuliefern. Alle Gesitteten, gleichviel welcher Partei sie angehören, sollten solche frivolsten Vorgänge als einen Hohn auf die Warmherzigkeit erklären. (Beifall und große Anruhe.) Der Chefarzt eines Waisenhauses, der solche Versuche macht, mißbraucht kräftig seine Vertrauensstellung. Und liegt nicht in erster Linie daran, diesen Dr. Müller öffentlich zu hänpfen (Anruhe); wir wollen der Wiederkehr solcher Vorfälle vorbeugen. Es muß erklärt werden, daß der Kranke nicht eine beliebige rechtlose Sache ist. Ich höre, daß meine ärztlichen Kollegen hier mit meinen Ausführungen nicht zufrieden sind. (Zuruf: Nein!) Solche Vorurteile zu behauern, sollten doch gerade die Mediziner alle Ursache haben. Die ethische Seite der Sache hat Herr Dr. Friedmann freilich als Rhase erklärt. Solche Ausführungen spielen gerade den Gegnern der wissenschaftlichen Fortschritt Material in die Hände. (Vorsteher Michaelis bittet, einen Abweimenden nicht in dieser heftigen Weise anzugreifen.) Wir wollen solche unerhörten Vorgänge für die Zukunft unmöglich machen. In der Waiserverwaltung werden sich vor operativen Eingriffen erst die Angehörigen gefragt. Die Waiserverwaltung hat den Vorgang aufs entschiedenste gemißbilligt. (Zuruf: Na also!) Es sind aber in unseren Krankenhäusern ähnliche Dinge vorgekommen, obwohl man da nicht so leicht an die Patienten herangeht. Aber zugemutet werden den Patienten solche Dinge häufig auch. Die Verwaltung muß uns wenigstens erklären, daß sie dafür sorgen will, daß in Zukunft in unseren städtischen Anstalten solche Dinge nicht mehr vorkommen. Unsere städtischen

fragte, Deutschland habe gar keine Veranlassung, zugunsten Oesterreichs in den Krieg zu ziehen, denn Oesterreich werde nicht angegriffen, sondern es sei, wenn es sich in den Krieg einmischen sollte, selber der angreifende Teil. Aus diesem Grunde würde er, der Angeklagte, wenn er österreichischer Militärpflichtiger wäre, nicht in den Krieg ziehen, sondern lieber auf andere Weise sterben. Bei der Behandlung seines eigentlichen Themas hat der Angeklagte dann über Generalstreik in Holland und Belgien gesprochen und dargelegt, welche Kampfmittel die holländischen und belgischen Arbeiter bei jenen Gelegenheiten angewandt haben. Auch auf einen Elektrizitätsstreik in Frankreich kam der Angeklagte zu sprechen. Er teilte mit, daß die Streikenden durch kleine Eingriffe in den maschinellen Mechanismus die Maschinen unbrauchbar gemacht hätten, so daß diese von den Streikbrechern nicht bedient werden konnten. Zeugen wurden in dem Prozeß nicht vernommen, so daß also die eigenen Angaben des Angeklagten die einzige Grundlage der Verhandlung bildeten. Und diese Angaben genügten dem Staatsanwalt, um sechs Monate Gefängnis zu beantragen, und sie ge-

nügten dem Gericht, den Angeklagten zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten zu verurteilen. Durch welche Gründe oder durch welche Auslegung der Worte des Angeklagten das Gericht zu diesem Urteil kam, davon erfährt man, dank dem Ausschluß der Öffentlichkeit, nichts. Auch die öffentlich gegebene Urteilsbegründung war sehr dürftig. Aus ihr ging nur soviel hervor, daß das Gericht nicht erblidete, ihn oder der Aufforderung zum Ungehorsam gegen Befehle, begangen durch Propaganda für den Antimilitarismus und den Generalstreik, schuldig befunden hat.

Die „geschmolzene Schokoladenjungfrau“.

Unter der Anklage der Untreue hatte sich gestern die Nonstürenverläuferin Margarete Berner vor dem Strafrichter zu verantworten. Die Angeklagte war seit August 1911 in einem Nonstürengeschäft in der Wilmersdorfer Straße in Charlottenburg als Verkäuferin angestellt. Kurze Zeit nach ihrer Anstellung brach in einem Nebenraum infolge eines unrichtig angelegten Heizrohrs ein Schadenfeuer aus. Durch die sich dabei entwickelnde Hitze begann

ein großer Haufen Schokolade, der an eine Font Feuer besonders stark betroffene Wand gelehnt stand, zu schmelzen und auch von oben auf die hinter einem Verschlag schlafende Angeklagte herabzutropfen. Als sie schließlich durch den Lärm erwachte, mußte die mit Schokolade begossene und nun sehr appetitlich aussehende junge Dame schlammig flüchten. — Als sie im vergangenen Jahre ihre Stellung verließ, stellte es sich heraus, daß ein Konto von zirka 800 M. vorhanden war. Von dem Inhaber des Geschäfts wurde sofort Anzeige erstattet, mit der Behauptung, daß die D. den Gehaltbetrag in ihrer eigenen Tasche habe verschwinden lassen. Vor Gericht trat Rechtsanwalt Dr. Carl Löwenthal für die Angeklagte den Beweis an, daß seinerzeit bei der Berechnung des Brandschadens dieser zu niedrig berechnet worden sei, so daß sich auf diese Weise sehr einfach das Konto erklären lasse. Nach längerer Verhandlung, in der zahlreiche Zeugen und Sachverständigen vernommen wurden, kam das Gericht zu der Ueberzeugung, daß tatsächlich mehr Schokolade geschmolzen sein müsse, als seinerzeit angegeben worden war und erkannte auf Freisprechung der Angeklagten. War die Erhebung der Anklage wirklich erforderlich?

Beginn heute!

Leiser

König-Strasse 34 Oranien-Strasse 34
 Leipziger Strasse 65 Friedenau, Rheinstr. 14
 Tauentzien-Strasse 20 Müller-Strasse 3a
 Oranien-Strasse 47a Neukölln, Bergstr. 7b
 Moabit: Turm-Strasse 50

Inventur
 Ausverkauf

Bis **50%** Ermäßigung

Theater und Vergnügungen

Freitag, 17. Januar 1913.
 Anfang 7 Uhr.

Theater am Rollendorplatz.
 Geschlossen.

König 7 1/2 Uhr.

Rgl. Opernhaus. Ein Mäckenball.
Rgl. Schauspielhaus. Der Kunstausstellungsmantel.

Deutsches. König Heinrich IV. 2. Teil.

Kammerspiele. Schöne Frauen.
Königsgräber Straße. Herodes und Marianna.

Zirkus Busch. Gala-Vorstellung.
Zirkus Albert Schumann. Gala-Vorstellung.

Anfang 8 Uhr.

Urania. Paris und die Königschüler von Versailles.
Hörsaal 8 Uhr: Prof. Dr. C. Eckstein: Frühling im Walde.

Kurfürsten-Cover. Der Kurfürst.
Deutsches Opernhaus. Bar und Zimmermann.

Deutsches Schauspielhaus. Der gute Ruf.
Reising. Land der Karz.

Berliner. Filmzauber.
Montis Cereviter. Der heilige Antonius.

Acinas. Professor Bernhardt.
Residenz. Die Frau Präsidentin.
Phania. Vappien.

Schiller O. Die Schmetterlingsschlacht.
Schiller-Charlottenburg. Wolkenkratzer.

Luisen. Berlin-Hamburg-New York.
Metropol. Chauffeur — ins Metropol.

Romäntheater. Die Generalde.
Wah-Berlin. Das Jüstenland.
Trionon. Geschlossen.

Neu. Mein Leopold.
Herrnfeld. Die Alpenbrüder. Wästenmoral.

Casino. Am grünen Strand der Spree.
Wintergarten. Spezialitäten.
Apollo. Brüderlein sein. Spezialitäten.

Reichshallen. Cavalleria schufficiana.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Sukspielhaus. Rajolita.
Friedr. Wilt. Schauspielhaus.
Der Jaungast.

Walhalla. Goldener Leuchtturm.
Folies Caprice. In Sachen Rabenhein.
Die Doppelhenna. Die Tochter der Braut.

Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Volkstheater. Michael Kramer.
Anfang 10 Uhr.
Admiralpalast. Tischball: Fritz in St. Korik.
Sternwarte. Invaldenstr. 57-59.

Schiller-Theater O. Ballner-Theater.

Freitag, abends 8 Uhr:
 Die Schmetterlingsschlacht.
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
 Elga.

Herzer. Die Geschwister.
 Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
 Das Konzert.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
 Wolkenkratzer.

Schiller-Theater Charlottenburg.

Freitag, abends 8 Uhr:
 Wolkenkratzer.
 Sonnabend, nachm. 3.10 Uhr:
 Wallensteins Lager. Die Piccolomini.

Sonnabend, abends 8 Uhr:
 Die Schmetterlingsschlacht.
 Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
 Der Tallisman.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
 Die Schmetterlingsschlacht.

Berliner Theater.
 8 Uhr: Filmzauber.

Theater in der Königgrätzer Straße.
 7 1/2 Uhr:

Herodes und Marianne.

Deutsches Schauspielhaus
 8 Uhr: Der gute Ruf.

Residenz-Theater. 8 Uhr.
 Die Frau Präsidentin.

(Madame la Présidente).
 Schauspiel 3 Uhr v. Hennequin u. Weber.
 Morgen und folgende Tage:
 Die Frau Präsidentin.

Theater am Rollendorplatz 5.
 Am 17. Januar bleibt das Theater geschlossen.

18. Jan., 7 Uhr abds. Uraufführung:
 Die Studentengräfin.

Luisen-Theater.

Freitag, abends 8 Uhr: Berlin-Hamburg-New York.
 Sonnabend, nachm. 4 Uhr: Kinderdarstellung: Der Sandmann kommt.

Sonnabend, abends 8 Uhr: Berlin-Hamburg-New York.
 Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Das Räthchen von Heilbronn.
 Sonntag, abends 8 Uhr: Berlin-Hamburg-New York.

ROSE=THEATER
 Große Frankfurter Str. 102.

Mein Leopold.
 Anfang 8 Uhr.

Zu der heutigen Vorstellung sind sämtliche Billets vergeben.
 Sonnab. nachm. 4 Uhr: Frau Gulle.
 Abends 8 Uhr: Mein Leopold.
 Sonntag 3 Uhr: Die Säbner der oberen Jehutanfend.

Urania

Wissenschaftliches Theater.
 Taubenstraße 48/49.
 8 Uhr:

Paris und die Königschlösser von Versailles.
 Hörsaal 8 Uhr:
 Prof. Dr. C. Eckstein: Frühling im Walde.

Boigt-Theater.
 Gesundbrunnen, Badstr. 58.

Freitag, den 17. Januar:
 Staatsanwalt Alexander.

Schausp. in 4 Akten v. C. Schreiber.
 Raffeneröffnung 7 Uhr, Anf. 8 1/2 Uhr.
 Voranzeige! Montag, 20. Jan., 2. Benefiz für d. Ob.-Reg. 4. Bad: Volkslobn und Hürtenfnd.

Brauerei Friedrichshain
 am Königstor

Heute Freitag: Elite-Tag!
 Größte Sehenswürdigkeit Berlins!

Das amüsantest. bayerische Bockbierfest
Weinzierl aus München 100 Oberbayern.

Gratisverteilung von 200 Wertgegenständen.
 Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.

„Clou“ :: Berliner ::
 Mauernstraße 22. — Zimmerstraße 90/91.

Großes Doppel-Konzert!

Musik. 1. Garde-Dräger-Regts., Dirig.: Oberm. Haars

— Zillerthaler und Tegernseer Sänger —
 Schuhplattler und Jodler!

Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
 An allen Wochentagen:

Gr. Nachmittags-Konzert bei freiem Eintritt.

Neue Welt
 Arnold Scholz Hasenheide 108/114

Täglich

Bockbierfest
 in den bayrischen Alpen

5 Kapellen. 30 bayerische Mad'l.
 Wochentags Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.
 Sonntags 4 Uhr. Sonntags 50 Pf.

Trionon-Theater.

Heute geschlossen! Sonnab. 9.1. M.:
 Wenn Frauen reisen. (7 1/2 Uhr.)
 Sonntag nachm. 3 Uhr:
 Der selige Touptuel.

Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger.
 Zum Schluß:
 Cavalleria schufficiana.

Diabolisch-infrenetische Oper.
 Anfang 8 Uhr.

Apollon Theater

Abends ab 8 Uhr!
 Das grandiose Programm.
 8 1/2 Uhr:

Ein heispielloser Erfolg!
 „Brüderlein sein“.

Alt-Wiener Singpiel von Jul. Wilhelm. Musik v. Leo Fall.
 Missi Parla, Ida Ruszka
 Erich Deutsch-Haupt.

Herrnfeld Theater

Der Höhepunkt des Lach-Erfolges!

Wüstenmoral

Die Alpenbrüder

mit Anton und Donat Herrnsfeld in den Hauptrollen.
 Anf. 8 Uhr. Vorverf. 11-2 (Theater.)

Walhalla-Theater

Weinbergsweg 19/20. Rosenf. Tor.
 Abends 8 1/2 Uhr:
 Goldener Leuchtturm.

Sonntag, 19. Jan., nachm. 3 1/2 Uhr:
 Geküpfel-Ensemble.

Kabale und Liebe.
 Ermäßigte Preise.

Zirkus

Albert Schumann.

Heute Freitag, 17. Januar, abends 7 1/2 Uhr:
Elite-Abend.

Das Tagesgespräch von Berlin!
Cäsarios

Löwen- und Tigergruppe.
 Der Triumph des Todesmutes

?? The 4 Gladiatores ??
 Um 9 1/2 Uhr:
Der unsichtbare Mensch.

Zum Schluß:
Die Feuer-Fontäne.
 Wirklich brunnendes Wasser.

Zirkus Busch.

Heute Freitag, 17. Januar, abends 7 1/2 Uhr:
Das Sensationellste, was bisher geboten:
Mac Norton

genannt das menschl. Aquarium
 Der Acropian im Zirkus
 (Ein Affe als Aviatikr !)

Zum Schluß:
 Die große Prank-Pantomime
„Sevilla“

Avis! Sonntag, 18. Jan., 3 1/2 Uhr:
„Unter Gorillas“.
 Jeder Erwachsene ein Kind unter 10 Jahren auf allen Sitzplätzen frei.

Metropol-Theater

Chauffeur — ins Metropol!
 Große Jahredresse mit Gesang und Tanz in 10 Bildern.

Otto Reutter a. G.
 mit sämtlich neuem Repertoire!
 Abends 8 Uhr. Planchen gestaffelt.

Folies Caprice.

Die Novitäten:
 In Sachen Rabenhein.
 Die Doppelhenna.
 Die Tochter der Braut.

Theater Königstadt-Casino.

Offe Holzmarkt u. Alexanderstraße.
 1 Minute v. Bahnh. Jannowitzbrücke
 Anf. abds. 7 1/2 Uhr. Sonnt. 7 1/2 Uhr:
Einer Mutter Sohn.
 Vollständig in 1 Akt — und das
 groß. Spezialitätenprogramm
 Feb. 1. u. 16.: Programmwechsel.

Casino-Theater
 Lotzinger Str. 37. Täglich 8 Uhr:
 Die neue Lokalfosse:
 Am grünen Strand der Spree!

Passage-Panoptikum

50 wilde

Weiber Männer

Kinder

vom Stamme der Igorroten.
 Lebend! Ohne Extra-Entree!

Gegr.



1867

Inventur-Verkauf

der alten Stiller-Firma

Haupt-Geschäft: Jerusalemer Str. 32-35, Ecke Leipziger Str., am Dönhoffplatz

Potsdamer Strasse 2
Tautenzienstrasse 19a
Königstrasse 25-26

Friedrichstrasse 75
Rosenthaler Strasse 5
Oranien-Strasse 161

Gr.Frankfurter Str.123
Chausseestrasse 114-15
Schöneberg: Hauptst. 146

Neukölln: Bergstr. 25
Charlottenburg:
Wilmersdorfer Str. 45

Die Preise sind bis zu

50%

teilweise mehr ermäßigt!

Man achte genau auf Straßennamen und Hausnummern!

Die früheren Preise sind auf jedem Paar noch deutlich vermerkt!

Extra billig

Grosse Posten Herren- und Damen-Stiefel und -Schuhe in besten Qualitäten, unsortiert

6.75

Wert bis zu Mark 18.50

Moderne Herren- und Damen-Stiefel

Grosse Posten erstklassiger Fabrikate in vorzüglichen Qualitäten, in Boxkalf, Chevreau, schwarz u. braun, Chevreau mit Lackbesatz, sowie Stiefel mit Stoff- und Wildleder-Einsätzen, Stiefel mit Woll- u. Lammfutter, Stiefel m. Doppelsohlen

Serie I

8.75

Wert bis 12.50

Serie II

10.75

Wert bis 14.50

Serie III

12.75

Wert bis 16.50

Serie IV

14.75

Wert bis 21.00

Extra billig

Grosse Posten deutsche und amerikanische Gummischuhe für Herren und Damen

Damen: Herren:

2.10

3.10

Damen-Tanz-Schuhe

in hocheleganten Ausführungen in Chevreau, Lack, Bronze, Atlas, weiss Glacé, Gold, Silber usw. usw.

Serie I

5.75

Serie II

6.75

Serie III

8.75

Serie IV

10.75

Hierunter befinden sich Waren im Werte von 9 bis 24 Mk.

Grosse Restbestände vieler Arten Kinder-Spangen-Schuhe und Kinder-Ohren-Schuhe Baby-Schuhe

Billige Hausschuh-Reste

aus Leder und Stoff für Herren und Damen

Serie I

1.10

Serie II

2.35

Serie III

3.35

Serie IV

4.35

Diese Waren sind zum Teil bis zur Hälfte ermässigt.

Rationelle Kinder-Stiefel zu hervorragend billigen Preisen

Serie I

Kinder-Schnür- u. Knopf-

Stiefel, verschiedene Oberledersorten, schwarz u. braun

25-27	28-30	31-35	36-39
3.80	4.80	5.80	6.80

Serie II

Kinder-Schnür- u. Knopf-

Stiefel, Boxkalf, Chevreau, schwarz braun, beige und weiss Glacé

25-27	28-30	31-35	36-39
4.80	5.80	6.80	7.80

Serie III

Knaben-Schnür-Stiefel

schwarz und braun, verschiedene Oberledersorten

31-35	36-39	36-39
5.80	6.80	7.80

Nur Haupt-Geschäft Jerusalemer Str. * Extra billige Posten

Grosse Posten

Damen-Tanz-Schuhe

und Abend-Schuhe, in den feinsten Ausführungen, unsortiert extra billig!

2.75 3.75 4.75

Grosse Posten

Kinder - Stiefel

in vielen Ledersorten, durchweg unsortiert

3.80 und **4.80**

Grosse Posten

Tennis-Stiefel u. Schuhe

Segeltuch-Stiefel und Schuhe auch Sandalen

durchweg **2.75** Unsortiert!

Kein Kaufzwang!

Keine Auswahlen!

Kein Versand!

Kein Umtausch!

Da der Andrang nachmittags besonders gross ist, wolle man nach Möglichkeit auch die Vormittagstunden zum Einkauf benutzen

Partei-Angelegenheiten.

Die neue Lokalliste

Ist der heutigen Nummer des „Vorwärts“ beigelegt worden und wiederum richten wir an die gesamte Arbeiterschaft das dringende Ersuchen, die Lokalliste mehr zu beachten als bisher.

Darum ist es unbedingte Pflicht jedes Arbeiters, alle Lokale zu meiden, die der Arbeiterschaft zu Versammlungen verweigert werden.

Beachtet die Arbeiterschaft diesen wiederholt an sie gerichteten Appell und handelt sie streng danach, so muß es uns gelingen, alle Lokale, die durch den Besuch der Arbeiterschaft erst ihre Existenz haben, auch zu Versammlungszwecken zu erobern.

Wo uns aber Säle zu Versammlungen zur Verfügung stehen, dort können wir das Versammlungsgeld erst wirklich ausnützen, darum ist der Kampf um Versammlungsräume auch ein Kampf um das Versammlungsgeld. Deshalb:

Beachtet stets die Lokalliste!

Ferner ersuchen wir die Vorstände und Komitees, bei allen ihren Veranstaltungen dafür zu sorgen, daß das notwendige Bedienungspersonal stets vom kostenlosen Arbeitsnachweis des Verbandes deutscher Gastwirtschaftsgehilfen bezogen wird.

Außerdem ist es im eigenen Interesse der Vereine selbst dringend notwendig, daß allen Verträgen mit Lokalhabern eine Klausel angefügt wird, wonach für den Fall, daß das betreffende Lokal später für Arbeiterversammlungen verweigert werden sollte, der Vertrag seine Gültigkeit verliert.

Alle sonstigen Anfragen, Mitteilungen usw. sind stets durch die in der Lokalliste angegebenen Kommissionsmitglieder an den Obmann der Lokalkommission zu richten, soweit Lokale Berlins und der Kreise Nieder-Barnim, Teltow-Beeskow und Potsdam-Osthavelland in Frage kommen.

Zum Schluß ersuchen wir die Parteigenossen, die jeweilige Lokalliste stets bis zum Erscheinen der nächsten aufzubewahren, sowie von allen in der Zwischenzeit eintreffenden etwaigen Änderungen Notiz zu nehmen.

Die Lokalkommission.

Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Am Dienstag, den 21. Januar, findet in den Generalversammlungen der Wahlvereine die Berichterstattung vom preussischen Parteitage statt.

Der Zentralvorstand.

Neukölln. Am Sonntag, den 19. Januar, nachmittags 2 1/2 Uhr, gelangt im Neuköllner Theater „Gelden“ von Bernhard Shaw zur Aufführung.

Der zweite Abend des Vortragszyklus: „Die Sozialdemokratie, was sie ist und was sie will“, Referent: Reichstagsabg. Genosse Mühlke, findet Umständehalber erst am Montag, den 27. Januar, im Lokal von Bartsch, Hermannstr. 40, statt.

Den Teilnehmern des Kurses „Nedebungen“ zur Kenntnis, daß die nächste Unterrichtsstunde am Sonntag, den 26. Januar, vormittags 9 1/2 Uhr, im Lokal von Bartsch, Hermannstr. 40, stattfindet.

Tempelhof. Heute Freitag: Schluß des Kurses über „Die Technik der Landtagswahlen“ im Wilhelmspark, Berliner Str. 9.

Vorjagwäde-Wittmann. Morgen, Sonnabend, den 18. Januar, feiert der Wahlverein sein Stiftungsfest unter Mitwirkung des Berliner Musik-Trio, des Arbeiter-Gesangvereins „Freiheitskämpfer“ und des Arbeiter-Maschinenvereins. Um zahlreichen Besuch bittet Das Komitee.

Dabendorfer b. Köpenick. Am Sonnabend, den 18. Januar, abends 9 Uhr, bei Wieje: Mitgliederversammlung, Wichtige Tagesordnung.

Bruchmühle. Der gemeinsame Jahlobend findet am Sonnabend, den 18. d. M., 8 1/2 Uhr, in Eggersdorf im Lindenhof statt.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Die starke Befehung der Tribüne verkündete eine „große Sitzung“. Der Magistratsvorlage über die Vier- und Kinosteuer, die das Hauptstück der Tagesordnung war, galt das Interesse der zahlreichen Zuhörer.

Den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, der die an Waisenkindern vorgenommenen Experimente betraf, begründete Genosse Dr. Weyl. Seine Ausführungen gipfelten in einem vernichtenden Urteil über Dr. Müller, den leitenden Arzt des Waisenhauses in Hummelshagen, der für jenen unerhörten Vergriff die Verantwortung trägt.

Die von dem Magistrat vorgelegte Uebersicht über die Gemeindefinanzverhältnisse gab unserem Genossen Eröns Anlaß, die vielgerühmte „Besserung“ zu beleuchten. Er forderte, die Schulbauten rascher zu vermehren. Dem Stadtschulrat Fischer billigt die auch vielfach vor-

kommende Ueberschreitung der von der Schuldeputation selber festgesetzten Höchstfrequenzen als unvermeidlich. Seine Behauptung, daß das Volksschulwesen Wiens unter Anwendung bedeutender Mittel verbessert worden sei, fand den Beifall des Stadtverordneten Cassel. Einen sonderbaren Einzelfall von Masseneinziehung brachte Genosse Jades zur Sprache.

Es folgte dann die Generaldebatte über die Vier- und Kinosteuer. Sie wurde eröffnet vom Stadtkämmerer Vöb, dessen erste „Lat“ dieses Steuerprojekt bedeutet. Sein Hauptargument war, daß Berlin mehr Geld brauche, aber mit der Einkommensteuer nicht über den bisherigen Satz hinausgehen könne. Die Frage des Einkommensteuersatzes wurde begreiflicherweise auch von den Rednern der Stadtverordnetenversammlung berührt. Als Freund der Viersteuer gab Stadtverordneter Cassel sich reichliche Mühe, mit manchem „einerseits und andererseits“ ihre Notwendigkeit zu beweisen.

Die beschränkte Oeffentlichkeit des Botanischen Gartens.

Der Zutritt zum neuen Botanischen Garten ist im Sommer derart geregelt, daß man am Sonntag und an drei Wochentagen von 2 Uhr nachmittags ab freien Eintritt hat, während man an den übrigen Tagen nur zugelassen wird, wenn man beim Eintritt eine der beim Schließ der Gartens ausliegenden Drucksachen kauft.

Wer den alten, elend eingeschichteten Botanischen Garten am Ende der Potsdamer Straße in seinem Flor kenne, mußte ihn in erster Linie als einen prachtvollen Park bewundern, der als solcher unersehlich war.

Trägt man die Direktion des Botanischen Gartens in Dahlen die Schuld an seiner beschränkten Oeffentlichkeit? Zu einem Teile sicherlich, denn das Bestreben, nur die „Höhle der Wissenschaft“ hoch, das gewöhnliche Volk aber in respektvoller Entfernung zu halten, merkt in Dahlen selbst ein Wimper. Aber der preussische Kostengeiz allein hat diese Besuchsordnung nicht geschaffen.

Trägt man die Direktion des Botanischen Gartens in Dahlen die Schuld an seiner beschränkten Oeffentlichkeit? Zu einem Teile sicherlich, denn das Bestreben, nur die „Höhle der Wissenschaft“ hoch, das gewöhnliche Volk aber in respektvoller Entfernung zu halten, merkt in Dahlen selbst ein Wimper. Aber der preussische Kostengeiz allein hat diese Besuchsordnung nicht geschaffen.

des Gartens mit den Bedürfnissen der Wissenschaft begründen zu können vermeint, mit Gründen, die dem Unterrichteten schon im Hinblick auf die bei anderen botanischen Gärten gemachten Erfahrungen als verfehlt erscheinen.

Die sozialdemokratische Fraktion des Abgeordnetenhauses sei auf diese Dinge aufmerksam gemacht. Vielleicht gelingt es ihr, durch geeignete Anträge eine leichtere Zugänglichkeit des Gartens für jedermann zu bewirken.

Bemerkung muß noch werden, daß die Kengstlichkeit der Direktion des Gartens gegen Schädigungen durch Besucher mindestens harz übertrieben ist. Gerade bei schwachem Besuch ist diese Gefahr bei den weiten Entfernungen zwischen den einzelnen Personen noch am größten. Je mehr Besucher im Garten sind, um so mehr Augen sehen etwaigen unsicheren Stantonisten auf die Finger.

Die Heimstätten der Stadt Berlin

haben jetzt wieder ihre stille Zeit. Alljährlich macht vom Herbst ab sich eine Minderung der Ausnahmen bemerkbar, und im Winter erreicht dann die Aufnahmehiffer ihren tiefsten Stand. Für die Heimstätte Blankenburg hat deshalb das Heimstättenkuratorium vor einigen Jahren die Maßregel getroffen, daß hier in den Wintermonaten der Betrieb ganz einzustellen ist.

Vom Rathause aus wird regelmäßig beim Eintritt der kälteren Jahreszeit die Klage verbreitet, daß vielen eine Heimstätte nur als eine Art Sommerfrische gelte und womöglich jeder nur im Sommer seine Heimstättenkur haben möchte. Der Aufenthalt in den Heimstätten sei, wird da versichert, auch im Winter durchaus gesundheitsfördernd und daher empfehlenswert.

Die Krankenanstalten, die ja zahlreiche Patienten in die Heimstätten schicken und beträchtliche Aufwendungen für sie machen, würden sicherlich jedem Versuch eines Mißbrauchs sofort entgegenzutreten. Die Heimstättenverwaltung sollte die Ursache der alljährlich wiederkehrenden Erscheinung, daß im Winter die Heimstätten sich nicht füllen wollen, nicht lediglich in der Bevölkerung suchen. Sie sollte immer wieder sich die Frage vorlegen, ob nicht auch sie noch etwas dazu tun kann, den winterlichen Heimstättenaufenthalt beliebter zu machen.

Gedenket der darbenenden und frierenden Menschen! Raum

ist der erste schärfere Frost eingetreten, so entdeckt auch der Hochchroniker aus der Zimmertröche sein edles, mitleidendes Herz. Es gehört zum eisernen Bestande des Scherblattes, um diese Winterszeit daran zu erinnern, daß ungezählte Tausende lebender Wesen frieren und darben. Ihnen soll von liebender Hand Speise und Trank gereicht werden, damit sie die Wintersnot überleben. Aber glaubt nur nicht etwa, daß die Redaktions-Hoflakaien die Menschennot meinen. Ihre Fürbitte gilt den Tieren, den Vögeln. Schön, sehr schön. Auch wir, denen die Natur aus Herz gewachsen ist, haben für die Vögel viel übrig. Menschennoth steht uns höher. Und gerade im Scherfischen Hofblatt wird man vergebens suchen nach einem auffällig umrandeten Mahnruf: Gedenket der darbenenden und frierenden Menschen! Das könnte ja für diejenigen, welche den „Berliner Lokal-Anzeiger“ angeblich ungeschickt lesen, und für Tausende anderer, die im Ueberflus schwelgen, zu viel Wahrheit von der Not des Volkslebens bedeuten.

Die städtische Hochbaudeputation hat Veranlassung gehabt, sich in ihrer jüngsten Sitzung mit der Vergebung von Pinoleum für städtische Bauten zu beschäftigen. Der Preis für das Pinoleum ist seit einiger Zeit außerordentlich gestiegen. Er hat sich eine Reihe von Jahren hindurch, einschließlich des Verlegens, auf rund 2,80 M. bis rund 2,60 M. pro Quadratmeter gehalten. Noch im Jahre 1910 konnte die Ausführung des Pinoleumbelages für eine Gemeindepflichtschule für 2,48 M. pro Quadratmeter hergestellt werden.

Die städtische Hochbaudeputation hat Veranlassung gehabt, sich in ihrer jüngsten Sitzung mit der Vergebung von Pinoleum für städtische Bauten zu beschäftigen. Der Preis für das Pinoleum ist seit einiger Zeit außerordentlich gestiegen. Er hat sich eine Reihe von Jahren hindurch, einschließlich des Verlegens, auf rund 2,80 M. bis rund 2,60 M. pro Quadratmeter gehalten.

Vom „Görlicher Tunnel“ hatten wir in Folge einer uns zugegangenen Klage in der vorigen Woche mitgeteilt, daß in ihm die staubauswirbelnden Reinigungsarbeiten regelmäßig gerade in der Zeit zwischen 1/7 und 7 Uhr morgens ausgeführt werden, wenn Scharen von Arbeitern und Arbeiterinnen durch den Tunnel gehen müssen.

Die städtische Hochbaudeputation hat Veranlassung gehabt, sich in ihrer jüngsten Sitzung mit der Vergebung von Pinoleum für städtische Bauten zu beschäftigen. Der Preis für das Pinoleum ist seit einiger Zeit außerordentlich gestiegen.

